

# Journal für Generationengerechtigkeit



Thema: **Gerontokratie**

# Inhaltsverzeichnis

## Thema: Gerontokratie

### Editorial 3

Von einer quantitativen Mehrheit zu einer qualitativen Macht? Die Interessenvertreter der älteren Generation  
von *Dr. Bettina Munimus* 4

Konfliktpotenziale zwischen Alt und Jung im deutschen Wohlfahrtsstaat – Eine quantitative Analyse des European Social Survey (ESS)  
von *Thomas Hoffelder* 17

Demografie und sozialpolitische Einstellungen: Was sagt die Empirie zu einer möglichen Konfliktlinie Alter?  
von *Dr. Harald Wilkoszewski* 30

Übersicht über die Altersverteilung innerhalb der großen deutschen Parteien und Bundestagsfraktionen 40

### Rezensionen

Vanhuyse, Pieter / Goerres, Achim (Hg.):  
*Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics* 41

Kotlikoff, Laurence / Burns, Scott:  
*The Clash of Generations: Saving Ourselves, Our Kids and Our Economy* 43

Bieber, Daniel (Hg.):  
*Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist* 45

Rehberg, Karl-Siebert u.a. (Hg.):  
*Kultur als Chance. Konsequenzen des demografischen Wandels* 46

## Die Gutachter dieser Ausgabe

(in alphabetischer Reihenfolge):

Die Jury des 3. Demografie-Preises für Nachwuchswissenschaftler 2010/11 bestand aus Volker Amrhein, Carsten Köppl, Prof. Dr. Meinhard Miegel, Prof. Dr. Claudia Neu, Dr. Harald Wilkoszewski und Dr. Ole Wintermann.

**Volker Amrhein** studierte Theaterwissenschaft und Philosophie in Frankfurt am Main und Berlin. Von 1982 bis 1994 war er als Regieassistent, Theaterpädagoge und Kulturmanager tätig und machte hier viele Erfahrungen in der generationenübergreifenden Kulturarbeit. 1994 übernahm er die Leitung des Modellprogramms „Dialog der Generationen“.

**Carsten Köppl** ist Leiter der Berliner Redaktion des *Behörden Spiegel*, einer Zeitung für den öffentlichen Dienst. Er ist dort unter anderem zuständig für die Bereiche Verwaltungsmodernisierung, Demografie und Personalmanagement.

**Prof. Dr. Meinhard Miegel** studierte Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main, Freiburg i.Br. sowie Washington und promovierte 1969 im Fach Rechtswissenschaften. Seit Ende 2006 ist Miegel Vorstandsvorsitzender der neuen Stiftung „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“, deren Aufgabe es ist, an der Entwicklung und Verbreitung einer verallgemeinerungs- und zukunftsfähigen Kultur in der westlichen Welt mitzuwirken.

**Prof. Dr. Claudia Neu** ist Professorin für Allgemeine Soziologie an der Hochschule Niederrhein. Sie beschäftigt sich vor allem mit Methoden der empirischen Sozial- und Marktforschung sowie mit Ernährungssoziologie.

**Dr. Harald Wilkoszewski** studierte Politikwissenschaft, Europäisches Recht und Religionswissenschaft an der Ludwig Maximilian Universität München. Er erwarb 2011 seinen PhD in Social Policy an der London School of Economics and Political Science. Wilkoszewski ist derzeit am „Centre for Educational Research and Innovation“ der OECD in Paris beschäftigt, zusätzlich ist er Research Fellow am Max-Planck-Institut für demografische Forschung.

**Dr. Ole Wintermann** studierte Sozialökonomie an der Universität Kiel. Er ist seit 2002 bei der Bertelsmann Stiftung beschäftigt und hat dort die Schwerpunkte Demografischer Wandel, Globale Megatrends oder Internet. Er ist Senior Project Manager des Programms „Zukunft global denken“. 2005 promovierte er zum Dr. phil. mit einem empirischen Vergleich des deutschen und schwedischen Sozialsystems.

## Impressum

### Herausgeber:

Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel - Juniorprofessor  
Institut für Politikwissenschaft  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Eberhard Karls Universität Tübingen  
Tel.: +49(0)7071-2975296

Email: joerg.tremmel@uni-tuebingen.de

**Chefredakteur:** Jörg Tremmel

**Redaktion:** Verena Farhadian, Hans-Ulrich Kramer

**Layout:** Angela Schmidt, Obla Design

**Druck:** LokayDruck, Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim

Das Journal für Generationengerechtigkeit (JfGG) erscheint halbjährlich und publiziert Artikel, nachdem sie ein Peer-Review-Verfahren durchlaufen haben. Das Editorial Board setzt sich aus 50 Experten zusammen, die aus zehn verschiedenen Ländern kommen. Die Zeitschrift erscheint online im Open Access-Verfahren, auf Wunsch können gedruckte und gebundene Einzel Exemplare gefertigt werden (Einzelpreis pro Heft 30 €). Die in das Heft eingestreuten Zitate wurden von der Redaktion ausgewählt, nicht von den Autoren. Im Sinne einer geschlechtsneutralen Sprache werden im Heft die männliche und die weibliche Wortform abgewechselt.

Wer bei der letzten Bundestagswahl bei den Über60jährigen zehn Prozent Stimmen hinzugewann, der konnte sein Wahlergebnis um 3,5 Prozent verbessern. Wer bei den Unter25jährigen den gleichen Anteil an Stimmen hinzugewann, der konnte sein Wahlergebnis nur um 0,8 Prozent verbessern. Bei der nächsten Bundestagswahl 2013 dürften die Jungwähler einen noch geringeren Einfluss auf den Wahlausgang haben. Deutschlands Wähler altern. Der Anteil der über 60jährigen macht heute bereits rund ein Drittel des Elektorates aus. Zudem gehen ältere Bürger überdurchschnittlich oft an die Wahlurne. Bei der Bundestagswahl 2009 gaben acht von zehn der 60-69jährigen ihre Stimme ab, aber nur 59 Prozent der 21-24jährigen.

Für die Politikwissenschaft, die sich traditionell für Macht und Interessen interessiert, ist die Frage der Veränderung der Machtverhältnisse durch die Alterung der Gesellschaft in den Mittelpunkt gerückt (Schlagwort: ‚Gerontokratie‘). Teilfragen hierbei sind: Wie werden Prozesse von politischer Partizipation im Allgemeinen und ganz speziell der Ausgang von Wahlen durch den demografischen Wandel beeinflusst? Wie verändert das steigende Durchschnittsalter von Parteimitgliedern die Ziele von Parteien? Treten neue Akteure, z.B. Seniorenparteien, als Mitspieler in der politischen Arena auf? Sprechen sich ältere Wähler und Wählerinnen eher für eine Aufstockung der Renten aus als Jüngere? Würden Jüngere das Geld lieber für Bildungs- und Familienleistungen ausgeben? Verändert sich das Ausgaben-schema von Wohlfahrtsstaaten tatsächlich in dem Sinne, dass auf die ältere Generation entfallende Ausgaben (Rente, Pflege, Invalidität, Gesundheit) relativ zu den auf die jüngere Generation entfallenden Ausgaben (Bildung, Familienförderung) wachsen?

Die Wahlforschung unterscheidet Alterseffekte und Generationeneffekte. Liegen Alterseffekte vor, so korrelieren Änderungen der Interessen mit Änderungen des Lebensalters. Bei Generationenänderungen bleiben die Interessen der Mitglieder jeder einzelnen Generation in allen Lebensabschnitten stabil, aber jede Generation unterscheidet sich von ihrer Vorgänger- und Nachfolgerin.

Eine Präferenz älterer Wähler für hohe Renten wäre ein Alterseffekt, wenn alle Kohorten, sobald sie alt genug sind, diese Präferenz teilen. Resultat eines Generationeneffektes wäre diese Präferenz, wenn Wähler, die heute alt sind, einer Generation angehören, die hohe Renten schon immer schätzte, sowohl im Jahr 1970 als auch im Jahr 2012. Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen ‚wohlfahrtsstaatliche Alterseffekte‘, also die Befürwortung von sozialpolitischen Maßnahmen, die (nur) der eigenen Altersgruppe nutzen. Dieses Heft druckt mit den Arbeiten von Bettina Munimus und Thomas Hollfelder neue Forschungsarbeiten ab, die für den 3. Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler 2010/11 der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen eingereicht worden sind. Der renommierte Generationenforscher Harald Wilkoszewski komplettiert mit seinem Beitrag das Heft. Wie Munimus in ihrem Artikel ausführt, kann es kaum Zweifel daran geben, dass Senioren, trotz sonst heterogener Werte und Normen, das Interesse an einem materiell hinreichend abgesichertem Leben im Alter teilen. Eine Renten- bzw. Pensionskürzung liegt nicht in ihrem Interesse. Munimus erläutert, dass sich die ‚latente‘ Macht der Älteren aufgrund ihrer numerischen Größe zwar (noch) nicht zu einer ‚manifesten‘ Macht im Sinne einer Rentner-Demokratie entwickelt hat, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog zugespitzt formulierte. Allerdings gibt es bereits Anzeichen für einen ‚vorausiehenden Gehorsam‘ vor den Interessensvertretern der älteren Generation. Die Artikel von Hollfelder und Wilkoszewski kommen hinsichtlich der Existenz von Alterseffekten zu unterschiedlichen Befunden: Während Hollfelder keine Anzeichen für einen Verteilungskonflikt zwischen den Generationen sieht, gibt es laut Wilkoszewski einen unzweideutigen Alterseffekt bei individuellen sozialpolitischen Einstellungen. Der Leserin wird so Gelegenheit gegeben, die unterschiedlichen Methodiken nachzuvollziehen und zu bewerten. Generell gilt bei diesem Thema: Der Hypothesenformulierung ist höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Für die Jüngeren ist die Ausgangslage beim Thema Rente z.B. deutlich komplexer als für die Äl-

teren: Ihr Gegenwartsinteresse an niedrigen Beiträgen steht einem fernen Zukunftsinteresse an einer auskömmlichen Rente gegenüber und beide Zahlungsströme sind durch den Diskontsatz miteinander verbunden.

Neben ‚niedrigen Sozialversicherungsbeiträgen‘ werden ‚hohe staatliche Ausgaben für Bildungsausgaben‘ und ‚Familienleistungen‘ in der Literatur als zwei Interessen der Jüngeren identifiziert. Aber selten sind die diesbezüglichen Items in ISSP, ESS- oder SOEP-Daten so formuliert, wie es zur Klärung von Alterseffekten nötig ist.

Theoriegeleitete empirische Forschung sollte zudem in Betracht ziehen, dass bei Kinderlosen eine andere Präferenzstruktur gegeben ist als bei Eltern. Studien zeigen, dass ältere Befragte mit Kindern deutlich häufiger die Interessen der jungen Generation in ihre eigene Präferenzstruktur inkorporieren als kinderlose Ältere. Sie verhalten sich ‚dynastisch‘. Mit der ständigen Zunahme des Anteils Kinderloser in der Gesellschaft dürfte damit tendenziell die Ausgabenbereitschaft für Leistungen, die ausschließlich der jungen Generation zu Gute kommen, sinken. Die Beiträge von Hollfelder und Wilkoszewski arbeiten die Wünsche verschiedener Altersgruppen hinsichtlich der finanziellen Ressourcenverteilung heraus. Langfristig wird die *tatsächliche* Änderung der Staatsausgaben für verschiedene Positionen (Rente, Pflege, Bildung, Familienförderung etc.) entscheidend sein. Man darf gespannt sein, ob solche ex-post-Budgetanalysen die Ergebnisse der Forschung zu Präferenzänderungen einer älter werdenden Wählerschaft spiegeln werden. Interessante Forschungsfragen gehen uns also nicht aus...

Jörg Tremmel  
Institut für Politikwissenschaft  
Eberhard-Karls-Universität Tübingen



# Von einer quantitativen Mehrheit zur qualitativen Macht?

## Die Interessenvertreter der älteren Generation

von Dr. Bettina Munimus

**Z**usammenfassung: Der demografische Wandel führt nicht nur dazu, dass die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpft, vor allem wird sich auch der Altersaufbau wandeln. Die gesellschaftspolitischen Folgen werden beträchtlich sein: Einer wachsenden Zahl von Rentempfängern mit höherer Lebenserwartung und damit längerem Rentenbezug stehen umgekehrt immer weniger erwerbstätige Beitragszahler gegenüber. Vieles spricht dafür, dass Alter stärker als je zuvor eine politische Dimension einnehmen wird. Was bedeutet dieser Wandel für die politische Interessenvertretung älterer Menschen? Entwickelt sich angesichts möglicher Verteilungskonflikte gar eine einflussreiche Seniorenlobby? Die quantitative Macht der Älteren spiegelt sich nicht nur in ihrer wachsenden Bedeutung als Wählergruppe wider, sondern ist zudem durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Interessenvertretern im Feld der Seniorenpolitik gekennzeichnet. Bislang teilen alle intermediären Großorganisationen, wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände, ein nach wie vor generationenübergreifendes Politikverständnis. Die folgende Untersuchung zeigt, dass sich die ‚latente‘ Macht der Älteren aufgrund ihrer numerischen Größe zwar nicht zu einer ‚manifesten‘ Macht im Sinne einer ‚Rentner-Demokratie‘ entwickelt hat, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog zugespitzt formulierte. Allerdings gibt es Hinweise auf eine antizipierte Macht der Älteren, die bisweilen in einem ‚vorausseilenden Gehorsam‘ von politischen Entscheidungsakteuren zum Ausdruck kommt.

### Einleitung

„20 Millionen Rentner sind 20 Millionen Wähler!“, mit diesen Worten ermahnte der langjährige Präsident des Sozialverbands VdK, Walter Hirrlinger, Politiker aller Parteien, in sozialpolitischen Fragen nicht zu Lasten seiner Klientel zu entscheiden.<sup>1</sup> Der VdK zählt rund 1,5 Millionen Mitglieder, zusammen mit dem Sozialverband Deutschland SoVD und der ostdeutschen Volkssolidarität sind rund 2,4 Millionen meist ältere Menschen in den Sozialverbänden organisiert. In den acht DGB-Gewerkschaften steht heute jedes fünfte Mitglied aus Alters-

gründen außerhalb des Erwerbslebens. Mit 1,4 Millionen Gewerkschaftssenioren zählen die Arbeitnehmervertreter mit zu den größten Organisationen für Senioren in Deutschland. Und die beiden Volksparteien CDU und SPD altern stärker und schneller als die Bevölkerung.<sup>2</sup> Nahezu die Hälfte der Mitglieder in beiden Parteien ist 60 Jahre und älter. Zudem hat im Mai 2011 der ADAC einen eigenen Seniorenverband mit dem Namen „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND) gegründet. Als Vorbild dient die „American Association of Retired People“ (AARP), der in den USA nach eigenen Angaben rund 40 Millionen Mitglieder angehören.<sup>3</sup> Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Frage: Entsteht auch hierzulande eine machtvolle ‚graue Lobby‘, die als Interessenvertreter der Älteren Einfluss auf politische Entscheidungen zu Gunsten ihrer größer werdenden Klientel übt? Unter dem Signum zunehmend eingeschränkter finanzieller Spielräume hätte eine solche Entwicklung wohl eine Schlechterstellung der jüngeren Generation zur Folge.

Bislang werden die Gegenwartsinteressen der Älteren und die Zukunftsinteressen der Jüngeren durch das sozialstaatliche Arrangement des generationenübergreifenden Solidarvertrages ausbalanciert. Allerdings ist die etablierte Institutionenordnung in den vergangenen Jahren poröser geworden. Der demografische Wandel, der Umbau des Sozialstaats, gestiegene Partizipationsansprüche der ‚jungen Alten‘<sup>4</sup>, die Finanz- und Wirtschaftskrise und nicht zuletzt die ökologische Frage wirken auf die Stabilität und Nachhaltigkeit des Generationenvertrages ein. Eine dauerhafte, bewusstseinsbildende Konfliktlinie ‚Alt gegen Jung‘ hat sich bisher im deutschen Sozialstaatsmodell auch deshalb nicht herausgebildet, weil sich die Interessenvertreter der Älteren wie auch der Jüngeren einer „Politik für alle Lebensalter“ auf dem normativen Fundament des Generationenvertrages verpflichtet fühlten.<sup>5</sup>

Aber kommt es zu einer tektonischen Machtverschiebung in Folge des demografi-

schen Wandels und des Reformbedarfs einer nachhaltigen sozialstaatlichen Finanzierung? Ist Deutschland auf dem Weg zur „Rentner-Demokratie“, wie es der ehemalige Bundespräsident Robert Herzog zugespitzt formuliert hat<sup>6</sup>, steht die Gerontokratie, die Herrschaft der Alten, bevor? Im Folgenden wird die Frage erörtert, wie die politischen Interessen der älteren Generation in Deutschland vertreten werden. Es wird die These diskutiert, dass sich bislang noch keine machtvolle Lobby der Älteren in Deutschland entwickelt hat. Die Interessenslage der Älteren erweist sich als zu heterogen, als dass sich ein im Marxschen Sinne emphatisches Generationenbewusstsein hinsichtlich eines singulären Interesses entwickelt. Gleichwohl kommt dieser Bevölkerungsgruppe eine antizipierte Macht zu, vor allem deshalb, weil die Akteure im Feld der Seniorenpolitik, einschließlich der Parteien, die wachsende Bedeutung der älteren Wählerschaft vor Augen haben.

Die Welt vergöttert die Jugend, aber regieren lässt sie sich von den Alten.  
/ Henry de Montherlant /

Empirische Grundlage für die folgenden Ausführungen sind zum einen Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt der Universität Kassel, in dem die Verfasserin zur Interessenvertretung von Senioren in Deutschland und in ausgewiesenen internationalen Beispielen forschte.<sup>7</sup> Zum anderen werden Ergebnisse aus der Dissertation zur Frage der Auswirkungen des Alterungsprozesses auf die Volksparteien CDU und SPD herangezogen.<sup>8</sup>

### Zur politischen Organisationsfähigkeit von Interessen der Älteren

Das ‚Alter‘ als eigenständige Lebensphase ist durch die sozialstaatlich organisierte Freistellung von Erwerbsarbeit ökonomisch scharf abgegrenzt. Die auskömmliche materielle Absicherung und die institutionell abgegrenzte Staterlangung ist ein Ergebnis der Großen Rentenreform 1957 der Regierung Adenauers. Mit der Einführung der Rente als Lohnersatzleistung wurde der So-

lidarvertrag zwischen erwerbstätiger und nicht mehr erwerbstätiger Generation in einer Sozialstaatsssäule fest verankert. In der Rentenversicherung als ausgabenintensivstem Pfeiler des deutschen Sozialversicherungssystems stellt sich die Frage der Alters- und Generationengerechtigkeit am deutlichsten.<sup>9</sup> Seit der Einführung der ‚Volkssicherung‘, die die Kopplung der Renten an die Löhne und der damit am Status orientierten Integration in die deutsche Arbeitsgesellschaft beinhaltet, hat die Altersarmut ihren unmittelbaren ökonomischen Schrecken zumindest für die heutige Rentnergeneration verloren.<sup>10</sup>

Auch wenn die Gruppe der Ruheständler höchst heterogen ist und sich nach Geschlecht, Vermögen, Milieu, Gesundheitszustand und letztlich nach biografischen Merkmalen in vielfältiger Weise unterscheidet, so teilen Rentner und Pensionäre als „sozialrechtlich homogenisierte Großgruppe“<sup>11</sup> ein gemeinsames Interesse: ein würdiges, selbstbestimmtes und materiell hinreichend abgesichertes Leben im Alter – selbst wenn die Höhe der tatsächlichen Ansprüche stark variieren kann. Eine Rentenerhöhung kommt unabhängig von der tatsächlichen Lebenslage allen Rentnern zugute. Das Interesse an einem ‚guten Leben im Alter‘ wird von allen Generationen gleichermaßen geteilt, allerdings aus unterschiedlichen Perspektiven: Während es für die ältere Generation im Ruhestand ein Gegenwartsinteresse mit unmittelbarem Lebensbezug und akuter Betroffenheit darstellt, sieht es die jüngere, erwerbstätige Generation als ein mittelbares Zukunftsinteresse, das gewissermaßen durch seine zeitliche Entfernung abstrakt erscheint.<sup>12</sup> Dies scheint ein nachvollziehbarer Grund dafür zu sein, dass sozialpolitische Einsparreformen, etwa bei der Rente, in der Regel erst zukünftige Rentenempfänger betreffen. Die jeweils amtierende Regierung vermeidet unmittelbar spürbare Einschnitte, die den Status quo der Gegenwartsinteressen der Älteren im Ruhestand betreffen.

Als der ehemalige hessische Ministerpräsidentin Roland Koch in einem Interview im Mai 2010 gefragt wurde, warum er beabsichtige, im Bildungsbereich sparen zu wollen, antwortete er unverblümt: „Was wäre wohl los gewesen, wenn ich zuerst über die rund 80 Milliarden Euro staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung gesprochen hätte? Dann wären Vertreter der älteren Ge-

neration mit derselben Empörung über mich hergefallen wie jetzt die Bildungspolitiker“.<sup>13</sup> Für seine Pläne, gerade zukunftsrelevante Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung zu kürzen, wurde der CDU-Politiker vehement kritisiert. Frank Schirmacher mutmaßte in der *Frankfurter Allgemeinen*, ob Koch zuvor die Studie von Harald Wilkoszewski gelesen habe.<sup>14</sup> Dessen wissenschaftliche Ergebnisse auf der Grundlage von 14.000 Befragten lieferten erstmals einen messbaren Nachweis über einen vorhandenen Alterseffekt.<sup>15</sup> Dieser drückt aus, dass mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit sinkt, sozialpolitische Maßnahmen für gut zu erachten, die nicht die eigene Altersgruppe betreffen. Je älter die Person, zudem kinderlos, desto geringer die Bereitschaft, beispielsweise den Ausbau der Kinderbetreuung politisch mitzutragen. Eine denkbare Konsequenz für die Zukunft wäre: Je älter die Gesellschaft, desto schwieriger ist es für die Politik, sozialpolitische Entscheidungen im Bereich Bildung und Familie durchzusetzen – ohne eine Abstrafung durch das ältere Wählervolk befürchten zu müssen.

Geht man von einer geteilten Interessenlage von Personen im Ruhestand aus, stellt sich die Frage, welche Prämissen vorliegen müssen, damit sich ein ‚latentes‘ Interesse zu einem ‚manifesten‘ Interesse entwickelt, und wann das ‚organisierte Interesse‘<sup>16</sup> zu kollektivem Handeln führt. Hierzu liefert die politikwissenschaftliche Verbändeforschung unterschiedliche Überlegungen. In der Offe’schen Konflikttheorie werden die Interessen sozial randständiger Gruppen, wie etwa die der Armen, Arbeitslosen und eben auch der Alten, als sogenannte ‚schwache Interessen‘ definiert. Durch ihre unzureichende motivationale und materielle Ressourcenausstattung im kapitalistischen Wirtschaftssystem unterliegen sie den ‚starken Interessen‘ – jenen Interessen erwerbstätiger Gesellschaftsgruppen, die über Machtpotenziale und einen hohen Organisationsgrad verfügen.<sup>17</sup> Wie Offe darlegt, hängt die verbandsförmige Organisation gesellschaftlicher Interessen davon ab, ob die Interessengruppe über Machtpotenziale verfügt, um gegenüber der Gesellschaft und dem politischen Gegner systemrelevante Leistungsverweigerungen glaubwürdig anzudrohen. Personengruppen, die außerhalb des kapitalistischen Leistungsverwertungsprozesses stehen, besitzen durch ihren gesellschaftlichen Status keine weitreichenden

konfliktfähigen Sanktionsmittel. In diesem Sinne wären Pensionäre und Rentner eine wenig konfliktfähige Interessengruppe, da sie im Gegensatz zu Arbeitnehmern beispielsweise keine systemrelevanten Leistungen durch Streiks androhen oder verweigern können. Damit würden sie eine Gruppe darstellen, die nicht in der Lage ist, „gesellschaftlich relevanten Druck“<sup>18</sup> auszuüben. Die Offe’sche Konflikttheorie wurde unter anderem dahingehend kritisiert, dass sie zu einseitig auf den Gegensatz von Arbeit und Kapital ausgerichtet sei.

Historisch gesehen ist die sozialstaatlich gut abgesicherte (männliche, westdeutsche) Altenpopulation, deren Lebensweg mehrheitlich durch soziale und wirtschaftliche Prosperität begleitet wurde, wohl eine einmalige Altengeneration. Als Konsumenten nehmen die ‚Woopies‘ (well-off older people) in der ‚Seniorenwirtschaft‘ einen zukunftssträchtigen Wachstumsfaktor ein. Galt lange Zeit die Vorstellung des sparsamen, bescheidenen älteren Verbrauchers, lösen die konsumfreudigen, in Teilen hedonistischen ‚jungen Alten‘ dieses Image ab.<sup>19</sup> Bereits heute ist die Nachfrage der über 50-Jährigen an privaten Konsumgütern und Dienstleistungen für annähernd 50 Prozent der Ausgaben verantwortlich.<sup>20</sup> Diese Gruppe wird Berechnungen zufolge im Jahr 2035 58 Prozent der Gesamtkonsumausgaben tätigen, während die unter 50-Jährigen nur noch einen Anteil von 42 Prozent ausmachen werden.<sup>21</sup> Insbesondere die über 65-Jährigen sind als ‚Zielgruppe der Zukunft‘ identifiziert, wenn die Babyboomer, die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und frühen 1960er Jahre, das Rentenalter erreichen.

Grundsätzlich gilt: Je geringer das Bewusstsein für das Interesse, desto schwächer die Motivation, es zu verwirklichen. Und je geringer die ideellen und materiellen Ressourcen, desto schwächer ist ein Interesse.<sup>22</sup> Im Marx’schen Sinne müsste auf der Ebene eines „emphatischen Generationenbewusstseins“ der Übergang von einer „Generation an sich zu einer Generation für sich“ erfolgen.<sup>23</sup> Aber wann entsteht ein geteiltes Generationsbewusstsein?

Rentenempfänger teilen die kollektive Erfahrung der ‚Entberuflichung‘ in der Ruhestandsphase. Diese Erfahrung ist in einer Arbeitsgesellschaft wie der deutschen ein prägendes Merkmal von Exklusion, wobei dies zunächst nicht negativ konnotiert sein muss. Zudem sind die Rentenempfänger

dauerhaft und umfassend von Sozialleistungen abhängig, auch wenn die individuellen Lebenslagen verschieden sein mögen. Diese hohe Interessenhomogenität spielt als Determinante eine wichtige Rolle.<sup>24</sup> Infolge der dauerhaften und sozial nicht stigmatisierten Abhängigkeit vom Sozialstaat sowie ihrer zahlenmäßig großen Population ist davon auszugehen, dass sich Rentner vergleichsweise gut organisieren könnten. Damit sind sie in der Tat eine große, ‚latente‘ Gruppe. Gleichwohl führt ein kollektives Interesse im Sinne der „Logik des kollektiven Handelns“ nach Mancur Olson nicht zwangsläufig zur Entstehung eines organisierten Interesses.

Sozialstaat und Demokratie sind keine Relikte des 20. Jahrhunderts.  
/ Frank-Walter Steinmeier /

Denn rational handelnde Menschen treten nicht notwendigerweise einer Organisation bei, wenn sie auch ohne eigene Beiträge als „Trittbrettfahrer“ vom Kollektivgut profitieren können.<sup>25</sup> Der generationenübergreifende Konsens, der in der deutschen Nachkriegsgesellschaft durch den solidarischen Generationenvertrag verankert wurde, integrierte die Interessen der Älteren in allen Institutionen. Dieser normative und organisatorisch unterfütterte Konsens prägt bis heute die politische Kultur und schließt seither die Interessenvertretung von Älteren innerhalb alters- und generationenübergreifender Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und sogar Sozialverbände ein.<sup>26</sup> Auch deshalb haben die Grauen Panther und andere Rentnerparteien bislang keine nennenswerten Erfolge erzielen können.

Allein die Tatsache, dass Ältere eine Rentenleistung erhalten, führt nicht automatisch zur Entstehung eines Interessenkollektivs. Der Lebensabschnitt der Nacherwerbsphase ist nach milieu- und schichtspezifischen, ethnischen, geschlechtsspezifischen und gesundheitlichen Merkmalen höchst differenziert. Dies erschwert ihre kollektive Handlungsfähigkeit trotz des generellen Interesses an einem materiell gut abgesicherten Leben im Alter außerordentlich. Vor allem die Rentenversicherung ist infolge ihrer Statusorientierung geradezu darauf fixiert, vorhandene Differenzen aus der Erwerbsphase beizubehalten, wenn nicht gar zu verstärken. Kurzum: Ein gleiches Alter führt noch lange nicht zu gleichen Interessen.<sup>27</sup>

Olsons „Theorie des kollektiven Handelns“ wurde entgegen gehalten, seine Annahme, wonach eine vermeintlich homogene innere Struktur von Interessengruppen zur Organisationsfähigkeit von Interessen notwendig sei, käme empirisch nicht vor. Als Weiterentwicklung des Olson’schen Ansatzes stellt die „Theorie der kritischen Masse“ die Heterogenität von Gruppen heraus. Diese Vielfalt ist durch die Interdependenz und die Mobilisierungswirkung einzelner Akteure gekennzeichnet. Hauptthese dieses Ansatzes ist, dass um den Kern innerhalb von Gruppen die ‚kritische Masse‘ besteht. Diese setzt sich aus einer Anzahl von Mitgliedern zusammen, die bereit sind, eigene Ressourcen – etwa in Form von Geld und Zeit – für die gesamte Gruppe einzubringen. Bleibt diese Zahl gering, fehlt damit die nötige Investition, es kommt nicht zur kollektiven Aktion und auch nicht zur Interessenvertretung nach außen. Eine gemeinsame Aktion von Personen mit gleichen oder ähnlichen Interessen kommt dann in Gang, wenn die Beteiligten sich darüber bewusst sind, dass ihre quantitative Zusammensetzung groß genug ist. Dabei ist die tatsächliche Gruppengröße oder die Anzahl der Mitglieder nicht das ausschlaggebende Kriterium. Von Relevanz ist vielmehr der zentrale Kern derjenigen Mitglieder („large contributors“), die zum einen hoch engagiert sind und zum anderen die entscheidenden Ressourcen in ausreichendem Umfang in die Interessenvertretung einbringen.<sup>28</sup> Dabei muss die ‚kritische Masse‘ keineswegs homogen sein. Gerade die letzte Überlegung eröffnet eine interessante Perspektive: Theoretisch wäre es also möglich, dass die große Zahl der Älteren beispielsweise in den Parteien und Gewerkschaften sich ihrer gemeinsamen altersbezogenen, also ‚objektiven‘ Gegenwartsinteressen bewusst wird und sie dementsprechend wirkungsvoll das innerorganisatorische Meinungsbild prägen wollen. Notwendig für eine solche Bewusstseinsbildung wäre nicht einmal eine große Anzahl an Partizipanten; vielmehr müsse ein Kern an Hochaktiven bereit sein, sich der Vertretung der altersbezogenen Gegenwartsinteressen hinzugeben.

### Die machtvollen Wähler

Im Wettbewerb um Wählerstimmen werden Parteien aller Couleur das Altern der Wählerschaft fest vor Augen haben. Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten stieg von 47,2 Jahre im Jahr 1953 auf 50,7 Jahre bei der Bundestagswahl 2005 an, Tendenz stei-

gend.<sup>29</sup> Der Anteil der über 60-jährigen Wahlberechtigten kletterte von rund 27 Prozent bei der ersten Bundestagswahl 1949 auf 32,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2009.<sup>30</sup> Wähler bis 30 Jahre stellten bei der letzten Wahl dagegen lediglich rund 16,4 Prozent des Elektorats dar.<sup>31</sup> Im Jahr 2040 sollen Berechnungen zufolge 40 Prozent aller Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter sein.<sup>32</sup> Eine kleiner werdende Gruppe unter 30-Jähriger steht einer großen Gruppe älterer Wähler gegenüber.<sup>33</sup> Angesichts dieser Entwicklung ist die Frage berechtigt, ob ältere Wähler ihrem zahlenmäßigen Gewicht auch in elektoralen Entscheidungen Ausdruck verleihen.

Neben ihrem wachsenden Anteil gehen ältere Bürger zudem überdurchschnittlich häufig zur Wahlurne. Bei Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung der Wähler im sechsten Lebensjahrzehnt regelmäßig über 80 Prozent. Wie unterschiedlich Jüngere und Ältere zur Wahl gehen, veranschaulicht exemplarisch die Bundestagswahl 1990 im Jahr der Wiedervereinigung: Damals lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt bei 76,3 Prozent, die bis dahin niedrigste elektorale Teilnahme. Von den über 60- bis 69-Jährigen gaben 86,5 Prozent ihre Stimme ab, von den 18 bis 25-Jährigen hingegen nur 63,3 Prozent.<sup>34</sup>

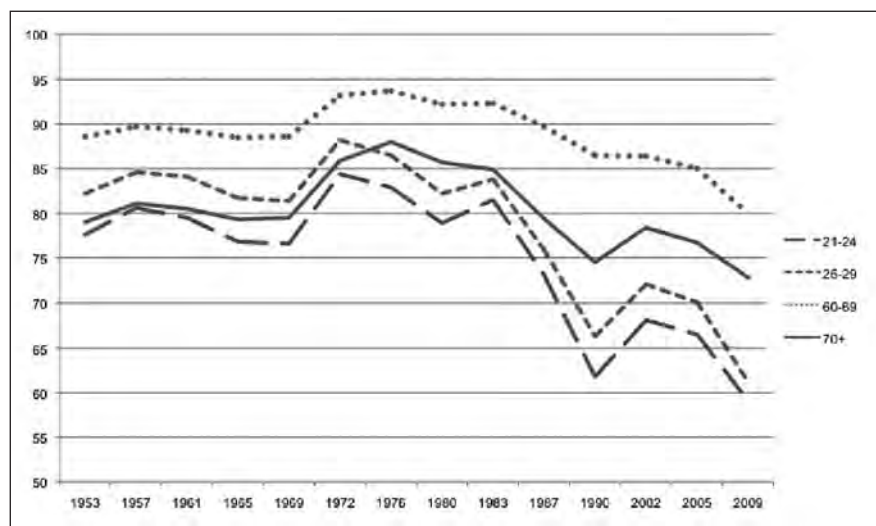
Die Wahlforschung liefert zwei Ansätze, um Altersunterschiede im Wahlverhalten zu erklären: die Position des Individuums im Lebenszyklus sowie die Zugehörigkeit zu einer Geburtenkohorte. Die erste These erklärt die Unterschiede zwischen Jung und Alt damit, dass *Alters- bzw. Lebenszykluseffekte* als direkte Korrelate des Alterns existieren, die unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit sind. Politische Präferenzen, Einstellungen und individuelle Wahlentscheidungen orientieren sich zyklisch an bestimmten Lebensabschnitten, so die Annahme. Solche Effekte seien auf soziale Verhaltensmuster oder psychologische Erfahrungen im Lebensverlauf zurückzuführen.<sup>35</sup> Mit steigendem Alter rücken demnach zentrale Werte des Konservatismus wie Sicherheit und Stabilität in den Mittelpunkt der politischen Orientierung. Diese der älteren Wählerschaft unterstellte Entscheidungspräferenz versuchen sich die Unionsparteien als strategischen Vorteil zu Nutze zu machen, indem sie Themen wie die innere Sicherheit oder die Rente auf die wahlpolitische Agenda setzen und Gesellschaftsreformen skeptisch gegenüberstehen.<sup>36</sup>

Die sogenannten *Kohorten- bzw. Generationeneffekte* gehen von der Vorstellung aus, dass eine in derselben Zeitphase geborene Gruppe ähnlich prägende Sozialisationserfahrungen als Jugendliche und junge Erwachsene teilt, die maßgeblich auf die politischen Einstellungen wirken. Die Erfahrungen als Erstwähler sind hier entscheidend. Der Konservatismus der älteren Generation, die noch unter der Regierung Adenauer sozialisiert wurde, ist demnach lediglich ein „transitorischer Zustand“ und nicht einem endogenen Zyklus im Lebenslauf geschuldet.<sup>37</sup>

tagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg bei 71,4 Prozent und erreichte damit ihren historischen Tiefststand seit Bestehen der Bundesrepublik. Selbst die Beteiligung der wahlleifrigen 60- bis 69-Jährigen ging auf 80 Prozent zurück. Hingegen fiel bei dieser Wahl die Wahlbeteiligung der über 70-Jährigen zum ersten Mal höher aus als die der gesamten Wahlbevölkerung.<sup>41</sup> Dies ist jedoch damit zu erklären, dass die Wahlbeteiligung insgesamt gesunken ist.

Auch in der unmittelbaren Wahlentscheidung, etwa im Hinblick auf Eigenschaften

Um die Parteipräferenzen im Wahlverhalten älterer Wähler zu erklären, wurde im wissenschaftlichen Diskurs bis Mitte der 1990er Jahre die These des sogenannten ‚Alterskonservatismus‘ diskutiert. Diese beinhaltet die Vorstellung, dass politisch konservative Orientierungen mit zunehmendem Alter zunehmen. Ältere Menschen seien, so die Überlegung, eher jenen Parteien zugeneigt, die Ruhe, Ordnung und Stabilität versprechen. Untermauert wurde diese Annahme von Alber mit Verweis darauf, dass ältere Menschen konservativer seien als jüngere, da es im höherem Alter mehr zu konservieren gebe.<sup>46</sup> Als Konsequenz dieser Entwicklung sahen einige Wahlforscher wie Roth und Emmert die Unionsparteien vor allem in Westdeutschland als Gewinner der demografischen Veränderung.<sup>47</sup> Die These des Alterskonservatismus, die ausschließlich auf Alterseffekten beruht, lässt sich nach Goerres auf der Basis der vorhandenen Datengrundlagen nicht belegen.<sup>48</sup> Statistisch kommen vielmehr generationenspezifische Kohortenunterschiede und die individuelle Parteienidentifikation im Wahlverhalten zum Ausdruck.<sup>49</sup>



**Abbildung 1: Wahlbeteiligung unterschiedlicher Altersgruppen bei Bundestagswahlen 1953 bis 2009.**<sup>38</sup>

Die im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen regelmäßig höhere Wahlbeteiligung der 60- bis 69-Jährigen im Jahr 1990 kann mit Kohortenunterschieden erklärt werden. Ältere Wähler gehören zu jenen Geburtskohorten, die in den prägenden Jugendjahren und im frühen Erwachsenenalter den Zweiten Weltkrieg und den Wiederaufbau der jungen Bundesrepublik erlebt haben. Sie zeigen einen größeren Bürgersinn und ein prinzipielles Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit der repräsentativen Demokratie. Sie sehen im demokratischen Wahlgang eine Staatsbürgerpflicht.<sup>39</sup> Die Wahlabstinenz der jüngeren Kohorten wird damit begründet, dass deren Pflichtbewusstsein schwächer ausgeprägt sei.<sup>40</sup>

Wahlen allein machen noch keine Demokratie.  
/ Barack Obama /

Allerdings nimmt die Gruppe der Nichtwähler in den vergangenen zwanzig Jahren in allen Altersgruppen zu. Bei der Bundes-

der Wahlkandidaten und Parteipräferenzen, bestehen Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Wählern. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung waren zu Beginn der 2000er Jahre die Merkmale ‚Glaubwürdigkeit und Sachverstand‘ des politischen Kandidaten wichtige Kriterien bei der Wahlentscheidung. Erstgenanntes gewinnt mit dem Alter der Befragten zunehmend an Bedeutung.<sup>42</sup> In der Probandenstudie der US-amerikanischen Soziologin Jane A. Piliavin aus dem Jahr 1987 konnte zudem ein „Altersähnlichkeitseffekt“<sup>43</sup> festgestellt werden: Jüngere Teilnehmer bevorzugten eher jüngere Kandidaten, ältere Teilnehmer sprachen sich häufiger für ältere Kandidaten aus.<sup>44</sup> Die Präferenz älterer Kandidaten durch ältere Wähler könnte zwar zu älteren gewählten Politikern in einer alternden Gesellschaft führen, gegenwärtig ist dies jedoch nicht zu beobachten. Über 60-jährige Abgeordnete sind im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten unterrepräsentiert.<sup>45</sup> Ihr Anteil liegt im aktuellen Bundestag fraktionsübergreifend bei 16 Prozent.

Tatsächlich gab es in der Geschichte der Bundesrepublik eine Präferenz der über 60-Jährigen für CDU und CSU. Die Parteienidentifikation in der Gruppe der über 60-Jährigen zugunsten der Unionsparteien seit Ende der 1950er bis 1970er Jahre – nahezu die Hälfte dieser Altersgruppe favorisierte die CDU/CSU – ist in der Prägekraft der Adenauer-Zeit zu sehen.<sup>50</sup>

In den 1970er Jahren konnte die SPD in der Wählergruppe der über 60-Jährigen zeitweilig einen Anstieg auf rund 42 Prozent verbuchen. Generell konnte die SPD im Jahr 1969 und in den 1970er Jahren vor allem Jungwähler für sich gewinnen. Der Anstieg in jenen Jahren erklärt sich mit dem Zuspruch zur sozial-liberalen Regierungskoalition auch in dieser Altersgruppe. Mit der Regierungsübernahme von Helmut Kohl sank der Wähleranteil der über 60-Jährigen für die SPD und blieb auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Dass die unter der Regierungszeit Willy Brandts geprägte Generation nun mehrheitlich auch in die Ruhestandsphase übergeht, ist auch am Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2009 zu beobachten: Die Sozialdemokraten erzielten bei Männern über 60 Jahren mit 27,6 Prozent ihr bestes Ergebnis.<sup>51</sup> Parteienidentifikation entsteht nicht nur durch die Erfahrungen als Jungwähler und die spe-

zifische Prägung durch das sozial-kulturelle Herkunftsmilieu, sondern geht auch aus einer allgemeinen Werthaltung hervor. Diese veränderlichen Werte beeinflussen Angehörige unterschiedlicher Generationen in ihren politischen Präferenzen. Der bekannteste Erklärungsansatz für den Wertewandel in den vergangenen 30 Jahren ist die ‚Postmaterialismusthese‘. Die Verinnerlichung postmaterialistische Werte wie Freiheit, Frieden, Gleichheit oder Umweltschutz kann zu einer Verschiebung politischer Präferenzen führen. Wie der US-Soziologe Ronald Inglehart für Westeuropa und die USA empirisch belegen konnte, verfolgen Kohorten, deren Angehörige in verhältnismäßig prosperierenden Zeiten aufgewachsen sind, stärker postmaterielle Werte als frühere Kohorten, die in ihren prägenden Sozialisationsjahren materielle Entbehrungen erfahren haben.<sup>52</sup> Dass sich das individuelle Wahlverhalten eher mit Periodeneffekten bzw. Generationenunterschieden erklären lässt, zeigt in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Wahlergebnisse von Bündnis90/Die Grünen im Zeitverlauf. Die Grünen, die aus der gesellschaftlichen Thematisierung ökologischer Fragen hervorgegangen sind, platzierten das Thema Umweltschutz prominent auf ihrer politischen Agenda. Damit machten sie erstmals postmaterieell orientierten Wählern ein parteipolitisches Angebot. Die Wählerschaft der Grünen altert mit dem Bestehen der Partei: Während im Jahr 1980 gerade einmal 0,4 Prozent der Wähler über 60 Jahre die Grünen wählten, waren es bei der Bundestagswahl 2009 fünf Prozent. Harald Künemund sieht die Grünen als die eigentlichen Wahlgewinner des demografischen Wandels, wenn sich die Parteizuneigung der Kohorten der Sozialen Bewegung der 1980er Jahre im Lebenslauf nur geringfügig verändert.<sup>53</sup> Allerdings schränkt er auch ein, dass der Zuwachs der Grünen nicht nur von der Zuneigung der zukünftigen Älteren abhängt, sondern gleichwohl mit der Zustimmung der dann Jüngeren korrespondiert.

Es bestehen also nicht nur Unterschiede darin, wie oft Ältere und Jüngere zur Wahl gehen, sondern auch welcher Partei sie ihre Stimmen geben. Zu fragen ist, ob hierbei ein Konflikt zwischen Jüngeren und Älteren bzw. zwischen Rentnern und Erwerbstätigen in Wahlen erkennbar ist. Diese Fragen sind Jürgen Falter und Uwe Gehring anhand deutscher Wahlstudien bis 1994 nachgegangen.<sup>54</sup> Sie kommen zu dem Schluss, dass für

die deutsche Wahllandschaft keine Konfliktlinie zwischen Jung und Alt sichtbar ist. Für die Bundestagswahlen bis einschließlich 1994 sei keine grundsätzliche altersdifferenzierte Parteipräferenz festzustellen. Manfred G. Schmidt argumentiert in diesem Zusammenhang hingegen, dass nicht die unterschiedliche Parteifavorisierung sondern die bevorzugte Koalition bzw. das präferierte parteipolitische Lager von Jung und Alt für Wahlsieg oder -niederlage entscheidend sein wird. Anhand der Zweitstimmenverteilung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 untersuchte er die unterschiedliche Parteipräferenz von Jüngeren und Älteren, genauer die der Rentner und die der Erwerbstätigen. Sowohl 2002 als auch 2005 stimmten die über 60-Jährigen zugunsten des bürgerlich-liberalen Parteienlagers, die Gruppe der Erwerbstätigen gab ihre Stimme hingegen einer der linksorientierten Parteien bzw. einer Linksinregierung.<sup>55</sup> Insgesamt nimmt die Stammwählerschaft für eine einzelne Partei in der Wählergruppe der über 60-Jährigen jedoch wie in allen Altersgruppen ab. Unterschiede in der Parteienidentifikation zwischen und innerhalb politischer Generationen werden kleiner; junge wie alte Bürger sind in ihrer Wahlentscheidung individueller und volatiler geworden. Auch vermögen früher prägende politische Erlebnisse und generationale Sozialisationsunterschiede immer weniger spätere Wahlpräferenzen zu erklären.<sup>56</sup>

Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.  
/ Konrad Adenauer /

Gegen eine Konfliktlinie entlang des Alters spricht das schlechte Abschneiden von Rentnerparteien. Die Stimmenanteile dieser Kleinparteien mit seniorenpolitischer Agenda bei Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen sind bislang verschwindend gering.<sup>57</sup> Faktisch machen ältere Menschen, die zum überwiegenden Teil ihren Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen bestreiten, bislang kaum von der Möglichkeit Gebrauch, durch eine gezielte, am eigenen Alter orientierte Stimmabgabe Wahlentscheidungen herbeizurufen. Erklärt werden kann dies dadurch, dass Wähler nicht nach dem Übergang in den Ruhestand ihre bisherigen politischen Sympathien ablegen und als Rentner und Pensionäre gänzlich anders wählen.

Bislang liegen für Deutschland keine profunden empirischen Erkenntnisse darüber

vor, wie altersspezifische Interessenlagen auf das individuelle Wahlverhalten wirken. So steht die außerplanmäßige Rentenerhöhung im April 2008, die als taktisches „Wahlgeschenk für Ältere“<sup>58</sup> der Großen Koalition im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 kritisiert wurde, in keinem kausalen Zusammenhang mit dem späteren Bundestagswahlergebnis der beiden Sozialstaatsparteien Union oder SPD.<sup>59</sup>

Allerdings kann bei Wahlen oder Referenden über sozialpolitische Gesetze, wie etwa eine Rentenreform, die Altersposition der Wähler eine erhebliche Rolle spielen. Bonoli und Häusermann konnten einen Alterseffekt bei Referenden in der Schweiz feststellen. Insbesondere bei arbeitspolitischen Fragen zeigen sich die Unterschiede zwischen Personen in Erwerbstätigkeit und im Ruhestand. Über 65-Jährige würden sich demnach häufiger beispielsweise gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprechen.<sup>60</sup>

So ist auch für Deutschland in der Tat anzunehmen, dass Rentner sich wahltaktisch anders verhalten könnten als Arbeitnehmer.<sup>61</sup> Goerres argumentiert, dass dieser Umstand das Wahlverhalten beeinflussen kann und vor allem die Parteien ihr Politikangebot nach der entsprechenden Wählergunst ausrichten.<sup>62</sup> Gerade die Volksparteien neigen zu einer seniorenfrendlichen Politik, die die Gruppe der Älteren hinsichtlich Kürzungsmaßnahmen verschont, um die wahlpolitische Macht einer numerisch wachsenden, politisch einflussreichen Rentnerschicht nicht gegen sich aufzubringen.<sup>63</sup> Mit der wachsenden Wählergruppe über 60 Jahre antizipieren die Parteien eine wahlpolitisch entscheidende Macht, um deren Gunst sie in besonderer Weise werben.

**Interessenvertreter der älteren Generation**  
Seniorenpolitik ist eine themenübergreifende Querschnittsaufgabe, die in hohem Maße mit anderen Politikfeldern verzahnt ist. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Interessen der Älteren in sozialer, materieller und partizipativer Hinsicht agieren im Feld der Seniorenpolitik ganz unterschiedliche Akteure. Man kann von einer vertikal und horizontal ausdifferenzierten Akteurslandschaft sprechen, wie in Abbildung 2 zu sehen ist.

In dieser Arena sind seit einigen Jahren neue Dynamiken zu beobachten. Der Dachverband BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft



der Seniorenorganisationen) vertritt über 100 unterschiedlich ausgerichtete Vereinigungen. Diese innere Heterogenität erschwert eine gemeinsame Positionsfindung, gleichwohl ist zu beobachten, dass die BAGSO in den vergangenen Jahren stärker in sozialpolitischen Fragen Stellung bezieht. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass sich das gestiegene Engagement der ‚jungen Alten‘ in den zahlreichen und wachsenden kommunalen Seniorenbeiräten niederschlägt.<sup>65</sup>

## Die Seniorenorganisationen von CDU und SPD

In den Mitgliederstatistiken von CDU wie SPD dominiert die Altersgruppe der über 60-Jährigen. Die großen Parteien sind hinsichtlich ihres Altersdurchschnitts somit längst nicht mehr Volksparteien im engeren Sinne, sondern aufgrund des fehlenden Nachwuchses deutlich überaltert, genauer gesagt: unterjüngt. Mitglieder unter 29 Jahren machten im Jahr 2010 bei der CDU lediglich 6,1 Prozent und bei der SPD 7,9

der Älteren und Zukunftsinteressen der Jüngeren innerhalb der eigenen Reihen entstehen. Das Ausbalancieren der unterschiedlichen Interessenlagen würde für die im Grundsatz generationenübergreifenden Willensbildungsassoziationen zur Herkulesaufgabe höchsten Ranges.

Das Beispiel einer solchen Szenerie bot sich 2008: Kurz vor der Bundestagswahl 2009 beschloss die Große Koalition eine Rentenerhöhung um 1,1 Prozent. Der damals 27-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, der die Aufhebung der Rentenformel öffentlich kritisierte, musste daraufhin um sein Bundestagsmandat bangen – die Senioren-Union kündigte an, seine erneute Kandidatur verhindern zu wollen.<sup>68</sup>

Während die Mitgliederbasis von Christdemokraten und Sozialdemokraten unaufhaltsam altert, sind die Älteren in den zentralen Funktionen der Parteien jedoch unterrepräsentiert. Es ist eher ein gegenläufiger Trend im Sinne einer Repräsentationslücke festzustellen. Obwohl die Seniorenorganisationen der Parteien zu den größten Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften zählen, erhalten ältere Parteimitglieder auf diesem Weg nicht zwangsläufig mehr Einflussmöglichkeiten. Im Gegenteil, Spitzenpositionen in den Führungsgremien der Parteien werden weiterhin kaum mit Älteren besetzt. Es lässt sich für die Parteivorstände konstatieren: Je höher die Organisationsebene, desto weniger sind Mitglieder über 60 Jahre vertreten.

Ebenso wenig bildet sich die Alterung der Gesellschaft in der politischen Legislative und Exekutive ab: Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt seit Jahrzehnten relativ konstant bei circa 50 Jahren; das aktuelle Bundeskabinett ist sogar das jüngste in der Geschichte der Bundesrepublik. Erschwerend kommt hinzu, dass der Zugang zu Spitzenwahlämtern vor allem auf der kommunalen Ebene durch Altersbeschränkungen zum Teil für Ältere juristisch verwehrt bleibt. Aktuelles Beispiel: Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat seine Bereitschaft zur Kandidatur für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten nicht zuletzt damit begründet, dass ihm – im Gegensatz zur Landesebene – eine weitere Amtszeit als OB aufgrund der entsprechenden Höchstalterregelung verwehrt bliebe.<sup>69</sup>

Mit den senioren-eigenen Organisationen in den Parteien, der Senioren-Union (CDU)

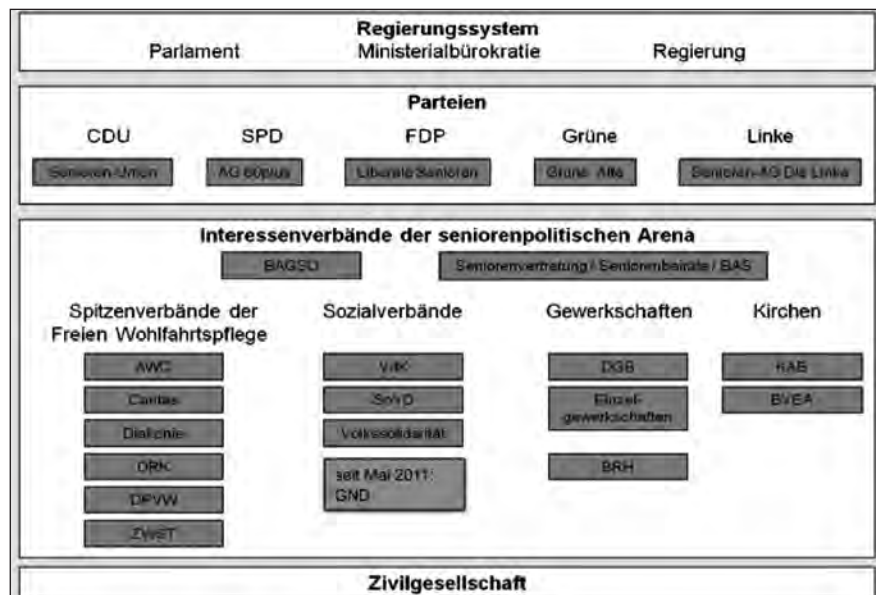


Abbildung 2: Akteure in der Seniorenpolitik<sup>64</sup>

Neben den traditionellen intermediären Großorganisationen wie Parteien und Kirchen, vertreten Gewerkschaften advokatorisch und Sozial- und Wohlfahrtsverbände direkt die Interessen älterer Menschen.<sup>66</sup> Insbesondere die Arbeitnehmervertretungen und Sozialverbände haben sich in den vergangenen Jahren gegen den Rückbau des Sozialstaates für Ältere und für den lebensstandardsichernden Sozialstaat im Sinne einer umfassenden Klientelpolitik gegenüber Regierung, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit engagiert. Überdies haben in den vergangenen 20 Jahren alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien senioren-eigene Partizipationsstrukturen verankert. Vor allem aber sind die Sozialverbände als öffentliche Vertreter der Älteren verstärkt in die Öffentlichkeit getreten.

Im Folgenden werden exemplarisch die Seniorenorganisationen von SPD und CDU, die Sozialverbände und die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Interessenvertretung der Älteren skizziert.

Prozent aus.<sup>67</sup> Nicht etwa überdurchschnittlich viele Beitritte Älterer sind für diese Struktur verantwortlich, sondern die seit Mitte der 1980er Jahren massiv zurückgegangenen Parteieintritte jünger Menschen. Die Partizipationskohorten, die in den 1970er Jahren in beide Parteien geströmt sind und diese nachhaltig veränderten, schrumpfen und bleiben heute weitgehend unter sich. Auf Jüngere wirken CDU und SPD nur wenig attraktiv.

Die Sozialdemokraten überall in Europa sind Graue-Panther-Parteien.  
/ Franz Walter /

Um bei Wahlen möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinen, werden alle Parteien wohl verstärkt auf die Präferenzen der älteren Wähler eingehen. Mit Blick auf die parallel stattfindende Alterung der Wähler- und Mitgliedschaft könnte eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung auf altersbezogene Interessenlagen resultieren. Vorstellbar ist, dass in sozialpolitischen Debatten Spannungen zwischen den Gegenwartsinteressen

und der Arbeitsgemeinschaft 60plus (SPD) haben die Mitglieder ab 60 Jahren seit rund 20 Jahren eigene institutionalisierte Sprachrohre. Diese sollen im Folgenden skizziert werden.

### **Die Senioren-Union**

Die CDU richtete im Jahr 1988 als erste Partei eine Sonderorganisation für Ältere ein. Die Senioren-Union zählt im Jahr 2010 rund 56.000 beitragszahlende Mitglieder, ein Drittel ist parteilos.<sup>70</sup> Die jüngste Vereinigung der CDU steht auch Parteilosen offen, um eine lose Bindung an das bürgerlich-christliche Milieu zu ermöglichen. Die Senioren-Union hat rund 347 Kreisvereinigungen, davon 320 in West-Deutschland und 27 in den ostdeutschen Bundesländern. Erklärtes Hauptziel ist es, die Interessen der Älteren innerhalb des Willensbildungsprozesses der CDU einzubringen.

In der öffentlichen Wirkung spielte die Senioren-Union als eigene Altenorganisation in der CDU lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Seit etwa 2008 erhält die Vereinigung jedoch zunehmend eine wichtige strategische und symbolische Funktion. Da es der CDU zunehmend schwerer fällt, ältere Wähler für sich zu gewinnen, sind Anstrengungen zu erkennen, die Senioren-Union als relevante Vorfeldorganisation aufzubauen. Lange galt: Gewinnen die Christdemokraten 50 Prozent der Wählerstimmen der über 60-Jährigen, so gilt der Wahlsieg als sicher. Allerdings sind auch die einstigen Stammwähler volatiler geworden.

Die strategische Ausrichtung ist vor allem an dem Ausbau der hauptamtlich geführten Bundesgeschäftsstelle als strategisches Zentrum zu sehen, die neben der Pressebetreuung auch Fundraising betreibt und Expertise erhält. Zudem avancierte der Bundesvorsitzende Otto Wulff zum charismatischen Sprecher seiner Klientel. Bisweilen nimmt die Senioren-Union auch eine harte Gangart ein, wenn sie etwa sozialpolitische Entscheidungen öffentlich kritisiert. Mit der Betonung der wichtiger werdenden älteren Wählerschaft nutzt sie bisweilen das machtpolitische Instrument der Drohung, indem sie etwa bei anstehenden Wahlen ihre Unterstützungsbereitschaft in Frage stellt. Oder sie kündigt an, wie im Fall Spahns, die Kandidatur des in ihren Augen in Missfallen geratenen Abgeordneten verhindern zu wollen – ohne dies allerdings final umzusetzen. Die CDU-Parteiführung reagierte auf die oszil-

lierenden intergenerationalen Spannungen in den eigenen Reihen und berief die „Union der Generationen“.<sup>71</sup> Dieses Personaltandem, bestehend aus dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union sowie der Senioren-Union, soll die ungebrochene Generationensolidarität der CDU demonstrieren.

### **Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren der SPD (AG SPD 60plus)**

Als Reaktion auf den steigenden Anteil älterer Mitglieder wurde 1994 in der SPD die Arbeitsgemeinschaft der Älteren gegründet. Da die Mitgliedschaft – im Gegensatz zur Senioren-Union – automatisch allen Sozialdemokraten ab dem 60. Lebensjahr übertragen wird, handelt es sich um die größte parteiinterne Gliederung. Im Jahr 2010 war sie mit rund 225.000 Genossen formal die größte Arbeitsgemeinschaft; allerdings engagieren sich in diesen Strukturen nach Angaben des SPD-Parteivorstands lediglich circa 40.000 Mitglieder. Motiviert war die Gründung von der Idee, die Chancen älterer Bewerber auf politische Führungsämter oder Bundestagsmandate zu erhöhen.<sup>72</sup> Ebenso sahen die Strategen im SPD-Parteivorstand in dieser organisationspolitischen Modernisierung einen Weg, Neu-Mitglieder jenseits der 50 für die Parteimitgliedschaft zu gewinnen.<sup>73</sup> Ziel ist neben der Interessenvertretung der Älteren nach innen und nach außen die Förderung des Engagements der Älteren. Die innerparteiliche Bedeutung der AG SPD 60plus ist aufgrund der schwachen Führungsqualitäten des gegenwärtigen Vorstands und der geringen Finanzausstattung als marginal zu betrachten. Die Parteiführung betont zwar den Einsatz der AG 60plus in Wahlkämpfen; die Fähigkeit innerparteilich – etwa in der Frage der Rente mit 67 – Druck auszuüben, besitzt die Arbeitsgemeinschaft allerdings nicht.

### **Die Sozialverbände als Agitatoren der Älteren?**

Die Sozialverbände treten als Advokaten für die Rechte der älteren Generation zunehmend offensiver in der Öffentlichkeit auf. Die Medien zeichnen das Bild der mächtigen ‚Rentnerlobbyisten‘. Ursprünglich sind die Sozialverbände „Sozialverband VdK“ (VdK), „Sozialverband Deutschland“ (SoVD) (ehemals Reichsbund) und „Volkssolidarität“ (VS) als Reaktion auf die Not der Kriegsoffer nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegründet worden. Die ehemaligen Kriegsofferverbände, die sich

infolge des naturbedingten Aussterbens der Kriegsbeschädigten nach und nach auch für andere Mitgliedergruppen öffneten, organisieren heute als moderne Sozialverbände neben Kriegs- und Wehrdienstgeschädigten, Menschen mit Behinderungen und Hinterbliebenen auch Rentner, ältere Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger. Anders als Parteien und Gewerkschaften weisen sie steigende Mitgliederzahlen aus. Im Jahr 2010 zählte der VdK rund 1,5 Millionen Mitglieder, der SoVD rund 520.000 Mitglieder, die Volkssolidarität 289.000. Zwischen 1992 und 2008 verzeichnete beispielsweise der VdK einen Mitgliederzuwachs von rund 50 Prozent. Insbesondere die ‚Agenda 2010‘-Politik der rot-grünen Bundesregierung und der damit verbundene steigende sozialrechtliche Beratungsbedarf scheint die positive Mitgliederentwicklung befördert zu haben.

Sozialverbände sind für mich ein wichtiger Bestandteil unseres auf Solidarität beruhenden Gesellschaftssystems.  
/ Anja Weisgerber /

Im Vergleich zu den Wohlfahrtsverbänden sind VdK und SoVD echte Mitglieds- bzw. partizipative Klientelorganisationen. Über 50 Prozent der Mitglieder gehören zum betroffenen Klientel. So ist das primäre Organisationsziel die Verbesserung des Klientelstatus'. Der Organisationszweck der Sozialverbände besteht in der sozialen Rechtsberatung nach innen und der selbstorganisierten sozialpolitischen Interessenvertretung nach außen.<sup>74</sup> Die zunehmende Mitgliederzahl der Sozialverbände lässt vermuten, dass die umfangreichen Service-, Beratungs- und Interessenvertretungsprogramme von den älteren Menschen positiv beurteilt und in Anspruch genommen werden.

Der direkte politische Einfluss von VdK und SoVD kann mit Blick auf tatsächliche sozialpolitische Entscheidungsprozesse eher gering eingeschätzt werden, da es sich um Sozialanspruchsvereinigungen handelt.<sup>75</sup> In Fragen des Behindertenrechts üben die Sozialverbände einen größeren Einfluss auf die Regierungspolitik aus als im Bereich der klassischen Sozialpolitik, da bei der Renten- und Pflegepolitik vorrangig Finanzierungs- und Stabilisierungsfragen ausgehandelt und Betroffenenorganisationen wenig gehört werden.<sup>76</sup> Zudem stehen die Sozialverbände in den letztgenannten Politikfeldern in starker Konkurrenz zu einflussreichen Interes-

senverbänden wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Deutschen Rentenversicherung. Die Sozialverbände werden gegenüber diesen Akteuren strukturell benachteiligt: Zwar werden sie in der ‚political community‘ als Akteure mit allgemeiner rentenpolitischer Kompetenz wahrgenommen und als Ansprechpartner in den jeweiligen Gesetzgebungsprozessen aufgesucht, sie haben jedoch keinen Zugang zu den korporatistischen Gremien und inneren Verhandlungszirkeln.<sup>77</sup> Gleichwohl haben die Sozialverbände bei den sozialpolitischen Debatten der vergangenen Jahre durch ihr kämpferisches Engagement in der Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit erreicht und werden von vielen älteren Menschen als Interessenvertretung geschätzt.

### **Gewerkschaften und die Seniorenfrage**

Ähnlich wie Parteien sind auch die Gewerkschaften von der Alterung ihrer eigenen Mitgliedschaft betroffen. Im Jahr 2010 waren 22 Prozent der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Mitglieder im Rentenalter, wengleich die Anteile in den Einzelgewerkschaften stark divergieren. Während beispielsweise der Anteil der Gewerkschaftsenioren in der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) bei rund elf Prozent liegt, sind es in der IG Metall 24 Prozent. Diese Seniorenquote wird sich ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, noch weiter erhöhen. Gleichzeitig sind die Gewerkschaften aufgrund ihrer Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit traditionell die ressourcenstärksten Anwälte des etablierten Sozialstaates für Ältere – nicht zuletzt aufgrund der Kopplung zwischen Lohn- und Rentenentwicklung.

Trotzdem reagieren die Gewerkschaften bislang ambivalent hinsichtlich ihres eigenen Senioren-Potenzials: So sprechen die Vorteile der Mitgliederstärke und die Stärkung der gewerkschaftlichen Handlungsbasis durch das ehrenamtliche Engagement vor allem der ‚jungen Alten‘ für einen Ausbau des seniorenpolitischen Profils. Andererseits bestehen Befürchtungen insbesondere bei den Industriegewerkschaften, dass es durch eine zu profilierte Rolle der Senioren zu einer Funktionsüberlastung der Gewerkschaften kommen könnte, indem das eigene Selbstverständnis als zukunftsorientierte Arbeitsmarktakeure und Interessenvertreter der Erwerbstätigen konterkariert werde.<sup>78</sup> Bisher, so scheint es, finden die Gewerk-

schaften jedoch einen Weg, die Interessen der Erwerbstätigen und die Interessen der Ruheständler auszubalancieren.

### **Ein neuer Akteur: Das „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND)**

Mit dem im Frühjahr 2011 gegründeten „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND) erhalten die etablierten Sozialverbände einen neuen Konkurrenten. Zwar steckt das GND noch in den Kinderschuhen und tritt bislang kaum wahrnehmbar in der Öffentlichkeit auf, sein finanzieller und organisatorischer Geburtshelfer ist jedoch der große Automobilverband ADAC.<sup>79</sup> Ähnlich wie die AARP in den USA möchte das GND als Lobby die Interessen der Älteren in der Sozialpolitik vertreten.

Bis 2012 will das GND 150.000 – zahlende – Mitglieder rekrutieren, die Information und Beratung zu Themen wie Pflege, Finanzen, Vorsorge, Gesundheit, Beruf und Freizeit angeboten bekommen sollen. Ein eigenes Versicherungsangebot soll folgen. Gleichzeitig versteht sich die Organisation explizit als ‚Bürgerbewegung‘, die die Interessen der älteren Generationen politisch vertreten und auch Stützpunkte für ehrenamtliches Engagement aufbauen will. Grundlage für dieses Projekt sind aufwendige wissenschaftliche Voruntersuchungen, die ein entsprechendes Nachfragepotenzial unter den Älteren in Deutschland identifiziert haben wollen. Ob dieses Projekt Erfolg haben wird, lässt sich freilich derzeit noch nicht sagen.

### **Die antizipierte Macht der Älteren**

Noch ist in Deutschland keine breite ‚Graswurzelbewegung‘ der älteren Generation zu beobachten. Zu heterogen sind ihre Interessen, Lebenslagen und Bedürfnisse, als dass auf dieser Grundlage ein geteiltes Bewusstsein im Sinne einer Interessenvertretung entlang des Alters heranwachsen könnte. Diese Divergenz spiegelt sich auch in der Vielzahl unterschiedlicher Interessenvertreter im Feld der Seniorenpolitik wider. Solange ihre unmittelbaren Gegenwartsinteressen unversehr bleiben und keine persönliche Betroffenheit auslösen, entschließen sich Ältere nicht, sich einer breiten, auf einer singulären Interessenlage basierenden Bewegung anzuschließen. Vielmehr gilt hier weiterhin die passive Repräsentationsthese, wonach sich ältere Menschen in ihren Interessen von Jüngeren adäquat vertreten fühlen.<sup>80</sup> Auch die alten wie neuen Akteure der

Seniorenpolitik verfolgen bislang keine generationenseparierende Politik.

Es ist eine Frage der Menschenwürde, dass unsere Gesellschaft dafür sorgt, dass niemand Angst davor haben muss, in seinen letzten Lebensjahren arm, abgeschoben und schlecht versorgt zu sein.

/ Ulrike Mascher (VdK) /

Gleichwohl zeigt sich, dass dies keineswegs so bleiben muss. Gerade in sozialpolitischen Entscheidungen, die zu Lasten ihrer Klientel gehen könnten, versuchen die Interessenvertreter die Älteren vehement zu verteidigen. Um ihrer Veto-Stimme lautstark Gehör zu verschaffen, unterstreichen sie mit medialer Wirkung ihr Einwirkungspotenzial auf diese Gruppe, indem sie die politischen Entscheidungsträger der Parteien ermahnen, nicht zu Lasten der Älteren zu handeln. Das Potenzial einer real wirksamen Drohkulisse, welche sich vor allem die Sozialverbände zu Nutzen machen, ist die numerische Mitgliedergröße des eigenen Verbandes, aber vor allem die wachsende Wählergruppe der über 60-Jährigen. Sie bedienen sich damit dem Instrument der Drohung. Rainer Paris hat über die Methode dieser Interaktionsmacht folgendes festgehalten:

„Nicht die Sanktion oder gar die Legitimation ist der Prototyp sozialer Macht, sondern die Drohung, die offene oder verdeckte Ankündigung, der andere werde demnächst mit erheblichen Nachteilen zu rechnen haben, wenn er nicht alsbald zu Willen ist und sein Widerstreben aufgibt [...] Mit einer Drohung verhängt man keine Strafe, sondern kündigt sie an; man verdeutlicht ein Potential, dessen Realisierung noch aussteht und ultimativ an das zukünftige Verhalten des anderen gekoppelt wird.“<sup>81</sup>

Die Reaktion, das mutmaßen auch die Autoren des Sechsten Altenberichts der Bundesregierung, führe als „vorausiegender Gehorsam“ zu spezifischen Handlungsweisen von Politikern, die auf die vermeintlichen politischen Interessen der älteren Menschen insbesondere vor Wahlen bevorzugt eingehen, um auf diese Weise bei der wichtigen Wählergruppe zu werben.<sup>82</sup>

Auch als Mehrheit in den Parteien kommt den langjährigen, älteren Mitgliedern insbesondere bei der Kandidatenauswahl bei Nominierungsversammlungen große Bedeutung zu. Mandats- wie auch Amtsträger sind an ihre lokale Parteibasis rückgekoppelt

und müssen für sich und ihre (erneute) Kandidatur bei den Mitgliedern werben, sie überzeugen und mobilisieren. Im Vorfeld der Nominierungsversammlung präsentieren sich Bewerber in sogenannten Tingeltouren durch die Ortsvereine bzw. Ortsverbände, Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen, um eine möglichst breite Machtbasis zu organisieren.<sup>83</sup> Dass dabei die Altersstruktur der Mitgliederbasis eine Rolle spielt, wird von Funktionären des mittleren Alters zwar nicht offen artikuliert, gleichwohl sind sich Mandatsbewerber darüber im Klaren, wer sie wählt.<sup>84</sup> Bei örtlichen Parteiveranstaltungen stellen die Älteren die anwesende Mehrheit, eine nicht zu vernachlässigende Tatsache. Funktionäre und Mandatsträger nehmen augenscheinlich von vornherein Wünsche und Erwartungen auf, um vage befürchtete Konfliktsituationen zu vermeiden und um Wohlwollen und letztlich Unterstützung bei ihrer Kandidatur zu erhalten. Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), der seine eigene Zustimmung zur außerplanmäßigen Rentenerhöhung im Jahr 2008 im Nachhinein kritisch beurteilt, sieht eine Gefahr in den ungleichen Mehrheitsverhältnissen zwischen Alt und Jung.<sup>85</sup> Abgeordnete aller politischen Couleure stehen damit bei notwendigen Reformen – etwa bei der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder beim Ausbau kinderbezogener Leistungen – unter einem besonderen Handlungsdruck.

### Zur Diskussion

Die bisherigen Ausführungen haben dargelegt, dass die Mehrheit der Älteren an einer aktiven Einflussnahme kaum interessiert ist, die einseitig auf ihre altersbezogenen Interessen ausgelegt ist. Auch sind Ältere in der Legislative und Exekutive unterrepräsentiert, was letztlich auch darauf zurückzuführen ist, dass Politik als Beruf in der Ruhestandsphase nur für eine Minderheit eine erstrebenswerte Option darstellt.

Im Feld der Seniorenpolitik teilen alle Akteure ein generationenübergreifendes Politikverständnis. Eine Politik, welche die Balance der Generationensolidarität gefährden könnte, wird bislang weitgehend vermieden. Allerdings erhält die numerische Größe der Älteren einen eigenen Machtfaktor, indem sie als Drohinstrument genutzt wird. Um Entscheidungsmechanismen politischer Verantwortlicher aus dem Prinzip der antizipierten Reaktion zu lösen und weiterhin einen generationenübergreifenden

Konsens ausbalancieren zu können, scheint es unerlässlich, in einen offenen und ehrlichen politischen Dialog einzutreten.

Die Parteien CDU und SPD sind in doppelter Weise vom beschriebenen Prozess betroffen: Zum einen durch die alternde Wählerschaft, die sie umwerben müssen, und zum anderen durch die altersstrukturelle Verzerrung der eigenen Mitgliederstruktur. Um für Jüngere attraktiv zu sein, wird in der Revitalisierungsdebatte die Einführung einer Jugendquote für Parteiämter vorgeschlagen.<sup>86</sup> Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 konnte bei ihrer empirischen Untersuchung herausarbeiten, dass bei der Mehrheit der befragten älteren Mitglieder eine solche Reform Unterstützung fände.<sup>87</sup> Jüngere würden in den Vorständen gesicherte Plätze erhalten; insbesondere in großen Landesverbänden und Kreisverbänden könnte auf diese Weise der langwierige Prozess der innerparteilichen „Ochsentour“ aufgebrochen werden. Die positive Folge wäre ein Attraktivitätsgewinn für Parteien bei jüngeren Personen, die nicht erst nach einer zähen Bewährungsphase die Möglichkeit bekommen, Verantwortung in Funktionen zu übernehmen. Gleichwohl können Quotierungen zu einer machtpolitischen Stigmatisierung führen. Die Einführung der Frauenquote hat in der Tat zu einer Zunahme von Frauen in Parteigremien geführt. Um Machtpositionen zu erreichen, vermeiden Spitzenpolitikerinnen jedoch weiterhin, mit der Quote in Verbindung gebracht zu werden.<sup>88</sup>

Wenn man einem Menschen trauen kann, erübrigt sich ein Vertrag. Wenn man ihm nicht trauen kann, ist ein Vertrag nutzlos.  
/ John Paul Getty /

Als eine mögliche Alternative zur statutarischen Einführung einer Jugendquote könnten gezielte Mentoringprogramme zwischen älteren und jüngeren Funktionären diskutiert werden. Beispielsweise fördert die CDU Niedersachsen im Projekt „Talentschmiede Niedersachsen“ gezielt Jüngere und hat damit positive Erfahrungen sammeln können. Ebenso hat der Landesvorstand für die Besetzung von kommunalen Wahllisten eine Jugendquote beschlossen. Bei der Kommunalwahl im September 2011 mussten unter den ersten sechs Listenplätzen ein Kandidat unter 40 und einer unter 30 Jahren vertreten sein. Einer der beiden muss auf den ersten

drei Listenplätzen stehen.<sup>89</sup>

Vor allem aber wird es darum gehen müssen, in der gesellschafts- und sozialpolitischen Debatte den Generationenvertrag und seine Glaubwürdigkeit für zukünftige Generationen kritisch und deutlich auf seine Belastbarkeit zu prüfen und zu erweitern, so dass das generationenübergreifende Politikverständnis weiterhin Bestand haben kann. In alternden Gesellschaften wird es darum gehen, die Interessen der jüngeren Generation neu zu festigen. Der institutionelle Rahmen ist so zu gestalten, dass eine gerechte Interessenausbalancierung auch angesichts einer veränderten Bevölkerungs- und Wählerstruktur politisch realisierbar ist und von allen Akteuren getragen wird.

### Fazit

Eine ‚Gerontokratie‘, also eine Herrschaft der Älteren, wird es aller Voraussicht nicht geben. Zumindest ist die Wahrscheinlichkeit zu gering, dass die Älteren ein kollektives Bewusstsein auf der Basis eines singulären Interesses entwickeln. An einer aktiven Einflussnahme, etwa an einer zweiten Karriere in der Politik im Ruhestand haben die wenigsten dieser Altersgruppe Interesse. Für die politischen Führungsgremien der Parteien wie für die politische Legislative und Exekutive kann vielmehr eine veritable Repräsentationslücke festgehalten werden. Eine Graswurzelbewegung dieser Altersgruppe im Sinne einer nachhaltig separierenden Interessenpolitik ist ebenfalls nicht zu erkennen. Der Ausgleich der Interessen findet nach wie vor innerhalb der korporativen generationenübergreifenden Interessenverbände und Parteien statt.

Und doch wird den Älteren aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zwischen Alt und Jung Macht zugeschrieben: Einerseits als anwesende, zeitreiche Mehrheit an der Parteibasis, die beispielsweise bei Kreiswahlparteitagen über Kandidaten entscheidet, andererseits als wachsende wahlstrategische Wählergruppe. Das Mehrheitsgewicht der älteren Mitglieder (und Wähler) nutzen insbesondere die Sozialverbände, um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Vor allem die zunehmende Bedeutung der wachsenden Anzahl älterer Wähler erhöht die Glaubwürdigkeit der aufgebauten Drohkulisse. Diese Machtform lässt sich als eine antizipierte verstehen, die bisweilen in einem vorausseilenden Aktionismus von Seiten der politischen Akteure zum Ausdruck kommen kann. Die außerplanmäßige ‚Rentengarantie‘

tie' der Großen Koalition im Jahr 2008, die letztlich eine systemwidrige Abkopplung der Rentenanpassung an die Lohnentwicklung war, ist dafür ein beredtes Beispiel.

Um die Interessen von Alt und Jung weiterhin auszubalancieren, gilt es, politische Debatten um die Zukunftsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Generationenvertrages ehrlich zu führen. Politische Entscheidungsakteure sollten sich von vermeintlichen Drohkulissen nicht vereinnahmen lassen. Auch mögliche Einschnitte der heutigen Rentnergeneration sollten offen diskutiert werden können, ohne Abstrafungen fürchten zu müssen.

### Anmerkungen

1. Dieser Beitrag verwendet ausschließlich die männliche Sprachform. Bei allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind stets auch weibliche gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde für eine bessere Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

2. Während ein Viertel der deutschen Bevölkerung im Jahr 2010 60 Jahre und älter war, ist mit Ausnahme von Bündnis90/Die Grünen der Anteil der Parteimitglieder in dieser Altersgruppe in allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien deutlich höher. Im Jahr 2008 verzeichnete die FDP 34,9 Prozent Mitglieder über 60 Jahre, Bündnis90/Die Grünen sind mit 11,4 Prozent die „jüngste“ Partei. Die „älteste“ Partei zum Jahresende 2007 war die Linke, in der 54 Prozent der Parteimitglieder 60 Jahre und älter waren. Vgl. Niedermayer 2011: 365-383.

3. Die AARP wurde 1958 gegründet und gilt nach der katholischen Kirche als der größte Rentner- und Freiwilligenverband der USA. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 85.

4. Neben einem generellen Anstieg des freiwilligen Engagements bei älteren Menschen arbeitet der Freiwilligensurvey zudem heraus, dass sich deren Engagement auch zunehmend auf die politische Vertretung der eigenen Belange richtet. Vgl. BMFSFJ 2010: 157.

5. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2008: 225.

6. Vgl. u. a. o. V. (12.04.2008): Altpräsident Herzog warnt vor Rentnerdemokratie. In: Die Welt, 5.

7. Das Forschungsprojekt „Alternde Gesellschaften und Organisationen für Ältere. Sozialverbände und Gewerkschaften in

nationaler und internationaler Perspektive“, welches von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde, wurde von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder an der Universität Kassel geleitet. Die Forschungsergebnisse sind veröffentlicht in: Schroeder/Munimus/Rüdt 2010.

8. In der von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Promotion wird die Frage erörtert, wie sich die zahlenmäßige Überrepräsentanz der Mitgliedergruppe der über 60-Jährigen auf die Volksparteien CDU und SPD auswirkt. Die Untersuchung nimmt drei Forschungsperspektiven ein: Zum einen wird das Augenmerk auf die personelle Ausstattung hinsichtlich der Repräsentanz Älterer in der Amts- und Mandatsträgerschaft gelegt. Der zweite Fokus setzt sich mit der Frage auseinander, wie Senioreninteressen institutionell in CDU und SPD organisiert sind. Dabei interessiert, welche Rolle die parteieigenen Seniorenorganisationen einnehmen und wie sie sich im innerparteilichen Meinungsbildungsprozess einbringen. Die letzte Perspektive geht der Frage nach, wie sich die Mitgliederalterung auf der untersten Organisationsebene, der Parteibasis, niederschlägt. Hierfür wurde empirisches Material in vier Fallstudien erhoben.

9. Vgl. Sackmann 1998: 713-720.

10. Im Jahr 2009 erhielten 2,5 Prozent der rund 17 Mio. über 65-Jährigen eine staatliche Grundsicherung. Vgl. Goebel/Grabka 2011: 5.

11. Göckenjan 2007: 137.

12. Vgl. Tremmel 2005: 18.

13. Interview von Roland Koch (2010): Ende der Behutsamkeit. In: Der Spiegel, 20/2010, 24-27.

14. Schirmmacher, Frank (18.05.2010): Roland Kochs Wette. In: Frankfurter Allgemeine, 19.

15. Vgl. Wilkoszewski 2009 und Wilkoszewski 2010: 355-386.

16. Organisierte Interessen bzw. Interessengruppen kennzeichnen folgende Eigenschaften: „Sie sind ein freiwilliger Zusammenschluss sozialer Einheiten mit bestimmten Zielen. Sie organisieren sich arbeitsteilig und bilden Führungsstrukturen heraus. Sie haben die Zielsetzung, die individuellen, materiellen oder immateriellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen“. Vgl. Straßner 2004: 22.

17. Die Organisationsfähigkeit von Interessen betrachtet Claus Offe im Zusammenhang des Hauptgegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Er unterscheidet zwischen

organisierten Interessen in „privilegierten“ und „unterprivilegierten“ Lebensbereichen. Organisierbar seien nach seiner Auffassung nur solche Interessen, die von einer sozialen Gruppe als gemeinsames Spezialbedürfnis interpretiert werden könne. Vgl. Offe 1975: 135-165.

18. Vgl. Straßner 2004: 47.

19. Vgl. BMFSFJ 2010a: 460.

20. Vgl. BMFSFJ 2010a: 460.

21. Vgl. BMFSFJ 2010b.

22. Vgl. Willems/Winter 2007: 19f.

23. Vgl. Kaufmann 2005: 203.

24. Vgl. Winter 1997: 124.

25. Vgl. Olson 2004.

26. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 433.

27. Vgl. Tews 1989: 171.

28. Vgl. Marwel/Oliver 1993: 10.

29. Vgl. Schmidt 2009: 275.

30. Vgl. Bundeswahlleiter 2009: 8.

31. Vgl. Bundeswahlleiter 2009: 8.

32. Vgl. Künemund 2006: 283-432.

33. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird das stellvertretende Elternwahlrecht für Kinder diskutiert. Vgl. Goerres/Tiemann 2009: 50-74.

34. Vgl. Jesse 2010: 95.

35. Vgl. Goerres 2009: 302.

36. Vgl. Bösch 2007: 206.

37. Vgl. Neckel 1993: 542.

38. Vgl. Bundeswahlleiter 2010. Eigene Darstellung, nicht alle Bundestagswahlen.

39. Vgl. Goerres 2009: 304f. sowie Bürklin 1989: 116-140.

40. Die veränderte Wahrnehmung der eigenen Rolle gegenüber dem Staat ist bislang noch nicht näher untersucht. Vgl. Goerres 2009: 305.

41. Vgl. Jesse 2010: 94.

42. Vgl. Bertelsmann Stiftung 2004: 66.

43. Vgl. Goerres 2009: 306.

44. Vgl. Piliavin 1987: 351-368.

45. Vgl. Kalisch 2008.

46. Vgl. Alber 1994: 155.

47. Vgl. Roth/Emmert 1994: 177.

48. In Untersuchungen zu Lebenszyklus- und Kohorteneffekten in Deutschland wurden leicht ansteigende Wahrscheinlichkeiten zu Gunsten der Lebenszykluseffekte aufgezeigt. Vgl. Rattinger 1994: 73-122. Goerres konnte in seinen Untersuchungen keinen Nachweis erbringen, dass alternde Wähler in ihrer Parteienwahl oder in ihren politischen Wertvorstellungen konservativer werden und verweist auf die Art der statistischen Analyse, die künstliche Verzerrungen beinhalten kann. Vgl. Goerres 2009: 116f.

49. Künemund 2004: 289.

50. Die Stärke dieser Kohorte ist dadurch zu erklären, dass die Unionsparteien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Ära der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Stabilität in der Bundesrepublik regierten. Auch das Recht auf freie Wahlen nach dem Krieg wurde mit der Kanzlerschaft Adenauers positiv in Verbindung gebracht. Ebenso wurde die Parteienidentifikation in West-Deutschland bis in die 1970er Jahre wesentlich von der Bindungskraft des konservativen Milieus und der formalen Kirchenmitgliedschaft positiv beeinflusst. Vgl. Goerres 2009: 313.
51. Vgl. Jesse 2010: 97.
52. Vgl. Inglehart 1997.
53. Vgl. Künemund 2004: 290.
54. Vgl. Falter/Gehring 1998: 463-503.
55. Vgl. Schmidt 2009: 273-286.
56. Vgl. Goerres 2009: 314.
57. Die Rentnerparteien RRP und RENTNER erhielten bei der Bundestagswahl 2009 zusammen 0,3 Prozent der Wählerstimmen. Vgl. Bundeswahlleiter 2010. Die erste Partei, die sich offensiv für Rentner einsetzte, waren die „Grauen Panther“ bzw. die „GRAUEN“, die in den 1990er Jahren durch ihre provokativen Aktionen bundesweit Aufmerksamkeit erhielten. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 53.
58. Vgl. hierzu die mediale Berichterstattung u. a. Bohsem, Guido (09.04.2008): Wertloses Geschenk. In: Süddeutsche Zeitung, 4; o. V. (12.04.2008): Nagelprobe für die Rentner-Demokratie. In: Frankfurter Allgemeine, 4.
59. Der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt bezeichnete CDU und SPD als die zwei großen Sozialstaatsparteien, die zwar in einem Konkurrenzverhältnis hinsichtlich ihrer inhaltlichen Sozialpolitik und in ihrem Staatsverständnis, demnach auch um die Gunst des Wählerwillens stehen. Sie erzielen jedoch häufig nach langen politischen Auseinandersetzungen konsensuale Entscheidungen bei der Ausgestaltung sozialstaatlicher Regelungen und Leistungen. Vgl. Schmidt 2007: 137-158.
60. Bonoli und Häusermann konnten einen ähnlichen Alterseffekt bei Referenden in der Schweiz feststellen. Insbesondere bei arbeitspolitischen Fragen zeigen sich die Unterschiede zwischen Personen in Erwerbstätigkeit und im Ruhestand. Über 65-Jährige würden sich demnach häufiger beispielsweise gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprechen. Vgl.: Bonoli/Häusermann 2011: 187-206.
61. Hierzu gibt es bisher kaum Untersuchungen. Achim Goerres argumentiert in diese Richtung auf der Basis von Umfrageergebnissen. Vgl. u. a. Goerres 2009: 118.
62. Vgl. Goerres 2009: 120.
63. Vgl. Schmidt 2007: 276.
64. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 53. Eigene Ergänzung.
65. Die genaue Zahl der kommunalen Seniorenbeiräte ist unbekannt. Wie diese Gremien Einfluss auf die kommunalen politischen Entscheidungsprozesse ausüben, bedarf einer profunden wissenschaftlichen Untersuchung.
66. Sozialverbände betreiben als partizipative Klientelorganisationen eine direkte Interessenvertretung. Damit bieten sie Rentnern die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und auf diese Weise ihre Interessen direkt zu artikulieren. Demgegenüber liegt der Handlungslogik der Gewerkschaften zwar einerseits ein Selbstverständnis als generationenübergreifende Solidargemeinschaft zugrunde, sie verstehen sich jedoch primär als Erwerbstätigenorganisationen. Für ihre verrenteten Mitglieder handeln sie folglich lediglich im Sinne einer advokatorischen Interessenvertretung bzw. einer Mitvertretung der Rentnerinteressen, da diese nicht zu ihrer genuinen Kernklientel zählen. Aus gewerkschaftlicher Sicht handelt es sich hierbei um eine Randfunktion, die sie im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Vertretungsanspruchs verfolgen. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 33.
67. Vgl. Niedermayer 2011: 365.
68. Neumann, Philipp (5.04.2008): Wenn die Alten zornig werden. In: Die Welt, 3.
69. Bürger ab einem bestimmten Alter werden daran gehindert, für das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters zu kandidieren bzw. das Amt anzutreten. Das Höchstalter für die Kandidatur liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 58 Jahren und 65 Jahren in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Lediglich die Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen sieht kein Höchstalter vor. Vgl. Schrammeyer 2004: 61.
70. Der Beitritt erfolgt nicht automatisch, vielmehr muss aktiv eingetreten werden.
71. Vgl. hierzu auch Kohli 2011: 180.
72. Vgl. Naeyegele 1999: 93-109.
73. Die Gründung der AG 60plus muss auch als eine Reaktion auf die bereits länger stattfindenden Aktivitäten der CDU gesehen werden.
74. Vgl. Winter 1997.
75. Im Gegensatz zu Sozialanspruchsvereinigungen müssen Sozialleistungsvereinigungen soziale Hilfen selbst erbringen. Die Wohlfahrtsverbände sind klassische Sozialleistungsvereinigungen mit professionellen Dienstleistungskapazitäten und einer engen Staat-Verbände-Kooperation, die eine Einflussnahme auf die Politik erleichtert. Vgl. Schöllkopf 2000: 113-148.
76. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 296.
77. Vgl. Winter 1997: 397.
78. Vgl. Schroeder/Munimus 2011: 112f.
79. Vgl. o. V. (19.05.2011): Ein Netz für junge Alte. In: Frankfurter Rundschau, 5.
80. Vgl. Neckel 1993: 542.
81. Paris 1998: 13f.
82. Vgl. BMFSFJ 2010a: 457.
83. Vgl. Reiser 2011: 237-260.
84. So die gewonnenen Einschätzungen aus den im Rahmen der Promotion geführten Gesprächen mit lokalen Funktionärsträgern von CDU und SPD.
85. Steinbrück 2011: 28.
86. Vgl. Leif 2009: 443.
87. Vgl. Laux 2011: 170f.
88. Vgl. u. a. Munimus 2010: 27ff.
89. Vgl. CDU Niedersachsen 2009.

#### Literatur

Alber, Jens (1994): Soziale Integration und politische Repräsentation von Senioren. In: Verheugen, Günter (Hg.): 60 plus: die wachsende Macht der Älteren. Köln: BundesVerlag, 145-168.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

BMFSFJ (Hg.) (2010a): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.11.2010.

BMFSFJ (Hg.) (2010b): Studie Wirtschaftsmotor Alter, Kurzfassung. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.02.2011.

BMFSFJ (Hg.) (2010c): Hauptbericht des Freiwilligenveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.02.2011.

Bonoli, Giuliano / Häusermann, Silja (2011): Who Wants What from the Welfare

- State? Socio-structural Cleavages in Distributional Politics: Evidence from Swiss Referendum Votes. In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): *A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison*. Heidelberg: Springer Verlag, 187-206.
- Bösch, Frank (2007): *Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)*. In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-219.
- Bundeswahlleiter (2010): *Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen (Heft 4)*. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/veroeffentlichungen](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen). Abruf am 22.02.2010.
- Bürklin, Wilhelm (1989): *Alte Wähler morgen: „Graue Panther“ oder konservative Stammwähler der CDU?* In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): *Die ergraute Gesellschaft*. Berlin: DZA, 116-140.
- CDU Niedersachsen (2009): *Dynamische Volkspartei. Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen vom 23.01.2009*. [http://cduniedersachsen.de/sites/default/files/dokumente/beschluesse/Dynamische\\_Volkspartei-090123.pdf](http://cduniedersachsen.de/sites/default/files/dokumente/beschluesse/Dynamische_Volkspartei-090123.pdf). Abruf am 23.07.2011.
- Falter, Jürgen W. / Gehring, Uwe W. (1998): *Alter – ein neues Cleavage?* In: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 463-503.
- Friedrich, Carl Joachim (1970): *Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung – eine empirische Theorie*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Göckenjan, Gerd (2007): *Zur Wandlung des Altersbildes seit den 1950er Jahren im Kontext und als Folge der Großen Rentenreform von 1957*. In: *Deutsche Rentenversicherung*, Nr. 2-3, 125-142.
- Goebel, Jan / Grabka, Markus M. (2011): *Zur Entwicklung der Altersarmut in Deutschland*. In: *DIW Wochenbericht* Nr. 25.
- Goerres, Achim / Tiemann, Guido (2009): *Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen des stellvertretenden Elternwahlrechts*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 50 (1/2009), 50-74.
- Goerres, Achim (2009): *Das Wahlverhalten älterer Menschen. Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern*. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): *Politik. Altern in Deutschland*, Bd. 8. *Nova Acta Leopoldina N.F.* Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 299-322.
- Goerres, Achim (2009): *Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 41 (1/2009), 102-120.
- Goerres, Achim (2011): *Being Less Active and Outnumbered?* In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): *A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison*. Heidelberg: Springer Verlag, 207-224.
- Hockerts, Hans Günter (2011): *Abschied von der dynamischen Rente – Über den Einzug der Demografie und der Finanzindustrie in die Politik der Alterssicherung*. In: Becker, Ulrich / Hockerts, Hans Günter / Tenfelde, Klaus (Hg.): *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*. Bonn: Dietz Verlag, 257-286.
- Inglehart, Ronald (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Jesse, Eckhard (2010): *Die Bundestagswahl 2009 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47. Jg (1/2009), 91-101.
- Kalisch, Dominik (2008): *Politische Repräsentanz Älterer in deutschen Parlamenten. Eine Analyse der Altersanteile in den Landesparlamenten und im Bundestag*. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): *Informationsdienst Altersfragen*, Heft 5, September/Oktober 2008.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seine Folgen*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Kohli, Martin (2011): *Age Groups and Generations: Lines of Conflict and Potentials for Integration*. In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): *A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison*. Heidelberg: Springer Verlag, 169-186.
- Künemund, Harald (2006): *Partizipation und Engagement älterer Menschen*. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): *Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potential. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung*. Band 5. Berlin: DZA, 283-432.
- Künemund, Harald (2004): *Politischer Einfluss der Älteren von morgen*. In: *Sozialer Fortschritt*, 11-12, 286-293.
- Laux, Annika (2011): *Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien?* In: Spier, Tim et al. (Hg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 157-176.
- Leif, Thomas (2009): *Angepasst & ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfälle. Warum Deutschland der Stillstand droht*. München: C. Bertelsmann Verlag.
- Marwel, Gerald / Oliver, Pamela (1993): *The critical mass in collective action: a micro-social theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Munimus, Bettina (2010): *Heide Simonis. Aufstieg und Fall der ersten Ministerpräsidentin Deutschlands*. Stuttgart: Ibidem Verlag.
- Naegele, Gerhard (1999): *The politics of old age in Germany*. In: Naegele, Gerhard / Walker, Alan (Hg.): *The politics of old age in Europe*. Buckingham: Open University Press, 93-109.
- Neckel, Sighard (1993): *Altenpolitischer Aktivismus. Entstehung und Variation eines Politikmusters*. In: *Leviathan*, Jg. 21 (4/1993), 540-563.
- Nell-Breuning, Oswald von / Fetsch, Cornelius G. (1981): *Drei Generationen in Solidarität. Rückbesinnung auf den echten Schreiber-Plan*. Köln: J P Bachem Verlag.

- Niedermayer, Oskar (2011): Parteimitgliedschaften im Jahre 2010. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2/2011), 365-383.
- Offe, Claus (1975): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress, Gisela / Senghaas, Dieter (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 135-165.
- Olson, Mancur (2004): Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorien der Gruppen. 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck (Englische Originalausgabe 1965: *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*).
- Paris, Rainer (1998): Stachel und Speer – Machtstudien. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Piliavin, Jane A. (1987): Age, race, and sex similarity to candidates and voting preference. In: *Journal of Applied Social Psychology*, Jg. 17 (1/1987), 351-368.
- Rattinger, Hans (1994): Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953-1990. In: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 73-122.
- Reiser, Marion (2011): „Wer entscheidet unter welchen Bedingungen über die Nominierung von Kandidaten?“ Die innerparteilichen Selektionsprozesse zur Aufstellung in den Wahlkreisen. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 237-260.
- Roth, Dieter / Emmert, Thomas (1994): Wahlverhalten der Senioren. In: Verheugen, Günter (Hg.): 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund-Verlag, 169-188.
- Sackmann, Rainer (1998): „Generationsverhältnis und Gerechtigkeit – das Beispiel Rentenversicherung“. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 49 (1/1998), 713-720.
- Schmidt, Manfred G. (2009): Altern und politische Partizipation. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina N.F. Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 273-286.
- Schmidt, Manfred G. (2007): Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren: Sozialpolitik in Deutschland. In: Schmidt, Manfred G. / Zohnhöfer, Reimut (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 137-158.
- Schölkopf, Martin (2000): Politisch repräsentiert oder ausgegrenzt? Pflegebedürftige ältere Menschen und die organisierten Interessen. In: Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 113-148.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina / Rüdts, Diana (2008): Integrierende oder separierende Interessenvertretungspolitik? Zum Selbstverständnis der Akteure der deutschen Seniorenpolitik – Sozialverbände, Gewerkschaften und Parteien im Vergleich. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 54 (3/2008), 225-250.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina / Rüdts, Diana (2010): Seniorenpolitik im Wandel. Verbände und Gewerkschaften als Vertreter der älteren Generation. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina (2011): Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation? In: *WSI Mitteilungen* 2/2011, 107-114.
- Steinbrück, Peer (2011): Unterm Strich. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Straßner, Alexander (2004): Begriffliche und theoretische Grundlagen. In: Sebald, Martin / Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-71.
- Streeck, Wolfgang (2009): Einleitung. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina N.F. Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 265-271.
- Streeck, Wolfgang (1987): „Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 39 (1/1987), 471-495.
- Tews, Hans Peter (1987): Die Alten und die Politik. In: *Deutsches Zentrum für Altersfragen* (Hg.): Die ergraute Gesellschaft. Berlin: DZA, 141-188.
- Tremmel, Jörg (2005): Generationengerechtigkeit in der Verfassung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (8/2005), 18-28.
- Vanhuyse, Pieter / Goerres, Achim (Hg.) (2011): *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies Comparative Studies of Policies and Politics*. London: Routledge.
- Winter, Thomas von (1997): Sozialpolitische Interessen. Konstituierung, politische Repräsentation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Wilkoszewski, Harald (2009): Age trajectories of social policy preferences: support for intergenerational transfers from demographic perspective, MPIDR Working Paper WP-2009-034. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/WP-2009-034-pdf>. Abruf am 22.09.2010.
- Wilkoszewski, Harald (2010): Alte versus Junge. In: Glaab, Manuela / Weidenfeld, Werner / Weigl, Michael (Hg.): *Deutsche Kontraste 1990-2010. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Frankfurt: Campus Verlag, 355-386.
- Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.) (2000): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. In: Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.): *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-50.



## Presseartikel

Bohsem, Guido (09.04.2008): Wertloses Geschenk. In: Süddeutsche Zeitung, 4.

Hoischen, Oliver (19.07.2009): Die Rentnerfunktionäre. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29/2009, 6.

Neumann, Philipp (05.04.2008): Wenn die Alten zornig werden. In: Die Welt, 3.

Schirmacher, Frank (17.05.2010): Roland Kochs Wette. In: Frankfurter Allgemeine, 19.

Interview von Roland Koch (2010): Ende der Behutsamkeit. In: Der Spiegel, 20/2010, 24-27.

o. V. (12.04.2008): Nagelprobe für die Rentner-Demokratie. In: Frankfurter Allgemeine, 4.

o. V. (12.04.2008): Altpräsident Herzog warnt vor Rentnerdemokratie. In: Die Welt., 5.

o. V. (19.05.2011): Ein Netz für junge Alte. In: Frankfurter Rundschau, 5.



## Angaben zur Autorin

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Bettina Muminus (geb. 1980) war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Alternde Gesellschaften und Organisatio-

nen für Ältere. Sozialverbände und Gewerkschaften in nationaler und internationaler Perspektive“ an der Universität Kassel. Im Rahmen ihrer Promotion untersuchte sie den Alterungsprozess der Volksparteien CDU und SPD. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Parteien- und Verbändeforschung, Wandel von Politik und Ökonomie in Deutschland und Europa insbesondere unter der Perspektive des demografischen Wandels, Sozialstaatsforschung.

Kontakt Daten: EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin Schumannstraße 5 / 10117 Berlin E-Mail: [muminus@eaf-berlin.de](mailto:muminus@eaf-berlin.de)

# Konfliktpotenziale zwischen Alt und Jung im deutschen Wohlfahrtsstaat – Eine quantitative Analyse des European Social Survey (ESS)

von Thomas Hollfelder

**Z**usammenfassung: *Bedingt durch eine niedrige Geburtenziffer und eine steigende Lebenserwartung, führt der demografische Wandel in Deutschland zu Finanzierungslücken in den sozialen Sicherungssystemen und zu einer politischen Machtverschiebung zu Gunsten der älteren Jahrgänge. Daraus wird oft vorschnell ein Konflikt der Generationen abgeleitet, ohne dass eine empirische Prüfung der dafür notwendigen sozialen Grundlagen stattgefunden hätte. In dieser Arbeit wird deshalb ein Modell entwickelt, das die Entstehung eines Konfliktes zwischen Alt und Jung skizziert, um anschließend einzelne Aspekte der Genese des Konfliktes empirisch zu überprüfen. Dazu werden drei Einstellungsvariablen analysiert: die Verantwortlichkeit des Staates für die Alterssicherung, die Einschätzung des Lebensstandards im Ruhestand und die erwartete Entwicklung des Rentenniveaus. Als Datengrundlage dient die deutsche Teilstudie der 4. Welle des European Social Survey. Die Analysen zeigen, dass bezüglich der untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen kein nennenswertes Konfliktpotenzial zwischen Alt und Jung festgestellt werden kann. Mögliche Konfliktlinien lassen sich*

*vielmehr entlang des Bildungsstatus oder der subjektiven Lebenszufriedenheit ausmachen. Zudem sind, in schwächerem Maße, altersunabhängige subjektive Wertorientierungen und politische Einstellungen konstitutiv für die Einstellungsbildung. Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass in der Bevölkerung gegenwärtig keine Grundlage für einen Konflikt zwischen Alt und Jung auf Gesellschaftsebene existiert.*

## Einleitung

Deutschland: ein „Land der Generationen“.<sup>1</sup> Eine fast schon romantisch angehauchte Beschreibung, die im Laufe der letzten Dekaden jedoch zunehmend einen brisanten, weniger harmonischen Beigeschmack bekommen hat. Die langfristigen demografischen Trends einer niedrigen Geburtenziffer und steigenden Lebenserwartung führten und führen zu einschneidenden Veränderungen in der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung. So wird der Altenquotient<sup>2</sup> nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von einem derzeitigen Wert von etwa 50 in naher Zukunft weiter auf über 75 ansteigen, wobei der größte Sprung zwischen

2015 und 2025 mit dem Übergang der Generation der Babyboomer in die Gruppe der mindestens 60-Jährigen zu erwarten ist.<sup>3</sup> Durch die damit verbundenen, gravierenden Folgen für die finanzielle Situation der staatlichen Systeme der sozialen Sicherung hat die These eines ‚Generationenkonflikts‘ Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden. Schlagwörter wie die Gefahr einer ‚Gerontokratie‘ und der aufkommende ‚Kampf der Generationen‘ halten sich seither hartnäckig. Einzig ein handfester, empirischer Beweis scheint bisher noch ausbleiben. Alles nur eine Frage der Zeit? Gerade einmal 37 Prozent der Bevölkerung sehen ein demokratisches Grundrecht der Generationengerechtigkeit verwirklicht.<sup>4</sup> Ist der Konflikt also lediglich im Stadium der Latenz, und es fehlt nur ein polarisierendes Ereignis oder eine erneute, breite öffentliche Debatte, bis er sich manifestiert?

Dieser Frage soll in dieser Arbeit nachgegangen werden, indem das Konfliktpotenzial zwischen der Gruppe der Alten und der Gruppe der Jungen analysiert wird. Nach einer knappen Darstellung der Folgen des

demografischen Wandels für die umlagefinanzierten, sozialen Sicherungssysteme und die Machtverteilung zwischen den Altersgruppen im demokratischen System, wird ein Modell skizziert, das die Genese eines Konfliktes zwischen Alt und Jung im Wohlfahrtsstaat aufzeigt und hervorhebt, inwiefern Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat dabei eine essenzielle Rolle spielen. Schließlich gibt der Verfasser einen Überblick über den aktuellen Stand der Einstellungsforschung und erläutert bewährte theoretische Konzepte.

Der empirische Abschnitt bildet den Kern dieser Arbeit. Auf der Datengrundlage der vierten Welle des European Social Survey (ESS) wird die Bevölkerung in zwei Altersgruppen (Jung und Alt) unterteilt. Schließlich wird ein Verfahren vorgestellt, das mit Hilfe von Regressionsanalysen den Einfluss der Altersgruppenzugehörigkeit auf die Einstellungsbildung, insbesondere in Relation zu anderen bedeutenden Prädiktoren, misst und veranschaulicht. Dieses Vorgehen wird anschließend auf drei Einstellungsvariablen angewendet, die sich allesamt auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) oder den Lebensstandard im Alter beziehen. Die Ergebnisse sollen Aufschluss über die Existenz und das Ausmaß eines Konfliktpotenzials geben und werden im Anschluss diskutiert und kommentiert.

### **Folgen des demografischen Wandels**

#### *Auswirkungen auf die sozialen*

#### *Alterssicherungssysteme*

Das Konzept eines gesellschaftlichen Generationenvertrages in den sozialen Sicherungssystemen ist kein Vertrag im formal-juristischen Sinne, sondern dient als Metapher, die durch ihren moralischen Bezug auf die familiären Austauschbeziehungen dem staatlichen System mehr Legitimität geben soll.<sup>5</sup> Durch einkommensabhängige Beitragszahlungen der Erwerbstätigen werden die Bezüge der aktuellen Generation der Alten finanziert und von den Beitragszahlern gleichzeitig gesetzliche Ansprüche auf eine eigene Versorgung im Alter erworben. Fundamental für die annähernde Äquivalenz zwischen den Beiträgen und Leistungen ist dabei ein stabiles Verhältnis von zahlreichen Beitragszahlern und wenigen Leistungsempfängern. Die demografischen Verschiebungen in Deutschland und den meisten anderen westlichen Industrieländern haben dieses Verhältnis jedoch aus dem Gleichgewicht

gebracht und stellen die nachhaltige Leistungsfähigkeit und die Tragfähigkeit der umlagefinanzierten Investitionslogik aus „investiver Vorleistung und solidarischer Anrechtssicherung“ in Frage.<sup>6</sup> Da sprunghafte Anstiege der Nominallohneinkommen in einem Maße, das den entstehenden Graben kompensieren könnte, unrealistisch sind, bleiben für die Wiederherstellung des Gleichgewichts innerhalb des Umlagesystems vor allem drei Wege: eine Senkung der durchschnittlichen nominalen Renten, eine Erhöhung der Beitragsätze oder eine Erhöhung der Altersgrenze. Im ersten Fall würden die Empfänger, im zweiten die Beitragszahler einseitig belastet; im dritten Fall verteilen sich die Be- und Entlastungen gleichermaßen auf beide Gruppen.<sup>7</sup>

**Wer weiß, wie dem demografischen Wandel erfolgreich zu begegnen ist, den beglückwünsche ich.**

/ Angela Merkel /

#### *Auswirkungen auf die politische Machtverteilung*

Unabhängig davon, wie an diesen Schrauben gedreht wird: Die aktuell lebenden Generationen würden dadurch belastet werden. Die langfristigen Profiteure einer Konsolidierung wären allen voran die heranwachsenden und ungeborenen Jahrgänge. Diese können ihr Gewicht jedoch noch nicht als Wählerstimme geltend machen. Gleichzeitig sorgt die Alterung der Gesellschaft für einen höheren Anteil an direkten oder zeitnahen Rentenempfängern unter den Stimmberechtigten. Es stellt sich daher die Frage, ob eine ausgewogene Änderung der altersspezifischen Sozialsysteme unter diesen Umständen in Zukunft überhaupt noch mehrheitsfähig wäre.

Diese Frage lässt sich anschaulich an dem aus der Ökonomie stammenden Medianwähler-Modell diskutieren.<sup>8</sup> Dabei kann über die Alternativen, in diesem Falle eine Belastung der Beitragszahler oder der Empfänger, direkt abgestimmt werden. Es ist anzunehmen, dass die Änderungen in den altersspezifischen Sicherungssystemen, allen voran der GRV, in zukünftigen Wahlkämpfen eine gewichtige Rolle spielen werden. In diesem Fall kommt die vereinfachte Modellierung als direkte Abstimmung der Realität in einer repräsentativen Demokratie relativ nahe. Da sich die Individuen rational verhalten, werden sie abwägen, ob ihnen eine Beitragserhöhung oder eine Leistungs-

senkung weniger erwartete Nutzeneinbußen beschert und entsprechend votieren. Ältere Erwerbstätige und Rentner sprechen sich folglich für eine Beitragserhöhung, jüngere Erwerbstätige für eine Leistungskürzung aus.<sup>9</sup> In absehbarer Zukunft wird das Alter des Medianwählers in die Gruppe der Befürworter einer Beitragserhöhung fallen. Bleibt man im ökonomischen Modell und unterstellt auch der Politik Eigennutzenmaximierung in Form einer Maximierung der Wählerstimmen, so haben die älteren Wähler die Macht, jede zu ihren Lasten angestrebte Reform zu blockieren, und würden davon auch Gebrauch machen.<sup>10</sup> Die erheblichen finanziellen Folgen des demografischen Wandels würden ausschließlich den jüngeren Generationen auferlegt. In dieser ‚Gerontokratie‘ scheint ein Konflikt zwischen den Generationen, in der sogar eine Aufkündigung des so genannten Generationenvertrages möglich ist, unausweichlich.

Die Realität gestaltet sich natürlich komplexer, als sie im Ansatz des „homo oeconomicus“ abgebildet wird. Kollektive Wahlentscheidungen werden selten ausschließlich aufgrund ein und desselben Themas getroffen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, folgen Regierungen möglicherweise nicht ihren Wahlversprechen oder setzen Reformen durch, die weder populär noch unter den Wählern bei direkter Abstimmung mehrheitsfähig wären (wie bei der Agenda 2010 geschehen). Intergeneratives Denken, zum Beispiel durch Kontakte zu eigenen Kindern oder Enkeln, kann unter älteren Menschen ein starkes Motiv für altruistisches Handeln bilden. Im Umlageverfahren stehen die Empfänger zudem in einer gewissen Abhängigkeit von den Einzahlern und würden es kaum riskieren, dass der ohnehin nur metaphorische Generationenvertrag von den Jüngeren ‚aufgekündigt‘ wird.

Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass es mit zunehmender Alterung der Gesellschaft zu einer politischen Machtungleichheit zu Gunsten der älteren Jahrgänge kommt. Dies bietet *Möglichkeiten* zur Beeinflussung der Art und Weise, wie die altersspezifischen Sicherungssysteme zukünftig angepasst werden. Ob und wie die Älteren ihre Macht tatsächlich einsetzen werden, ist freilich eine andere Frage.

### **Theoretisches Konzept zur Analyse eines Konfliktes zwischen Alt und Jung im Wohlfahrtsstaat**

*Begrifflichkeiten: Kohorte, Generation und Altersgruppe*

Die theoretischen Konzepte „Kohorte“, „Generation“ und „Altersgruppe“ vereint, dass sie gesellschaftliche Gruppen beschreiben, deren Mitglieder zu unterschiedlichen Zeitpunkten jeweils gleich alt sind.<sup>11</sup> Als Kohorte oder Geburtskohorte werden dabei Menschen beschrieben, die im selben oder innerhalb weniger aufeinander folgender Jahre geboren sind. Generation baut darauf auf, wobei eine allgemein gebräuchliche Definition nicht existiert. Lüscher und Liegle schlagen eine Basisdefinition vor, die die wichtigsten Merkmale von Generationen umfasst. Das Konzept der Generationen dient demnach dazu, „kollektive oder individuelle Akteure hinsichtlich ihrer sozial-zeitlichen Positionierung in einer Gesellschaft, einem Staat, einer sozialen Organisation oder einer Familie zu charakterisieren und ihnen eine spezifische Identität („Generationenidentität“) zuzuschreiben. Diese zeigt sich darin, dass sich Akteure in ihrem Denken, Fühlen, Wollen und Tun an sozialen Perspektiven orientieren, für die der Geburtsjahrgang, das Alter oder die bisherige Dauer der Mitgliedschaft in der jeweiligen Sozietät oder die Interpretation historischer Ereignisse von Belang sind“.<sup>12</sup> Generation wird also primär als Identitätsbegriff beschrieben.<sup>13</sup> Gleichgelagerte Sozialisationserfahrungen führen zu spezifischen Mustern des Denkens, Fühlens, Wissens und Handelns sowohl auf Individual- wie auch darüber hinausgehend auf Kollektivebene. Während die Kohorten- und Generationszugehörigkeit qua Geburt festgelegt wird und man sie ein Leben lang beibehält, wechselt die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe im Laufe des Lebens. Jeder gehört einmal zu den ‚Jungen‘, aber niemand wird auf Dauer dort verbleiben.

So wandeln sich mit der Zeit Gruppenzugehörigkeit wie Gruppenzusammensetzung.

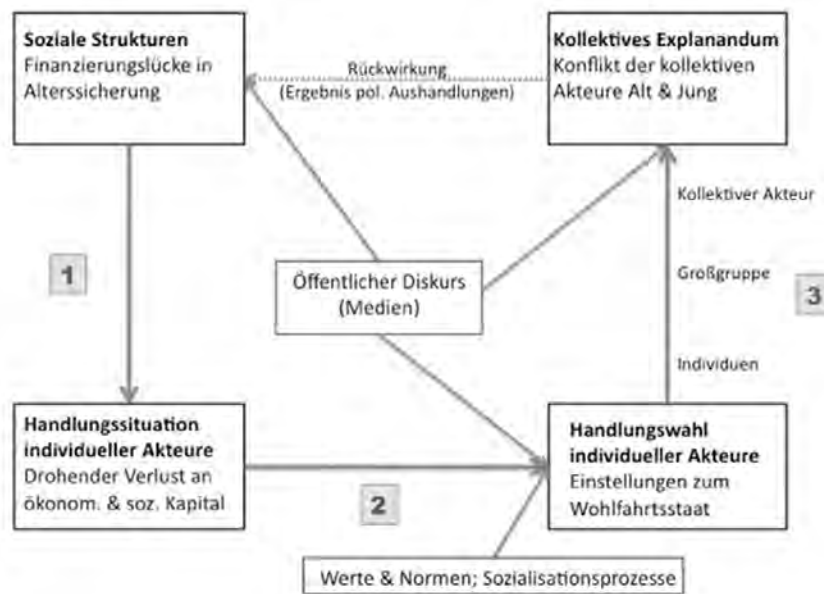
Die jungen Menschen von heute sollten gelegentlich daran denken, dass sie die alten Herrschaften von morgen sein werden.  
/ Evelyn Waugh /

*Modellierung und Thesenbildung*

Das im Folgenden abgebildete Modell soll als grober Rahmen für die punktuellen Analysen dieser Arbeit dienen, die sich auf zwei im Folgenden herausgearbeitete Leitthesen konzentrieren. Das Modell skizziert, wie die Entstehung eines Altersgruppenkonfliktes

häufig begründet wird und theoretisch auch plausibel denkbar ist. Wie beschrieben wird der Konflikt zwischen Alt und Jung im Wohlfahrtsstaat überwiegend aus unterschiedlichen Interessen und einer asymmetrischen Verteilung der Durchsetzungsmacht abgeleitet. Diese Argumentation ist grundlegend für das in Abbildung 1 skizzierte theoretische Modell und soll in dieser Arbeit empirisch untersucht werden. Ziel der Untersuchung ist es, eine empirische Überprüfung der modellierten Argumentationslinie durchzuführen, um die Gültigkeit eines daraus abgeleiteten unterschweligen Konfliktes zwischen Alt und Jung beurteilen zu

Leistungsempfänger in einer spezifischen Interessenlage. Diese ist meinungsbildend für die Frage, ob die Konsolidierung der Sicherungssysteme eher zu Lasten der Finanziers oder der Empfänger stattfinden soll. Da das Ergebnis in politischen Aushandlungsprozessen zustande kommt und nicht vorher bekannt ist, befindet sich jeder Bürger in der Situation eines drohenden Verlustes von zukünftigem ökonomischen Kapital. Durch Veränderungen der relativen Einkommensverhältnisse sind zudem Auswirkungen auf das soziale Kapital denkbar.<sup>15</sup> Um die Verbindung zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat herzustellen, bedarf es einer



**Abbildung 1: Modell zur Konfliktentstehung zwischen Alt und Jung in der wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherung. Eigene Darstellung.**

können. Im Schaubild sind bereits die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat integriert, auf deren Basis die Überprüfung primär stattfinden wird. Die wissenschaftstheoretische Grundlage des Modells bildet der in den erklärenden Sozialwissenschaften etablierte Makro-Mikro-Makro-Ansatz, auch bekannt als „Colemansche Badewanne“.<sup>14</sup> Makrosoziologische Zusammenhänge zwischen sozialen Strukturen und einem kollektiven Explanandum werden dabei handlungstheoretisch über die Mikroebene zu erklären versucht.

**1** Die modellierte Argumentation beginnt mit den sozialen Strukturen eines umverteilenden Wohlfahrtsstaates, dessen Systeme der Alterssicherung durch den demografischen Wandel in eine finanzielle Schieflage geraten sind und des Umbaus bedürfen. Jeder Bürger befindet sich als potenzieller oder faktischer Beitragszahler oder

These, die im Folgenden zu prüfen ist:

*These I: Alt und Jung unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einstellungen zur wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherung, und zwar gemäß ihrer spezifischen Interessenlage, die sich aus der dominierenden Position im Umverteilungssystem ergibt.*

**2** So wird der Einzelne je nach Interessenlage bestimmte Handlungsalternativen<sup>16</sup> eher ablehnen, andere hingegen präferieren. Die Logik, nach der die verfügbaren Handlungsalternativen selektiert werden, basiert auf dem RREEMM-Modell. Dieses Modell ist eine Weiterentwicklung und Zusammenführung des „homo sociologicus“ und „homo oeconomicus“.<sup>17</sup> Der typische Akteur wird darin als „resourceful, restricted, expecting, evaluating and maximizing man“ aufgefasst.<sup>18</sup> Er unterliegt Re-

striktionen, die seine Handlungsalternativen einschränken; verfügt über das kognitive Vermögen, mehrere Handlungsalternativen zu identifizieren; und trifft, gesteuert von seinen subjektiven Erwartungen und Bewertungen und einer Maximierungsregel folgend, die Entscheidung für eine bestimmte Handlung. Die Maximierungsregel beschreibt dabei kein rein eigennutzenmaximierendes Verhalten, wie es im klassischen Modell des „homo oeconomicus“ der Fall ist. Altruistische Motive werden ebenso berücksichtigt, allerdings führen kognitive Beschränkungen zu einer eher kurzfristigen Orientierung an der Nahumwelt. Übertragen auf die hier beschriebene individuelle Handlungssituation bedeutet dies, dass sich die Handlungswahl nicht allein auf den erwarteten finanziellen Eigennutzen beschränken kann, wie es die ausschließliche Fokussierung auf die Interessenlage impliziert. Das Individuum ist in komplexer Weise sozial eingebettet. Es verfügt über spezifische Wertorientierungen und internalisierte Normen, an denen das Individuum sein Handeln orientiert, um innere und äußere Sanktionen zu vermeiden. Nicht zuletzt übt auch die herrschende öffentliche Meinung, transportiert in den dominierenden öffentlich-medialen Diskursen, einen Einfluss auf die spezifischen Einstellungen der individuellen Akteure aus.

**3** Für den dritten Schritt, der Transformation der individuellen Einstellungen auf die Aggregatsebene, ist es schließlich notwendig, dass die Altersgruppen in ihren Einstellungen ein Mindestmaß an Kohäsion aufweisen.<sup>19</sup> Die Bedeutung kohärenter Einstellungen für den Aggregationsschritt und damit auch für die Genese eines konfliktträchtigen Verhältnisses zwischen Alt und Jung wird offensichtlich, wenn man die von Amitai Etzioni beschriebenen Voraussetzungen betrachtet, die zur Bildung kollektiver Akteure notwendig sind. Auf einer ersten Stufe bilden eine Vielzahl an Individuen eine Großgruppe, vorausgesetzt es existiert eine gemeinsame Basis an übereinstimmenden Einstellungen, Werten und/oder Interessen. Mit Großgruppe (*collectivity*) ist gemeint: „Eine makroskopische Einheit, die die potentielle Fähigkeit besitzt, gemeinsam zu handeln, indem sie sich auf die normativen Bindungen stützt, die die Mitglieder einer Schichtungskategorie zusammenschließen.“<sup>20</sup> Die Existenz solcher Großgruppen entlang des dichotomen Unterscheidungskriteriums Alt/Jung und

die weitgehende Abwesenheit von weiteren, den Einfluss der Altersgruppenzugehörigkeit auf die Einstellungsausprägungen überlagernden Einflussfaktoren, bilden die zweite Annahme, die hier empirisch auf ihre Plausibilität hin überprüft werden soll:

*These II: Die individuellen Akteure unterscheiden sich einerseits in ihren Einstellungen zur Alterssicherung entlang des Kriteriums Alt/Jung, verfügen andererseits bei gleicher Kriteriumsausprägung über überwiegend homogene Einstellungen.*

Eine Großgruppe bleibt jedoch passiv und nur potenziell handlungsfähig, solange sie nicht auch über ein Mindestmaß an Organisiertheit verfügt. So entsteht ein Kollektiv mit realer Handlungsfähigkeit, das als kollektiver Akteur bezeichnet werden kann. Handlungen von zwei oder mehr kollektiven Akteuren können in Konflikt geraten, falls zwischen den Akteuren Interessendifferenzen bestehen.

Im Grunde aber sind wir alle kollektive Wesen, wir mögen uns stellen, wie wir wollen.

/ Johann Wolfgang von Goethe /

Die Steuerbarkeit, Konsens- und Kompromissfähigkeit oder gar der Verlauf dieser Auseinandersetzung zwischen Alt und Jung sind zu komplex – jede Antwort käme einer Spekulation gleich. Unabhängig davon sind Rückwirkungen auf die Ausgestaltung des Transfersystems zu erwarten, die wiederum einen Effekt auf die zukünftigen individuellen Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat ausüben. Das Modell verfügt folglich über einen zirkulären Moment, der Ausdruck der Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Gebilde ist, die ständig in diskursiven Aushandlungsprozessen transformiert und modifiziert werden. Je nach Verlauf der Auseinandersetzung sind dabei eindämmende, selbstregulative Wirkungen ebenso denkbar wie verstärkende Effekte.<sup>21</sup>

*Theoretische Grundlagen der Messung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen*

Grundsätzlich gibt es zwei Ansätze, aus denen Einstellungen erklärt werden können. Soziostrukturelle Erklärungen basieren überwiegend auf dem spezifischen Interesse und der Nutzenorientierung der Menschen. Als Grundlage dient der Rational-Choice-Ansatz: Es wird also angenommen, dass „die

Menschen interessengeleitet denken und handeln, sich bewusst und zielorientiert auf die Bedingungen und Restriktionen ihrer Lebenswelt beziehen“.<sup>22</sup> Maßgebend für die Einstellungsprägung sind hier wirtschaftliche Bedingungen, aus denen sich spezifische *Interessenorientierungen* ergeben: Es wird vom Individuum immer die Position eingenommen, von der es sich angesichts der aktuellen Lebenssituation den größten sozioökonomischen Vorteil verspricht.<sup>23</sup>

Demgegenüber basieren soziokulturelle Ansätze vorrangig auf dem Sozialisationstheorem. Individuen bilden durch spezifische Erfahrungen im *Sozialisationsprozess* differente Werte und Normen aus.<sup>24</sup> So können sich beispielsweise geschlechtsspezifische Rollenmodelle oder die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen während des Sozialisationsprozesses in gruppenspezifischen Werte- und Einstellungsausprägungen niederschlagen.

Als einen weiteren Erklärungsansatz schlagen Krömmelbein et al. *subjektive Zufriedenheitsmaße* vor, da die subjektive Einschätzung nicht immer mit den objektiven Gegebenheiten der Lage übereinstimmt.<sup>25</sup> Differenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, von denen ein relevanter Effekt auf die Einstellungen anzunehmen ist, können dadurch berücksichtigt werden. Zufriedene Menschen sind oft Gewinner der Gesellschaft, wodurch sie weniger Defizite sehen und weniger Notwendigkeiten für staatliches Handeln.<sup>26</sup>

Welche konkreten Erklärungsfaktoren letztendlich in die Analyse der jeweiligen Einstellungen einbezogen werden sollten, hängt vom jeweiligen Untersuchungsobjekt ab. Dabei ergeben sich in den folgenden Analysen Restriktionen durch den ausschließlichen Rückgriff auf Sekundärdaten. Für Forscher, die mit Sekundärdaten arbeiten, bedeutet dies: Weder auf die genaue Fragestellung noch auf die Auswahl der erhobenen Items kann Einfluss genommen werden.<sup>27</sup> Umso wichtiger ist es, die Items hinsichtlich ihrer Aussagekraft kritisch zu hinterfragen und die Ergebnisse entsprechend differenziert zu betrachten.<sup>28</sup>

## **Empirische Analyse**

### *Datengrundlage*

Die Datengrundlage für die statistische Analyse bildet die vierte Welle des European Social Survey (ESS). In der vorliegenden Arbeit

wird mit den Daten der deutschen Teilstudie gearbeitet, die zwischen dem 27.08.2008 und dem 31.01.2009 vom Bonner Markt- und Sozialforschungsinstitut infas erhoben wurden.<sup>29</sup> Die Stichprobenziehung erfolgte durch eine zweistufige, disproportional geschichtete Zufallsauswahl für in privaten Haushalten in Deutschland lebende Personen ab 15 Jahren, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft und Rechtsstellung.

	Gültige Fälle
Alte Bundesländer	1785
Neue Bundesländer (inkl. Ost-Berlin)	971
Gesamtdeutschland	2756

**Tabelle 1:**  
**Fallzahl des European Social Survey Deutschland**

Bei der Analyse ist zu beachten, dass das Alter als Determinante ein Indikator für verschiedene Aspekte sein kann. Erstens können sie, eher strukturellen und situationalen Erklärungsmustern folgend, auf Lebenszykluseffekte (auch: Alterseffekte) zurück zu führen sein. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass „Personen im Laufe ihres Lebens verschiedene Phasen (Schule, Ausbildung/Studium, Berufstätigkeit, Familiengründung, Rente/Pension) durchlaufen, je nach Lebensabschnitt unterschiedliche soziale Positionen einnehmen und damit unterschiedliche Präferenzen entwickeln“.<sup>30</sup> Davon zu unterscheiden sind Generationen- bzw. Kohorteneffekte. Die Generationentheorie nimmt an, dass „verschiedene Geburtsjahrgänge spezifische Verhaltensstrukturen und Einstellungsmuster aufweisen, weil sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten sozialisiert wurden“.<sup>31</sup> Der Einfluss des Alters wird durch die Zugehörigkeit zu einer spezifischen historischen oder politischen Generation vermittelt, wie sie in Deutschland beispielsweise die Nachkriegsgeneration oder die Generation der 68er bilden können. Hinzu kommen drittens noch Periodeneffekte, womit die temporären Auswirkungen der aktuellen historischen Situation in Form von Ereignissen oder längerfristigen Trends gemeint sind, die alle zu einem bestimmten Zeitpunkt lebenden Menschen gleichermaßen beeinflussen, das heißt unabhängig von der Kohorten- und Altersgruppenzugehörigkeit.<sup>32</sup>

Eine systematische Trennung der Effekte wäre für eine über das Deskriptive hinausgehende Erklärung wünschenswert, ist sta-

tistisch jedoch extrem schwierig. Die drei Einflussfaktoren dürften auf komplexe Weise zusammenspielen und bedingen sich gegenseitig, da sie auf erhobene Variablen zurückgehen (Erhebungszeitpunkt, Alter, Geburtsjahrgang), die nicht unabhängig voneinander sind. Dieses als Identifikationsproblem bekannte Dilemma lässt sich nur durch sehr langfristige Verlaufsdaten lösen, die eine Analyse von Kohorten im Zeitverlauf (idealerweise komplette Lebenszyklen) zulassen.<sup>33</sup> Eine solche Studie existiert für die hier relevanten Items nicht.

Zusammengefasst bedeutet diese Restriktion, dass mögliche gefundene Differenzen zwischen den Altersgruppen weitestgehend deskriptiver Natur bleiben müssen und deren Ursachen statistisch nicht zwischen dem aktuellen Lebensalter, der Kohortenzugehörigkeit und der aktuellen historischen Situation als erklärende Faktoren aufgeschlüsselt werden können. Prognosen sind deshalb zwar schwer zu treffen, für die Untersuchung des gegenwärtigen Konfliktpotenzials im Wohlfahrtsstaat ist die Datenlage jedoch ausreichend.<sup>34</sup>

Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche: Alt zu werden und dabei jung zu bleiben.  
/ Peter Bamm /

*Konstruktion der Gruppen ‚Alt‘ und ‚Jung‘*  
Wann gilt eine Person als ‚alt‘, wann ist sie noch ‚jung‘? Das chronologische oder biologische Alter ist zwar exakt, kann jedoch keine ausreichende Antwort auf diese Frage geben. Alter im hier thematisierten Sinn ist als gesellschaftliches Konstrukt zu verstehen, die Antwort entsprechend abhängig von der jeweiligen Gesellschaft. Im ESS finden sich dazu zwei offene Fragen:

Gruppe	Gruppenmitglieder		Gruppenzusammensetzung (Alter in Jahren)			
	<i>n</i>	<i>Prozent</i>	<i>Mean</i>	<i>Min</i>	<i>Max</i>	<i>Stddev</i>
Junge	824	30,3	27,9	15	39	7,3
Mittlere	1129	41,4	49,2	40	59	5,6
Alte	771	28,3	70,1	60	91	6,8
<b>Gesamt</b>	<b>2725</b>	<b>100</b>	<b>48,7</b>	<b>15</b>	<b>91</b>	<b>17,4</b>

**Tabelle 2: Zusammensetzung der Altersgruppen.**

• Was denken Sie, ab welchem Alter werden Menschen im Allgemeinen nicht mehr als jung bezeichnet?

• Was denken Sie, ab welchem Alter werden Menschen im Allgemeinen als alt bezeichnet?

Der Median beträgt im deutschen Sample 40 Jahre bzw. 60 Jahre. Für die in dieser Arbeit notwendige Altersgruppeneinteilung werden diese Werte die Grenzen zwischen den Gruppen bilden. Die Gruppe der 15 bis 39-Jährigen bilden die Jungen, die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren bilden die Alten. Dazwischen liegt die Gruppe der Personen, die in der Gesellschaft weder als alt noch als jung bezeichnet wurde. Sie wird hier schlicht ‚mittlere‘ Gruppe genannt. Jede Person im Datensatz wird nun gemäß ihres Alters der jeweiligen Gruppe zugeordnet.<sup>35</sup>

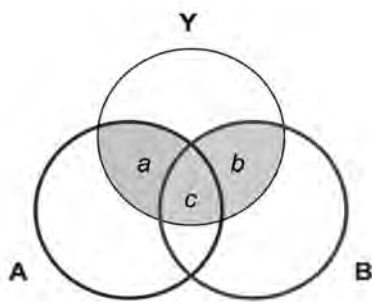
Der zweite, weit gewichtigere Vorteil der Einteilung entlang gesellschaftlich wahrgenommener Altersgrenzen ist die Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur, von der ein bedeutender Einfluss auf die Wahrnehmung von Jung-Sein und Alt-Sein angenommen werden kann. ‚Alt‘ und ‚Jung‘ sind Differenzmerkmale, die ihren Sinn nur durch die Existenz einer anderen Gruppe, der ‚Nicht-Alten‘ oder ‚Nicht-Jungen‘ gewinnen. Dabei müssen sie jedoch kein Entweder-Oder bilden, sondern lassen auch ein ‚weder alt noch jung‘ zu. Da es aber kein fixes biologisches Merkmal gibt, ab dem ein Mensch gewissen Alters als ‚alt‘ bezeichnet wird, sind auch demografische Merkmale wie die Lebenserwartung oder die Bevölkerungsstruktur gruppengrenzenbildend. Damit ließe sich auch die hohe Grenze der Gruppe der Jungen erklären, die durch die Position im Transfersystem oder im institutionellen Lebenslauf nicht mehr interpretierbar ist. Mit steigender Lebenserwartung und höherem Altenquotient in der Bevölkerung verschieben sich die Maßstäbe. Menschen in den 30ern werden noch als „jung“

angesehen, weil sie einen Großteil der zu erwarteten Lebenszeit noch vor sich haben und weil sie *relativ* zur restlichen Bevölkerung als jung angesehen werden können.

*Methodisches Vorgehen*

In den folgenden Untersuchungen bildet die jeweilige Einstellungsvariable das Kriterium. Dabei handelt es sich um insgesamt drei Einstellungsfragen, die sich auf die Verantwortlichkeit des Staates auf die Sicherung des Lebensstandards im Alter (I), auf die Einschätzung des aktuellen Lebensstandards von Menschen im Ruhestand (II) und auf die erwartete Entwicklung des Rentenniveaus (III) beziehen.

Bezüglich der Hierarchisierung der Prädiktoren soll ein Vorgehen angewendet werden,



**Abbildung 2:**  
**Ballentine für die Prädiktoren A und B (nach Cohen et al. 2003).**

das Cohen et al. für OLS-Schätzungen<sup>36</sup> ausführlich darstellt und analog auch für hierarchische logistische Regressionen anwendbar ist.<sup>37</sup> Als Maßzahl der Effektstärke einer Variable kann im OLS-Modell der Anteil des semipartiellen R<sup>2</sup> an der aufgeklär-

ten Varianz des Kriteriums betrachtet werden, der nicht durch die anderen Prädiktoren geschätzt werden kann. Dies gilt im ML-Modell entsprechend für die semipartielle Devianzreduktion.<sup>38</sup> Illustrieren lässt sich dies an einem Mengendiagramm, von den Autoren „ballentine“ genannt (Abbildung 2). Im Schaubild würde der Prädiktor A nur den als Fläche dargestellten Anteil a der gesamten erklärten Varianz des Modells Y alleine leisten, während die Bereiche c+b auch von den anderen einbezogenen Prädiktoren, hier zusammengefasst als B, erreicht werden können.

Dieses Vorgehen lässt sich analog auf die ML-Schätzung übertragen: „Hierarchical LR tests of the contribution of a set of *m* predictors over and above another set of *k* predictors follow the same structure of differences between deviances.“<sup>39</sup> Anstatt der aufgeklärten Varianz dient die Verbesserung des Modellfits (Devianzreduktion) als Maßzahl der spezifischen Effektstärke eines Prädiktors. Um nun die partielle Erklärkraft einzelner Prädiktoren zu ermitteln, wird das vollständige Modell um den jeweils interessierenden Faktor reduziert. Anhand der Devianzreduktion kann die Bedeutung des Prädiktors für die Güte des Gesamtmodells quantifiziert werden.

Beitrag des Prädiktors =  $D_{k-1} - D_k$ ;  
Freiheitsgrade:  $Df=1$

$D_{k-1}$  = Devianz des reduzierten Modells  
 $D_k$  = Devianz des vollständigen Modells

Um die unanschauliche Größe der Devianz besser interpretierbar zu machen, stehen zur Quantifizierung der geleisteten relativen

Devianzreduktion im Vergleich zum Nullmodell sogenannte Pseudo-R<sup>2</sup>-Bestimmtheitsmaße zur Verfügung.<sup>40</sup> Ihre Zahlenwerte sind so zu interpretieren, dass diese den Prozentanteil angeben, um den der ‚lack of fit‘ des Nullmodells durch das spezifizierte Modell verringert werden konnte. Die zur Hierarchisierung der Prädiktorenbedeutung in dieser Arbeit ermittelten semipartiellen Pseudo-R<sup>2</sup>-Werte sind folglich als zusätzliche Verbesserung der Schätzung des Modells durch Hinzunahme eines spezifischen Prädiktors zu interpretieren, und zwar in Prozentwerten jeweils bezogen auf das Nullmodell.<sup>41</sup>

Semipartieller Pseudo-R<sup>2</sup>-Koeffizient:

$$sR^2 = R_V^2 - R_R^2$$

$R_V^2$  = Pseudo-R<sup>2</sup> des vollständigen Modells

$R_R^2$  = Pseudo-R<sup>2</sup> des reduzierten Modells

Nagelkerke's Pseudo-R<sup>2</sup> kann Werte zwischen null und eins annehmen, wobei der Maximalwert von eins eine perfekte Schätzung bedeutet, die in den beobachtenden Sozialwissenschaften praktisch nicht erreichbar ist.<sup>42</sup> Die Pseudo-R<sup>2</sup>-Bestimmtheitsmaße sollen hier primär der anschaulichen Vergleichbarkeit der semipartiellen Erklärkraft einzelner Prädiktoren des Modells dienen. Der Gesamtfit des Modells ist von untergeordneter Bedeutung.

**Relevante unabhängige Variablen**

Die zuvor beschriebenen soziostrukturellen und -kulturellen Ansätze zur Erklärung von Einstellungen sollen durch einen breiten Pool an sinnvoll erscheinenden Erklärungsfaktoren wiedergegeben werden, deren Auswahl auch vom untersuchten Einstel-

	Lineare Regression	Binär logistische Regression
Skalenniveau des Kriteriums	metrisch	dichotom
Schätzverfahren	OLS-Schätzung	ML-Schätzung
Gütekriterium für die Schätzung	Determinationskoeffizient R <sup>2</sup>	Pseudo-R <sup>2</sup> -Koeffizienten
Maßzahl für Effektstärke einzelner Prädiktoren	Semipartiell R <sup>2</sup>	Semipartiell Pseudo-R <sup>2</sup>
• Interpretation	Anteil einzig durch Prädiktor erklärte Varianz an gesamter Varianz des Modells	Einzig durch Prädiktor geleistete Devianzreduktion in Bezug auf die gesamte Devianz des Nullmodells
• Darstellung	• In Prozent	• In Prozent
• Signifikanztest	• Likelihood-Ratio-Test	• F-Test
Anwendung	Einstellungsvariablen I + II	Einstellungsvariable III

**Tabelle 3: Gegenüberstellung lineare und binär logistische Regression.**

Soziodemografische Faktoren	Sozioökonomische Lage	Zufriedenheitsmaße / Vertrauen	Wertorientierungen
Altersgruppe (Alt/Jung)	Erwerbstätigkeit	Subjektive Lebenszufriedenheit	Politische Links/Rechts-Skala
Region (Ost/West)	Familiäres Netz zur Alterssicherung	Index Soziales Vertrauen	Conservation/Openness to Change-Dimension
Geschlecht	(Einkommensschicht)	Politisches Vertrauen	
Absolvierte Bildungsjahre			
Kontakte zur Age-Outgroup			

**Tabelle 4: Übersicht unabhängige Variablen.**

lungsobjekt abhängt. Tabelle 4 zeigt eine Auflistung aller verwendeten Variablen. Bei den Bildungsjahren, der Lebenszufriedenheit, dem sozialen<sup>43</sup> und politischen<sup>44</sup> Vertrauen, der L/R-Skala und der C/O-Dimension handelt es sich um metrische Skalen. Die restlichen Variablen gehen als dichotome Merkmale ein. Das Merkmal der Altersgruppe wurde dabei auf zwei Gruppen reduziert: die ‚Alten‘ und die ‚Jungen‘. Die Einkommensvariable wurde wegen ihres hohen Anteils an fehlender Werte von etwa 17 Prozent nicht in die Standardregressionen mit einbezogen.

**Einstellungsobjekt I: Staatliche Verantwortung bei der Alterssicherung**  
*Untersuchungsgegenstand*

Als erstes Einstellungsobjekt soll die Verantwortlichkeit des Staates für die Altersvorsorge untersucht werden. Je mehr der Sozialstaat hierbei in die Pflicht genommen wird, desto mehr ist auch mit einer Akzeptanz eines höheren Rentenniveaus zu rechnen. Bisherige Untersuchungen haben ergeben, dass die Akzeptanz zum Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland klassen- und berufsübergreifend sehr ausgeprägt ist.<sup>45</sup> Ein gewisser Grad an Akzeptanz institutionalisierter Sicherungssysteme lässt sich vermutlich auch allein darauf zurückführen, dass sie institutionalisiert sind. Dabei kann dies nicht nur als Anzeichen des Erfolgs, sondern ebenso als bloße Gewöhnung interpretiert werden.<sup>46</sup>

Dieses Land jammert sich kaputt, verjuxt aber die Rente bei Neun Live.  
/ Urban Priol /

Zur Zuständigkeit des Staates für die Alterssicherung existiert im ESS eine spezifische Frage: „Sollte der Staat dafür verantwortlich sein, einen angemessenen Lebensstandard im Alter sicherzustellen?“ Eine zehnstufige Skala

mit den Polen „Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein“ und „Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein“ ist dabei für die Befragten vorgegeben. Die Frage bezieht sich also darauf, wie sehr der Staat grundsätzlich für die Alterssicherung zuständig sein sollte, und nicht ob eine Veränderung der Zuständigkeit zum Status quo erwünscht ist.<sup>47</sup> Problematisch hierbei ist, dass die Kostenkomponente in der Fragestellung vollständig ausgeblendet wird.<sup>48</sup> Denn ein typisches Grundmuster bei der Beurteilung des Sozialstaates ist seine Beurteilung nicht anhand von Kosten und Effizienzaspekten, sondern anhand seiner erbrachten Leistungen in Form ihres individuellen wie gesellschaftlichen Nutzens. Daraus resultiert nicht nur eine generell hohe Zustimmung zum Sozialstaat, in den Einstellungen findet sich auch oft eine Diskrepanz aus einerseits hohen Ansprüchen an die sozialstaatlichen Leistungen bei gleichzeitig als zu hoch angesehener Belastung durch Beiträge und Steuern.<sup>49</sup>

*Ergebnisse*

Es lässt sich wie erwartet eine allgemein sehr hohe Akzeptanz der staatlichen Alterssicherung konstatieren: Dem Staat wird über alle Altersgruppen hinweg eine ausgeprägte Verantwortung zugesprochen. 83 Prozent sehen den Staat in einer überwiegenden bis vollständigen Verantwortung. Dies zeigt sich über alle Altersgruppen hinweg, wobei sie mit zunehmendem Alter etwas geringer ausfällt.<sup>50</sup> Die Alten plädieren also für etwas mehr Eigenverantwortung als die Jungen (siehe Tabelle 5).

Ein ebenfalls negativer, allerdings schwach signifikanter Alterseffekt zeigt sich, nachdem in der Regressionsanalyse die weiteren Prä-

diktoren kontrolliert wurden. Der Anstieg des Alterseffektes ist durch Wechselwirkungen mit den Prädiktoren Bildung und der C/O-Dimension zu erklären. Altersgruppe und Bildung korrelieren schwach negativ mit einem bivariaten Korrelationskoeffizienten von  $r=-0,21$ . Hier ist ein Interaktionseffekt zu vermuten, da sich für die Altersgruppen vor allem bei Kreuztabellenanalyse deutliche Unterschiede bezüglich der

Altersgruppe	Verantwortlichkeit des Staates bei der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards im Alter (10 = voll und ganz)	
	Mean	n
Junge	7,47	806
Mittlere	7,46	1112
Alte	7,39	748
<b>Insgesamt</b>	<b>7,44</b>	<b>2666</b>

**Tabelle 5: Altersgruppen und Extensität des Wohlfahrtsstaates bei der Alterssicherung.**

Stärke des Bildungseffektes zeigen. Bei der C/O-Dimension ist mit einer deutlicheren bivariaten Korrelation von  $r=-0,44$  neben einem Interaktionseffekt auch zusätzlich ein leichter Multikollinearitätseffekt denkbar. Personen sind statistisch gesehen mit zunehmendem Alter immer stärker an Sicherheit und Erhaltung orientiert und weniger offen für Veränderungen. Insgesamt gesehen widerspricht der festgestellte, negative Alterseffekt den interessenorientierten Erklärungsansätzen. Der Befund stimmt mit dem Ergebnis von Nüchter et al. überein.<sup>51</sup>

Eine regionale Differenz zeigt sich in beiden Altersgruppen, bei den Alten ist jedoch in den ehemaligen Ostgebieten eine noch stärkere Zustimmung zu beobachten als bei den Jungen. Regionale Unterschiede zwischen den ehemaligen Ost- und Westgebieten könnten demnach auf differente Sozialisati-

onserfahrungen zurückgehen. Ist die Zustimmung bei den Alten mit einer Meandifferenz von +1,23 Punkten im ehemaligen Osten noch um einiges höher als in den einstigen Westgebieten, ist sie bei den mehrheitlich im vereinigten Deutschland aufgewachsenen Jungen mit +0,57 Punkten schon deutlich schwächer. Die unterschiedlich starken Ost/West-Effekte in den spezifischen Regressionsmodellen für Jung und Alt, d.h. auch unter Kontrolle sozioökonomischer Faktoren, bekräftigen dies. Für die politisch weiter links angesiedelten Personen der ehemaligen Ostgebiete ( $r=-0,21$ ) besitzt die politische Links/Rechts-Orientierung weniger Erklärkraft für die Einstellungsdifferenzen als für den Westen. Im Gegensatz dazu ist die Trennkraft der C/O-Dimension im Osten etwas stärker, wo die Personen statistisch gesehen ein wenig mehr Richtung Sicherheit und Erhaltung tendieren ( $r=-0,09$ ). Die Kontakte zur Age-Outgroup sind in beiden Gebieten annähernd gleich ausgeprägt ( $r=0,04$ ), allerdings sind hier wiederum starke Unterschiede bezüglich der Erklärkraft auszumachen: Besteht im Westen (genauer gesagt, nur für die Gruppe der Alten im Westen<sup>52</sup>) ein signifikanter positiver Effekt, ist im Osten fast überhaupt kein Effekt auszumachen.

Der Rentenschwund wird die meisten Bürger härter treffen, als sie es sich vorstellen – am härtesten die Generation der 40- bis 45-Jährigen.  
/ Meinhard Miegel /

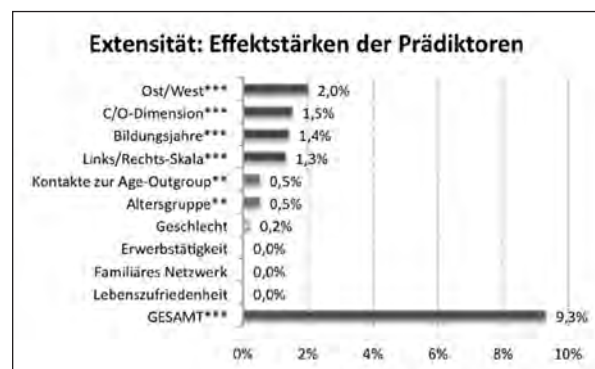
Das vollständige Regressionsmodell verfügt mit einem  $R^2$ -Wert von etwa 0,09 über eher wenig erklärte Varianz.<sup>53</sup> Innerhalb der Gruppe der Jungen und im Westen ist sie sogar noch geringer. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Kreuztabellenanalyse, wonach sich bei den Jungen bezüglich der Einstellungsvariable weniger systematische Unterschiede erkennen lassen, was als Indiz für einen insgesamt gesehen breiteren Konsens gewertet werden kann. Vermutlich liegt dies an der Distanz zum Thema Alterssicherung: Wenig Auseinandersetzung mit dem Thema und keine direkte Betroffenheit als Empfänger verhindern eine stärkere Ausdifferenzierung der Positionen. Der Unterschied in der gruppeninternen Heterogenität zwischen Alt und Jung wäre demnach lebenszyklusbedingt. Denkbar sind auch kohortenspezifische Effekte, wonach in den jüngeren Jahrgängen gegenüber der wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung eine sozia-

lisationsbedingt konsensuellere Einstellung vorherrscht.

Abgesehen von den Kontakten zur Age-Outgroup bilden sowohl innerhalb der Gruppe der Jungen als auch bei den Alten die selben Variablen die wichtigsten Prädiktoren. Dies sind: Ost/West, Bildung, die L/R-Skala und die C/O-Dimension. Dabei führen differente Merkmalsausprägungen bei den Alten jeweils zu stärkeren Einstellungsunterschieden. Ist bei den Jungen die Bildung der wichtigste Faktor, so ist es bei den Alten mit Abstand die Ost/West-Zugehörigkeit. Der bei der Kreuztabellenanalyse deutlich schwächere Ruf nach dem Staat bei alten Personen mit hoher subjektiver Lebenszufriedenheit wird im Regressionsmodell unter Kontrolle der anderen Variablen fast vollständig verneint. Auch der negative Effekt eines existierenden familiären Netzwerkes für die Alterssicherung, interpretierbar als geringere Bedürftigkeit staatlicher Unterstützung durch die Möglichkeit der Nutzung subsidiärer Strukturen, ist bei den Alten zwar erkennbar, aber nicht signifikant.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass die Jungen die staatliche Verantwortung bei der Alterssicherung *nicht* stärker in Frage stellen als die Alten. Ganz im Gegenteil: Sie sprechen sich sogar etwas stärker dafür aus, und dies weitgehend unabhängig von soziodemografischen und -ökonomischen Merkmalen. Deshalb und nicht zuletzt auch, da sich die Akzeptanz staatlich organisierter Altersvorsorge über die Altersgruppen hinweg auf äußerst hohem Niveau bewegt, ist hier kein *Konfliktpotenzial* zwischen Alt und Jung erkennbar. Die in semipartiellen  $R^2$ -Werten (siehe Abbildung 3) ausgedrückte, erklärte Varianz durch die Altersgruppenvariable von lediglich 0,5 Prozent bestätigt dies. Am stärksten ist der Effekt von Ost/West mit 2,0 Prozent. Die C/O-Dimension und L/R-Skala weisen mit 1,5 Prozent und 1,3 Prozent ebenso wie die Bildung mit 1,4 Prozent ausgeprägte signifikante Werte auf, und dies über beide Altersgruppen und beide regionalen Gebiete hinweg. Dies spricht dafür, dass die Frage der staatlichen Zuständigkeit bei der Alterssicherung weniger eine Frage der individuellen Interessenlage, als vielmehr

grundsätzlicher normativer Orientierungen und spezifischer Sozialisationserfahrungen ist. Wenn es Konfliktpotenzial gibt, dann ist es hier, in Form eines Wertekonfliktes bezüglich der politischen Einstellung oder der Sicherheitsorientierung bzw. des Veränderungswillens, zu vermuten. Oder aber als Konflikt zwischen gut und gering gebildeten Personen, die durch ihre jeweiligen Möglichkeiten der Einkommensgenerierung und alternativen Altersvorsorge in unterschiedlichem Maße auf den Staat angewiesen sind.



**Abbildung 3: Effektstärken der Prädiktoren.**  
Hierarchisiert nach dem semipartiellen  $R^2$ -Quadrat, prozentual an gesamter Varianz. Gerundete Werte.  
Signifikanzniveau: \* :  $p < 0,05$ ; \*\* :  $p < 0,01$ ; \*\*\* :  $p < 0,001$ .

#### Einstellungsobjekt II: Einschätzung des Lebensstandards aktueller Ruheständler

*Untersuchungsgegenstand*

Interessant zur Beurteilung des Konfliktpotenzials ist auch die Frage, wie der gegenwärtige Lebensstandard der Rentner und Pensionäre beurteilt wird. Wird der Lebensstandard als schlecht beurteilt, ist eine Forderung nach einer Rentenerhöhung wahrscheinlich, da der Staat als Hauptakteur bei der Alterssicherung gesehen wird.<sup>54</sup> Wird der Lebensstandard generell als gut eingeschätzt, könnte dies hingegen ein Hinweis auf eine größere Akzeptanz von Einschnitten bei den Leistungen sein. Konfliktreich wäre es insbesondere, wenn die Jungen den Standard äußerst gut beurteilen und die Alten deutlich schlechter, das heißt unterschiedliche Verzichtsspielräume gesehen werden. Die im ESS diesbezüglich gestellte Frage lautet: „Bitte ... sagen Sie mir, wie Sie den Lebensstandard von Rentnern und Pensionären im Großen und Ganzen einschätzen.“ Die Antwortskala reicht dabei von null bis zehn, wobei null „äußerst schlecht“ und zehn „äußerst gut“ bedeutet. Die Leistungen der staatlichen Systeme der Alterssicherung werden demnach nicht direkt erfragt, sondern nur die Einschätzung des Lebensstandards der Menschen im Ruhestand insgesamt.



## Ergebnisse

Insgesamt überwiegen die positiven Bewertungen des Lebensstandards im Ruhestand ein wenig (Mean = 5,57; siehe Tabelle 6). Dies entspricht der Tendenz bei Nüchter et al., die 60 Prozent eher positive Urteile feststellen<sup>55</sup>. Am positivsten ist die Bewertung bei der mittleren Altersgruppe mit einem Mittelwert von 5,74, was auf eine erhöhte Sensibilität für die zu leistenden Aufwendungen zurückgehen könnte. Die (Selbst-)Einschätzung der Alten fällt mit einem Mittelwert von 5,35 leicht ab, während die Gruppe der Jungen eine mittlere Position einnimmt (5,51). Dabei unterscheiden sich Alt und Jung allerdings nicht signifikant voneinander.<sup>56</sup>

Altersgruppe	Einschätzung des Lebensstandards (10=äußerst gut)	
	Mean	n
Junge	5,51	797
Mittlere	5,74	1108
Alte	5,35	744
Insgesamt	5,57	2649

**Tabelle 6: Altersgruppen und Einschätzung des aktuellen Lebensstandards im Ruhestand.**

Die Unterschiede bleiben auch unter Kontrolle auf die anderen Prädiktoren im vollständigen Regressionsmodell gering und nicht signifikant. Kohorteneffekte, die für die Existenz wohlfahrtsstaatlicher Generationen sprechen würden, sind nicht erkennbar.

Bei der Betrachtung des Einflusses von Ost/West ist bei der Kreuztabellenanalyse ein schwacher regionaler Effekt zu erkennen. Im Osten wird der Lebensstandard im Ruhestand geringfügig besser beurteilt - ein Ergebnis, das von der Regressionsanalyse gestützt wird. Maßgebend hierfür könnten die hohen Rentenansprüche, die in der DDR durch die offiziell nicht existierende Arbeitslosigkeit gesammelt wurden, sein.

Das vollständige Regressionsmodell weist mit einem  $R^2$ -Wert von etwa 0,11 erneut eine eher geringe Erklärkraft auf. Dabei fällt auf, dass innerhalb der Gruppe der Alten die unterschiedlichen Ausprägungen der Prädiktorvariable die Unterschiede in der Beurteilung deutlich besser erklären können, als dies innerhalb der Gruppe der Jungen der Fall ist. Dies kann wiederum als eine höhere Heterogenität bei den Alten interpretiert werden. Vor allem die herausragende Erklärkraft der subjektiven Lebenszufrieden-

heit sticht dabei ins Auge. Das ist plausibel, schließlich kann die Einschätzung bei den Alten unmittelbar aus den Beobachtungen der eigenen Situation erfolgen. Sie ist damit eng verknüpft mit der Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard, die in engem Zusammenhang mit der gesamten subjektiven Lebenszufriedenheit und dem Vertrauen in die Politik steht. Die subjektive Lebenszufriedenheit ist, wenn auch deutlich schwächer ausgeprägt, auch bei den Jungen der bedeutendste Prädiktor. Nur der für beide Gruppen signifikante Bildungseffekt ist bei den Jungen stärker. Für das Urteil der Jungen ist mangels unmittelbarer Erfahrbarkeit wohl das durch Bildung angeeignete Wissen antwortleitend. Ebenfalls für beide Altersgruppen signifikant ist der Effekt des politischen Vertrauens sowie der regionale Ost/West-Effekt. Es lässt sich festhalten, dass bei den Alten die Möglichkeit der Beurteilung anhand der eigenen erfahrenen Lebensrealität scheinbar zu einer stärkeren Bedeutung der subjektiven Orientierungsmaße im Vergleich zum wissensabhängigen, faktenbasierten Maßstab des durchschnittlichen Lebens-

standards führt. Bei den spezifizierten Regressionsanalysen für Ost/West zeigt sich, dass auch hier jeweils die Lebenszufriedenheit die höchste Erklärkraft besitzt. Ansonsten zeigen sich deutliche regionale Differenzen: Im Westen sind die Bildung und das politische Vertrauen noch von signifikanter Bedeutung, im Osten hingegen die Selbstverortung auf der politischen Links/Rechts-Skala.

Zusammengefasst lässt sich für die Einschätzung des aktuellen Lebensstandards im Ruhestand festhalten, dass über alle untersuchten Gruppen hinweg die subjektive Lebenszufriedenheit, die mit dem Alter ansteigt, die höchste Erklärkraft besitzt. Dies äußert sich auch in einem semipartiellen  $R^2$ -Wert von 3,3 Prozent (siehe Abbildung 4). Es folgen erneut die Bildung (1,5 Prozent), das politische Vertrauen (1,3 Prozent), die Regionszugehörigkeit der ehemaligen Ost/West-Gebiete (0,8

Prozent) und die politische Links/Rechts-Skala (0,6 Prozent). Die restlichen Prädiktoren, darunter auch die Altersgruppenzugehörigkeit, sind nicht signifikant.

Zufriedenheit ist der Stein der Weisen, der alles in Gold verwandelt das er berührt.

/ Benjamin Franklin /

Es lässt sich folglich *kein Konfliktpotenzial* zwischen Alt und Jung erkennen. Die hohe gruppeninterne Heterogenität bei den Alten sollte eine zusätzlich konflikthemmende Wirkung haben. Gibt es eine stringente Konfliktlinie der untersuchten Einstellung, so ist diese zwischen den Zufriedenen und Unzufriedenen zu verorten. Oder, da die subjektive Lebenszufriedenheit mit dem politischen Vertrauen und dem Einkommen zusammenhängt<sup>57</sup>, kann auch von einer Differenz zwischen den gefühlten wie tatsächlichen Gewinnern und Verlierern innerhalb der Gesellschaft gesprochen werden. Diese Kluft verläuft jedoch nicht entlang einer Altersgrenze, weshalb auch hier gegenwärtig kein Potenzial für einen scheinbaren Alterskonflikt auszumachen ist.

## Einstellungsobjekt III: Erwartete langfristige Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung

### Untersuchungsgegenstand

Neben der Frage, was der Staat bei der Alterssicherung leisten soll, bedarf es auch der Analyse, was er zukünftig überhaupt zu leisten fähig ist. Krömmelbein sieht den Diskurs über eine Krise der sozialen Sicherung vorrangig auf die zukünftige Überlastung der Sicherungssysteme bezogen, weniger auf die aktuelle Situation.<sup>58</sup> Unterschiedliche Zukunftserwartungen können eine entscheidende Rolle in potenziellen Alters-



**Abbildung 4: Effektstärken der Prädiktoren. Hierarchisiert nach dem semipartiellen R-Quadrat, prozentual an gesamter Varianz. Gerundete Werte. Signifikanzniveau: \*:  $p < 0,05$ ; \*\*:  $p < 0,01$ ; \*\*\*:  $p < 0,001$ .**

gruppenkonflikten spielen, vor allem wenn differierende Sichtweisen über die finanzielle und politische Machbarkeit existieren. Brisant ist dann, dass spezifische Reformen als unrechtmäßige oder unangemessene Bevorteilung einer Gruppe wahrgenommen werden können.

Deshalb soll hier die Bewertung der finanziell möglichen sozialpolitischen Entwicklung in der Alterssicherung erfasst werden. Erfragt wird folglich primär der erwartete, zukünftig mögliche Ist-Zustand, der nicht auf Wunsch und Willen basiert. Die GRV ist das System der sozialen Sicherung, dem grundsätzlich das höchste Misstrauen entgegengebracht wird.<sup>59</sup>

Als Indikator für die Erwartungen enthält der ESS folgendes Item:

*Gegenwärtig wird über die Kosten der Renten und Pensionen in Deutschland diskutiert. Stellen Sie sich die Situation in zehn Jahren vor: Welche der Aussagen (...) kommt ihrer Sichtweise am nächsten?*

Drei Antwortkategorien wurden vorgegeben:

1: *Deutschland wird sich das heutige Niveau der Renten und Pensionen nicht mehr leisten können.*

2: *Deutschland wird sich das heutige Niveau der Renten und Pensionen noch leisten können, wird es aber nicht anheben können.*

3: *Deutschland wird es sich leisten können, das Niveau der Renten und Pensionen anzuheben.*

#### Ergebnisse

Wie erwartet ist die Beurteilung des zukünftig möglichen Rentenniveaus insgesamt gesehen recht pessimistisch. Demnach sind 64 Prozent der Befragten der Meinung, dass das zum Befragungszeitpunkt aktuelle Rentenniveau bis zum Jahre 2018 nicht zu halten ist. 31 Prozent erwarten, dass dies möglich ist, und eine Minderheit von 4 Prozent geht sogar von einer Erhöhung aus. Bei der für die logistischen Regressionsanalysen notwendigen Dichotomisierung wurde der

Altersgruppe	Deutschland kann sich das aktuelle Rentenniveau in zehn Jahren (mindestens) leisten	
	Prozent	n
Junge	32,0	779
Mittlere	33,3	1098
Alte	43,4	728
Insgesamt	35,7	2605

**Tabelle 7: Altersgruppen und erwartetes Rentenniveau in zehn Jahren.**

Ansicht, Deutschland könne sich das heutige Niveau in zehn Jahren (mindestens) leisten, der Wert eins zugewiesen.<sup>60</sup> Dabei zeigt sich zwischen der Gruppe der Jungen und der Mittleren ein weitgehender Konsens, wohingegen das Urteil der Gruppe der Alten deutlich positiver ausfällt (Tabelle 7). Der Unterschied zwischen Alt und Jung ist dabei hochsignifikant.<sup>61</sup>

Das Gesamtmodell hat mit einem Pseudo-R<sup>2</sup>-Wert nach Nagelkerke von 0,062 wiederum eine äußerst geringe Erklärungskraft. Die gewählten Prädiktoren taugen damit nur bedingt zur Verbesserung der Schätzergebnisse und können die Devianz kaum reduzieren. Die signifikantesten Effekte gehen dabei noch von der Altersgruppe und den absolvierten Bildungsjahren aus. So sinkt mit einer höheren Bildung die Erwartungshaltung. Schwach signifikant sind noch die positiven Effekte des sozialen und politischen Vertrauens sowie der negative Effekt der politischen Links/Rechts-Skala.

Ein Pessimist ist ein Optimist, der nachgedacht hat.  
/ Anonym /

Die Devianzreduktion in den spezifischen Regressionsanalysen für Alt und Jung, interpretiert als der Grad der gruppeninternen Heterogenität, ist jeweils sehr ähnlich. Allerdings unterscheiden sich die Haupteffekte in den Altersgruppen erheblich. Bei den Jungen dominiert der Bildungseffekt, was für die (zeitliche) Distanz zum Thema Rentenentwicklung spricht, wodurch direkte Erfahrungen an Relevanz bei der Urteilsbildung verlieren. Ferner ist bei den Jungen nur noch die politische Links/Rechts-Skala signifikant. Da auch das Urteil der Alten, die über eine kürzere Perspektive verfügen und über unmittelbare Erfahrungen, eine Projektion in die Zukunft darstellt, ist der zwar ebenfalls signifikante, aber deutlich geringere Effekt der Bildung plausibel. Am deutlichsten trägt bei den Alten das

Merkmal der Erwerbstätigkeit zur Devianzreduktion bei. So sorgen sich Noch-Erwerbstätige in deutlich höherem Maße um ihre Rente. Allerdings bilden die Noch-Erwerbstätigen in der Gruppe der Alten eine Minderheit, wenn auch offensichtlich eine mit deutlich abweichender Erwartung. Bezieht man alle drei Altersgruppen mit ein, nehmen

jedoch die Ruheständler mit ihrer optimistischeren Erwartung eine Sonderstellung ein, während die Erwerbstätigen mit ungefähr einem Drittel an positiven Erwartungen auf einem ähnlichen Niveau liegen wie die zusammengefassten restlichen Gruppen. Ursache für die positivere Einschätzung der Rentenbezieher könnte die kurzfristigere Perspektive und das höhere Sicherheitsempfinden durch die direkte Erfahrbarkeit eines funktionierenden Rentensystems sein, während bei den Noch-Nicht-Rentnern ein diffuses Gefühl der Unsicherheit dominiert.

In Hinblick auf das Konfliktpotenzial lässt sich konstatieren, dass die Erwartungen bezüglich der mittelfristig möglichen Rentenhöhe bei den Alten höher sind als bei den Jungen. Dies gibt Interpretationen Raum, die möglicherweise notwendige Einschnitte auf Seiten der Rentenbezieher als ungerechtfertigte Benachteiligung der Alten sehen. Es lässt sich hier also *ein Konfliktpotenzial* erkennen – allerdings *in geringem Maße*, da der Alterseffekt selbst nicht übermäßig ausgeprägt ist. Mit einem prozentualen semipartiellen Pseudo-R<sup>2</sup>-Wert von 1,6 Prozent ist die Bedeutung der Bildung noch etwas höher als die des Alters (siehe Abbildung 5). Aufgrund der geringeren Bildung älterer Kohorten und dem negativen Effekt höherer Bildung ist eine konfliktverstärkende Wirkung durch Bildungsunterschiede möglich. Mit geringen Werten von 0,5 Prozent bzw. 0,4 Prozent ist die Bedeutung der politischen Links/Rechts-Skala und des politischen wie sozialen Vertrauens auch für das Konfliktpotenzial von untergeordneter Bedeutung.

Insgesamt ist demnach ein geringes Konfliktpotenzial erkennbar, das auf unterschiedlichen Erwartungshaltungen und Anspruchsforderungen basiert. Sollten die höheren Erwartungen der Alten auf einer eher kurzfristigeren Perspektive bezüglich des Urteils der zukünftigen Rentenentwicklung beruhen, würde es sich hierbei um einen typischen Lebenszykluseffekt handeln. Demnach wäre auch nicht zu erwarten, dass das Konfliktpotenzial mit der Zeit durch Kohortenverschiebungen abnimmt. Lediglich der höhere Bildungsgrad der nachrückenden Jahrgänge könnte das Konfliktpotenzial zukünftig abmildern, wenn der Lebenszykluseffekt durch den gegenläufigen Bildungseffekt eingedämmt wird. In diesem Falle würde die nach aktuellem Wissensstand vorherrschende Erkenntnis, dass das derzeitige

Rentenniveau in Anbetracht der demografischen Entwicklung und der rapide zunehmenden Staatsverschuldung in Zukunft eben nicht ohne Weiteres zu leisten ist, an Gewicht gewinnen. Ob und wie sehr diese Verschiebung des Konfliktpotenzials von Alters- hin zu Bildungsunterschieden stattfinden wird, bleibt abzuwarten.



**Abbildung 5: Effektstärken der Prädiktoren.**  
Hierarchisiert nach dem semipartiellen Pseudo R-Quadrat von Nagelkerke, prozentual an gesamter Devianz des Nullmodells. Gerundete Werte.

Signifikanzniveau: \*:  $p < 0,05$ ; \*\*:  $p < 0,01$ ; \*\*\*:  $p < 0,001$ .

#### Fazit

Für die drei untersuchten Einstellungsobjekte, die sich allesamt auf den Bereich der staatlichen Alterssicherung und den Lebensstandard im Alter beziehen, lassen sich nur bedingt Unterschiede zwischen Alt und Jung nachweisen. So sprechen sich auch die Jungen, sogar stärker als die Alten, für eine staatliche Verantwortlichkeit für einen angemessenen Lebensstandard im Alter aus, obwohl sie diesen mit ihren Beiträgen finanzieren müssen. Der aktuelle Lebensstandard im Ruhestand, das zweite analysierte Einstellungsobjekt, wird von den betroffenen Alten geringfügig höher eingeschätzt als von den Jungen. Damit widersprechen die Befunde einer Einstellungsbildung entlang einer eigennützigen Interessenlogik, die der aktuellen Position der Individuen im Wohlfahrtsstaat entspricht. Anzeichen für ein potenzielles Konfliktpotenzial gibt es lediglich bezüglich des erwarteten Rentenniveaus im Jahre 2018, wo die Alten eher die Erwartungshaltung einnehmen, dass das heutige Niveau zu halten oder zu erhöhen ist. Allerdings kann methodisch nicht eindeutig zwischen Kohorten- und Lebenszykluseffekt differenziert werden. Doch nur letzterer kann die im Modell aufgestellte Argumentationslinie stützen. Vor diesem Hintergrund sind die geringen Einstellungsunterschiede zwischen Alt und Jung als marginal zu beurteilen, weshalb die eingangs formulierte

These I nicht bestätigt werden kann.

Einen bei allen drei untersuchten Einstellungsobjekten zentralen Prädiktor bilden die absolvierten Bildungsjahre. Besonders ausgeprägt ist der Bildungseffekt innerhalb der Gruppe der Jungen, was auf einen verstärkten Rückgriff auf durch Bildung angeeignetes Wissen bei der Urteilsbildung hindeutet.

Dafür spricht auch die ansonsten insgesamt höhere Homogenität innerhalb der Gruppe der Jungen. So fehlt es an unmittelbarer Erfahrung mit dem in dieser Lebensphase noch in weiter Distanz liegenden Themengebiet der Alterssicherung, was eine stärkere Ausdifferenzierung verhindert. Die Gruppe der Alten hingegen, die überwiegend über direkte Alltagserfahrungen bezüglich der Rentenversicherung und

dem Lebensstandard im Alter verfügt, ergibt denn auch ein deutlich heterogeneres Bild. Allerdings ist es auch hier kaum möglich zu beurteilen, inwiefern dies auf die Lebenszyklusphase und/oder auf die Geburtskohorte zurückzuführen ist. Unabhängig davon lässt sich aus der starken internen Ausdifferenzierung bei den Alten vor allem entlang subjektiver Zufriedenheits- und Wertorientierungsmaße auf eine gruppeninterne Heterogenität in den Einstellungen schließen, die eine für die Bildung eines kollektiven Akteurs nötige Basis an kohäsiven Einstellungen fraglich erscheinen lässt. Da dies aber gerade bei den Alten wegen ihres politischen Machtpotenzials als Notwendigkeit für einen Konflikt zwischen Alt und Jung angesehen wird und These II damit ebenfalls *nicht hinreichend belegt* werden konnte, bleibt zusammenfassend festzuhalten:

Die Analyse ergibt keine ausreichenden Hinweise darauf, dass zwischen Alt und Jung erhebliche Differenzen bezüglich der Einstellungen zur Alterssicherung und zum aktuellen Lebensstandard im Alter bestehen. Somit gibt es *keine Indizien für einen Alters- oder Generationenkonflikt im Wohlfahrtsstaat*.

#### Kommentar

Die Resultate dieser Arbeit reihen sich nahtlos ein in die Befunde bisheriger wissenschaftlicher Studien, die kaum Indizien dafür finden, dass ein gesellschaftlicher Kon-

flikt zwischen Alt und Jung und eine Entwicklung zu einer ‚Herrschaft der Alten‘, einer ‚Gerontokratie‘, absehbar sind. Stattdessen zeigt sich ein überwiegender Konsens in den subjektiven Einstellungen zum alterssichernden Sozialstaat und eine zu hohe Heterogenität der Lebenslagen der Alten, um als kollektiver Akteur politisch aktiv zu werden.<sup>62</sup> Zudem ist die Altersarmut in Deutschland im internationalen Vergleich äußerst gering.<sup>63</sup> Die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2010 zeigen außerdem, dass der propagierte ‚Aufstand der Jungen‘ aktuell nur eine leere, rhetorische Hülse darstellt. Nicht nur die familialen Generationenbeziehungen sind weitgehend intakt und für die Befragten eine bedeutende Quelle von Sicherheit in einer als unsicher empfundenen Umwelt, auch auf gesellschaftlicher Ebene fordern lediglich ein Viertel der Jungen, dass die Älteren ihre Ansprüche reduzieren sollten.<sup>64</sup> Blome et al. konstatieren folgerichtig, dass „der Diskurs über die sich anbahnende Gerontokratie oder den beginnenden ‚Altersklassenkampf‘ eher auf populärwissenschaftlicher Ebene angesiedelt zu

Eine Generation ist der Humus für die nächste.  
/ Manfred Hinrich /

sein [scheint]“.<sup>65</sup> Als weiteren Beleg dafür, dass die These eines aufkommenden ‚Krieges der Generationen‘ einer fundierten Analyse nicht standhalten kann, werten Blome et al. die Tatsache, dass es im Gegensatz zur USA in den europäischen Wohlfahrtsstaaten bisher keine politisch einflussreichen Interessenvertretungen der Alten gibt. Nach Etzioni fehlt damit das für Konflikte zwischen kollektiven Akteuren notwendige Maß an Organisiertheit. Hier ist jedoch fraglich, ob dies auch zukünftig so bleiben wird. Mit dem im April 2011 gegründeten „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND)<sup>66</sup> existiert in Deutschland eine Lobbyorganisation, die auf die (finanzielle) Infrastruktur eines der größten Vereine Deutschlands, dem ADAC<sup>67</sup>, zurückgreifen kann und nach äquivalenten Strukturen organisiert ist. So wirbt der GND mit einem „All-Inclusive-Programm“<sup>68</sup>, bestehend aus Anreizen wie Rabatten, kostenloser Beratung und Vermittlung bei gleichzeitig vergleichsweise geringen Jahresbeiträgen, um Mitglieder. Die hohe Attraktivität dieses Angebots soll zu einer hohen Mitgliederzahl führen, die ausdrücklich auch zur politischen Einflussnahme eingesetzt werden soll.<sup>69</sup> Bei einer

offensiven, einseitigen Interessenvertretung mit dem Gewicht der Masse (unabhängig davon, aus welchen Motiven die Mitglieder dem Verein beigetreten sind) scheinen jedoch Konflikte mit Organisationen, die sich wie die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRZG) als Vertreter der jungen und zukünftigen Kohorten auffassen<sup>70</sup>, vorprogrammiert. Auf diesem Wege ist es möglich, dass ein Konflikt zwischen Alt und Jung Eingang in die öffentliche Diskussion findet, für den in der Gesamtbevölkerung eigentlich empirisch kein Potenzial nachzuweisen ist. Die Tatsache, dass durch die demografische Entwicklung Systemanpassungen unumgänglich scheinen, kann dabei als Nährboden für geschürte Ängste dienen – bei den Alten vor sozialem Abstieg und materieller Armut, bei den Jungen vor einer kommenden Gerontokratie. Im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung können diese Ängste, erst einmal instrumentalisiert, denn auch eine reale Grundlage erhalten.

Diese fiktive Beschreibung erhebt freilich keinen Anspruch darauf, tatsächlich Realität zu werden. Sie dient lediglich dazu, eine Entwicklung aufzuzeigen, die an sich möglich ist. Die beispielhaft herangezogenen Organisationen dienen dabei der Veranschaulichung der Tatsache, dass die notwendigen Strukturen in Deutschland dafür bereits gegeben oder im Entstehen begriffen sind. Damit ist trotz der wissenschaftlich sehr einheitlichen Befunde von höchstens marginalem Konfliktpotenzial zwischen Alt und Jung im Wohlfahrtsstaat die Manifestation eines Macht- und Verteilungskonfliktes nicht auszuschließen. So sind die gegenwärtig weitestgehend einheitlichen Einstellungen beispielsweise nur als Hinweis für eine vorhandene Basis gemeinschaftlicher Lösungsfindung zwischen Alt und Jung zu interpretieren, die nicht notwendig auf kohärente Handlungen (insbesondere im Falle sich verändernder Rahmenbedingungen und öffentlicher Diskurse) schließen lassen. Ob es zu der skizzierten Entwicklung kommt, ist demnach hier nicht zu beurteilen. Eine bedeutende Rolle kommt hierbei nicht zuletzt auch den politischen Akteuren zu. Sie können mögliche Auseinandersetzungen sowohl fördern, indem sie die ‚neue Konfliktlinie‘ aufgreifen und zur Vermehrung der eigenen politischen Macht einzusetzen versuchen. Oder sie können aber auf den offensichtlich im Großteil der Bevölkerung vorhandenen Konsensstrukturen aufzubauen versuchen und eine zwischen den

Altersgruppen vermittelnde, deeskalierende Anpassung des Sozialstaates an die langfristigen demografischen Verschiebungen anstreben. Dies könnte verhindern, dass sich eine „Stellvertreterdebatte“ entwickelt, die tatsächliche Konfliktlinien überdeckt.<sup>71</sup> Diese sind auch bei der Frage der Alterssicherung in Zukunft plausibler entlang des klassischen Cleavage Arm/Verlierer vs. Reich/Gewinner<sup>72</sup> oder zwischen Kinderlosen und Familien<sup>73</sup> zu vermuten.

#### Anmerkungen

1. Bude 2005: 31.
2. Der Altenquotient berechnet sich, indem man die Anzahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, in Bezug setzt zu der Anzahl der Personen, die mindestens 20 Jahre und weniger als 60 Jahre alt sind.
3. Vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 23.
4. Vgl. Nüchter 2010: 38.
5. Zu Ansätzen der Legitimation der Alterssicherung als öffentliche Aufgabe siehe Nullmeier (2007).
6. Bude 2005: 40.
7. Vgl. Kohl 2007.
8. Vgl. Schulz 2008: 397.
9. Vgl. Schulz 2008: 400.
10. Vgl. Kirchgässner 2008: 111.
11. Vgl. May 2010: 20.
12. Lüscher/Liegle 2003: 59.
13. Vgl. Jureit/Wildt 2005: 9.
14. Für eine ausführliche Beschreibung des Modells siehe Esser (1993).
15. Die Unterscheidung spezifischer Kapitalsorten beruht auf Pierre Bourdieu (1982). Siehe hierzu Schwingel (2009).
16. Unter Handlung wird hier nach Max Weber auch „inneres Tun“ (2006: 12), also auch die Einnahme bestimmter Einstellungspositionen verstanden.
17. Vgl. Esser 1993: 237.
18. Diese Annahmen basieren auf einem Menschenbild, das sich auf Erkenntnisse der anthropologischen Forschung stützt.
19. May (2010: 43) spricht auch davon, dass ein verbreitetes „individuelles Ungerechtigkeitsempfinden“ vorherrschen muss. Dabei ist es erst einmal unerheblich, ob dieser Konsens auf der gemeinsamen Interessenslage gründet oder andere Ursachen hat.
20. Etzioni 2009: 676.
21. Auch hier kommt dem Einfluss des medial-öffentlichen Diskurs auf die Konfliktwahrnehmung durch seine spezifische Selektionslogik eine bedeutende Rolle zu, auf die hier aus Komplexitätsgründen nicht weiter eingegangen werden kann (siehe hierzu Schetsche 2008: 138ff.).

22. Krömmelbein et al. 2007: 35.
23. Vgl. Andreß et al. 2001: 32.
24. Andreß et al. 2001: 32.
25. Krömmelbein et al. 2007: 36.
26. Vgl. Nüchter et al. 2010: 124.
27. Vgl. May 2010: 181.
28. Vgl. Ullrich 2000: 15.
29. Eine Ausnahme bildet der europäische Vergleich in Kapitel 3.5 des ESS, der mit dem länderübergreifenden Datensatz durchgeführt wurde.
30. Kaspar/Falter 2007: 118.
31. Kaspar/Falter 2007: 117.
32. Vgl. Esser 1993: 270.
33. Vgl. Schnell et al. 2005: 245.
34. Vgl. Esser 1993: 263.
35. Berechnet aus dem Geburtsjahr subtrahiert vom Kalenderjahr der Erhebung.
36. OLS steht für „ordinary least squares“ und findet beispielsweise bei linearen Regressionen Anwendung.
37. Vgl. Cohen et al. 2003: 166f. sowie 508.
38. Die Devianz beschreibt die Anpassung des Modells an die beobachteten Werte. Eine Devianz von 0 würde einem perfekten Modellfit entsprechen.
39. Vgl. Cohen et al. 2003: 508.
40. Cohen et al. 2003: 502.
41. Cohen et al. 2003: 167f.
42. Vgl. Andreß et al. 1997: 288.
43. Der Index für das soziale Vertrauen wurde nach Franzen (2007: 221) aus drei Items zum Vertrauen in die Mitmenschen, zur Fairness und zur Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft gebildet.
44. Als Indikator für das politische Vertrauen diente das Item zum Vertrauen in das Parlament.
45. Vgl. Roller 2002: 167ff.
46. Vgl. Ullrich 2000: 20.
47. Vgl. Roller 2002: 139.
48. Vgl. Blome et al. 2008: 322.
49. Vgl. Nüchter et al. 2010: 121.
50. Ein zweiseitiger t-Test zwischen Alt und Jung ergibt, dass der Unterschied jedoch nicht signifikant ist.
51. Vgl. Nüchter et al. 2007: 32.
52. Dies ist interessant, da unerwartet: Bei den Jungen geht von direkt erfahrenen, intimen Kontakten mit Vertretern der Gruppe der Alten keine solidarisierende Wirkung aus, die Zustimmung ist einheitlich hoch. Bei den Alten hingegen werden die Jungen dadurch nicht etwa entlastet, sondern sogar stärker in die Verantwortung genommen. Scheinbar ist hier die Wirkung anders gerichtet als intuitiv angenommen und alte Menschen, deren Kontakt zu jüngeren Generationen nicht abgerissen ist, haben dies

möglicherweise aus einer intergenerativen Orientierung heraus erreicht, die ebenso zu einer höheren Präferenz der Idee eines staatlichen Generationenvertrags führt.

53. Dies ist nicht untypisch für wohlfahrtsstaatliche Einstellungsanalysen (vgl. Ullrich 2000: 21).

54. Vgl. Nüchter et al. 2010: 55.

55. Nüchter et al. 2010: 86.

56. Ein zweiseitiger t-Test ergab, dass die Nullhypothese, dass sich die Gruppe der Alten und der Jungen hinsichtlich ihrer Einschätzung des Lebensstandards im Alter nicht unterscheiden, beibehalten werden muss.

57. Die Lebenszufriedenheit korreliert bivariat mit der Einkommensschicht mit  $r=0,21$ , mit dem politischen Vertrauen mit  $0,22$ . Einkommensschicht und politisches Vertrauen korrelieren wiederum mit  $r=0,21$ .

58. Vgl. Krömmelbein 2007: 149.

59. Insgesamt 63 Prozent der Befragten, die wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die GRV haben, stehen gerade mal zehn Prozent gegenüber, die großes Vertrauen haben (vgl. Nüchter et al. 2010: 72).

60. Die Daumenregel, wonach bei binären logistischen Regressionsanalysen jeder der beiden Kategorien mindestens zehn Prozent der Fälle zugewiesen werden sollten, ist somit erfüllt (vgl. Urban und Mayerl 2011: 349).

61. Signifikant auf dem 0,001-Niveau. Ergebnis eines zweiseitigen t-Tests.

62. Vgl. Blome et al. 2008: 319.

63. So sind in Deutschland lediglich 0,6 Prozent der Menschen im Rentenalter auf die Grundsicherung im Alter als Haupteinkommensquelle angewiesen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011: 55). Im europäischen Vergleich der Kaufkraft von Rentnern gehört Deutschland zur Spitzengruppe (ebd.: 57).

64. Vgl. Hennis 2010.

65. Blome et al. 2008: 319.

66. Vgl. Schröter 2011.

67. Die Abkürzung ADAC steht für „Allgemeiner deutscher Automobilclub e.V.“.

68. Online-Quelle: [www.gndev.de/gnd/mitgliedschaft](http://www.gndev.de/gnd/mitgliedschaft) (Abruf am 29.09.2011).

69. „Er [der GND] nimmt Stellung zu den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten, die unter dem Schlagwort ‚Generation 50plus‘ aufgrund des demografischen Wandels immer stärker diskutiert werden.“ (Online-Quelle: [www.gndev.de/gnd/gnd-stellt-sich-vor/ueber-uns](http://www.gndev.de/gnd/gnd-stellt-sich-vor/ueber-uns) (Abruf am 29.09.2011)).

70. „Sie [die SRZG] setzt sich dafür ein, dass

nachrückende Generationen mindestens die gleichen Chancen auf Bedürfnisbefriedigung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht bekommen wie ihre Vorgänger-Generationen.“ (Online-Quelle: [www.generationengerechtigkeit.de](http://www.generationengerechtigkeit.de) (Abruf am 29.09.2011)).

71. Lüscher/Liegle 2003: 258.

72. Dafür sprechen zum Beispiel die hohen monetären Transfers innerhalb der Familie (Vererbbarkeit von Armut) und die Mittelstandsorientierung der Sozialpolitik (Pflegeversicherung, Eheförderung, geringe Erbschaftssteuer, Förderung privater Altersvorsorge etc.) sowie die statusfördernde Struktur der Alterssicherung.

73. Gemäß der Idee eines Drei-Generationen-Vertrages in Form der Anpassung der Rentenansprüche an die Kinderzahl, d.h. dem individuell geleisteten ‚demografischen Beitrag‘ für die nachhaltige Funktionsfähigkeit des Umlageverfahrens (vgl. Rürup 2007).

#### Literatur

Andreß, Hans-Jürgen / Heien, Thorsten / Hofäcker, Dirk (2001): Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Andreß, Hans-Jürgen / Hagenaaers, Jacques A. / Kühnel, Stefan (1997): Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz mit 67 Tabellen. Berlin: Springer-Verlag.

Blome, Agnes / Keck, Wolfgang / Alber, Jens (2008): Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bude, Heinz (2005): ‚Generation‘ im Kontext. Von den Kriegs- zu den Wohlfahrtsstaatsgenerationen. In: Jureit, Ulrike / Wildt, Michael (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg: Hamburger Edition, 28-44.

Cohen, Jacob et al. (2003): Applied multiple regression correlation analysis for the behavioral sciences. 3. Auflage. Mahwah N.J.: L.

Erlbaum Associates.

Esser, Hartmut (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/Main: Campus.

Etzioni, Amitai (2009): Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Franzen, Axel (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jureit, Ulrike / Wildt, Michael (2005): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg: Hamburger Edition.

Kaspar, Hanna / Falter, Jürgen W. (2007): Entstehung neuer Konfliktlinien: Geschlechterkonflikt und Alterskonflikt? In: Rattinger, Hans (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 113-140.

Kirchgässner, Gebhard (2008): Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 3. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

Kohl, Jürgen (2007): Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich. In: Becker, Ulrich et al. (Hg.): Alterssicherung in Deutschland. Festschrift für Franz Ruland zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos, 611-642.

Krömmelbein, Silvia et al. (2007): Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands 2005. Opladen: Budrich.

Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Konstanz: UVK Verl.-Ges.

May, Christina (2010): Generation als Argument. Konflikte um die Rentenversicherung in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Frankfurt am Main: Campus.

Mohler, Ph. Peter/ Wohn, Katrin (2005):

Persönliche Wertorientierungen im European Social Survey. ZUMA-Arbeitsbericht, 2005/01. Mannheim.

Nüchter, Oliver et al. (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen: Budrich.

Nullmeier, Frank (2007): Legitimation der Alterssicherung als staatliche Aufgabe. In: Becker, Ulrich et al. (Hg.): Alterssicherung in Deutschland. Festschrift für Franz Ruland zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos.

Richter, Ingo (1997): Ist der sogenannte Generationenvertrag ein Vertrag im Rechtsinne? Pacta sunt servanda - rebus sic stantibus. In: Liebau, Eckart (Hg.): Das Generationenverhältnis. Über das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Juventa, 77-87.

Rürup, Bernd (2007): Die Gesetzliche Rentenversicherung als Instrument der Familienpolitik. In: Becker, Ulrich et al. (Hg.): Alterssicherung in Deutschland. Festschrift für Franz Ruland zum 65. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos, 271-287.

Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. 7. Auflage. München: Oldenbourg.

Schröter, Friederike (2011): Die grauen Engel. In aller Stille baut der ADAC einen Lobbyverband für ältere Menschen auf. In: Die Zeit (15/2011), 19.

Schulz, Veit (2008): Politische Durchsetzbarkeit von Reformen des deutschen Rentensystems vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen. In: Weber, Lars / Lubk, Claudia / Mayer, Annette (Hg.): Gesellschaft im Wandel. Aktuelle ökonomische Herausforderungen. Wiesbaden: GWV Fachverlage, 393-408.

Schwartz, Shalom / Sagiv, Lilach (1995): Value priorities and readiness for out-group social contact. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 69 (1/1995), 437-448.

Schwingel, Markus (2009): Pierre Bourdieu zur Einführung. 6. Aufl. Hamburg: Junius Verlag.

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Ältere Menschen in Deutschland und in der EU. Wiesbaden.

Ullrich, Carsten G. (2000). Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäischer Sozialforschung, 22.

UNESCO Institute for Statistics (2006): International Standard Classification of Education: ISCED 1997. Re-edition. UIS/TD/06-01.

Urban, Dieter / Mayerl, Jochen (2011): Regressionsanalyse. Theorie, Technik und Anwendung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weber, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft. Paderborn: Voltmedia. (Originalausgabe 1921).

## Internetquellen

Generationen Netzwerk für Deutschland. In: www.gndev.de. Abruf am 29.09.2011.

Hennis, Andrea (2010): Shell-Jugendstudie 2010: Trotz Krise optimistisch. In: Focus Schule Online. www.focus.de/schule/familie/tid-19834/shell-jugendstudie-2010-trotz-krise-optimistisch\_aid\_551262.html. Abruf am 29.09.2011.

Schwartz, Shalom (2011): Human values. ESS EduNet. In: essedunet.nsd.uib.no/cms/topics/1. Abruf am 29.09.2011.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. In: www.generationengerechtigkeit.de. Abruf am 29.09.2011.



## Autorenangaben

Thomas Hollfelder, geb 1987, studiert Soziologie, Finanzwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Zudem hat er eine Teilzeitstelle am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg.

## Kontaktdaten:

Thomas Hollfelder, Emmendinger Straße 1, D-79106 Freiburg

E-Mail: thomas.hollfelder@gmx.de

# Demografie und sozialpolitische Einstellungen: Was sagt die Empirie zu einer möglichen Konfliktlinie Alter?

von Dr. Harald Wilkoszewski

**Z**usammenfassung: Der wachsende Anteil älterer Menschen an der deutschen Gesamtbevölkerung sowie der Reformbedarf bei der nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme hat in den vergangenen Jahren die Diskussion um einen

möglicherweise neuen Konflikt zwischen den Generationen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft befördert. Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, ob es Anzeichen gibt, dass ein solcher Konflikt in Zukunft wahrscheinlicher

wird. Denn es bleibt klar festzuhalten, dass im Jahr 2012 in Deutschland kein ‚Kampf der Generationen‘ herrscht – es gibt viele Orte, an denen Junge und Alte gut zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen. Gleichwohl verstärken sich gewisse Phänomene, die auf grö-

## Einleitung

Die vorliegende Analyse untersucht einen möglichen Gegensatz zwischen Jungen und Alten, der sich mit der fortschreitenden Alterung der deutschen Gesellschaft zumindest zahlenmäßig klar belegen lässt, anhand von Einstellungen der Bevölkerung zu einer Reihe von staatlichen Transfers an verschiedene Generationen. Inwieweit unterscheiden sich Alt und Jung in ihren Ansichten über die Ausstattung des jeweils anderen mit staatlichen Ressourcen? Nur wenn eine Antwort, auch annäherungsweise, auf diese Frage gefunden wird, können Schlussfolgerungen über die Intensität eines Gegensatzes zwischen den Generationen sowie seines Potenzials für einen echten Konflikt getroffen werden.

Der Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst wird ein Überblick über verschiedene Facetten des Diskurses über das Verhältnis zwischen den Generationen geboten. Danach folgt eine ausführliche Analyse der sozialpolitischen Einstellungen zur staatlichen Ressourcenverteilung zwischen Alt und Jung. Der Schlussteil fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.<sup>1</sup>

## Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Facetten der Debatte um das Verhältnis von Alt und Jung

Seit den 1990er Jahren hat die Diskussion um die gesellschaftlichen und politischen Folgen des demografischen Wandels in Deutschland stetig an Umfang und Bedeutung gewonnen. Dabei standen ursprünglich vor allem Überlegungen im Mittelpunkt, wie die Bevölkerungsalterung und die mittelfristig absehbare Schrumpfung der Einwohnerzahl an sich aufgehalten oder abgemildert werden könnten. Vielen der relevanten Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ging es vor allem um eine Steigerung der jahrzehntelang auf niedrigem Niveau verharrenden Geburtenraten. Besonders auf Druck aus der Wirtschaft, die bereits früh in einzelnen Sektoren mit Fachkräftemangel zu tun hatte, wurde auch die gezielt gesteuerte Zuwanderung Hochqualifizierter diskutiert und mit der sogenannten ‚Green Card‘<sup>2</sup> versucht umzusetzen. Bislang haben sich alle Maßnahmen zur immanenten Beeinflussung der demografischen Entwicklung als wenig wirkungsvoll erwiesen. Das jährliche Migrationssaldo bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau, die zusammen-

gefasste Geburtenziffer konnte nicht gesteigert werden. So schreiten Bevölkerungsalterung und seit dem Jahr 2005 auch -schrumpfung weiter voran. Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung verschiebt sich dadurch nachhaltig: Immer weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren gegenüber.

### *Gesellschaftliche Debatte: Vom alten zum neuen ‚Generationenkonflikt‘?*

Die demografische Entwicklung der Bundesrepublik – gepaart mit einem steigenden Kostendruck in den sozialen Sicherungssystemen – befördert zunehmend eine Diskussion darüber, ob das Land vor einem neuen Konflikt zwischen Jung und Alt steht. Der ‚alte‘ Generationenkonflikt, der in den 1960er Jahren in den meisten westlichen Ländern ausbrach, betraf in erster Linie Unterschiede in den kulturellen und weltanschaulichen Sichtweisen der jüngeren und der älteren Generationen, wie beispielsweise den Umgang mit der historisch-moralischen Hypothek des Zweiten Weltkriegs, Dominanz und Deutungshoheit der Älteren innerhalb der Familie, in Universitäten und am Arbeitsplatz.<sup>3</sup>

Der neue Gegensatz, so die heute vorherrschende These, sei eher wirtschaftlicher Natur und betreffe damit verteilungspolitische Fragen zwischen den Generationen. Im Kern geht es also darum, ob Staaten mit alternden Gesellschaften in der Lage sind, die demografisch bedingten Mehrausgaben für Pensionen und Gesundheits- beziehungsweise Pflegeleistungen zu finanzieren. Damit rücken Fragen des Verhältnisses zwischen Alt und Jung jenseits der familiären Sphäre, innerhalb derer die Generationenbeziehungen weiterhin als sehr gut gelten, in den Mittelpunkt.<sup>4</sup>

Dies zeigt sich besonders im medialen Diskurs der Bundesrepublik seit Beginn des neuen Jahrtausends: So brachte im Jahr 2008 die Aussetzung des sogenannten ‚Riester-Faktors‘ in der Rentenformel, der die Rentenhöhe gemäß der demografischen Alterung nach unten korrigieren sollte, das Bild einer möglichen ‚Gerontokratie‘ auf. Altbundespräsident Roman Herzog warnte vor einem System, in dem sich die politische Macht in den Händen der Älteren konzentrierte, da diese als schnell wachsende Wählergruppe stark an Bedeutung gewannen.<sup>5</sup> Eine Grundannahme dieses Szenarios ist, dass sich die ältere Generation in ihren Erwartungen an den Sozialstaat hinreichend von der jüngeren unterscheidet und auf die-

ser Basis ihre (indirekte und direkte) Macht dazu nutzt, öffentliche Ressourcen zum eigenen Vorteil politisch zu kontrollieren. Im Ergebnis blieben finanzielle Leistungen des Staates an, zum Beispiel, Personen im Ruhestand unangetastet, während Gelder für die jüngere Generation – beispielsweise für den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung – zurückgehalten würden.

### *Das Verhältnis von Alt und Jung als wissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand mit divergierenden Erkenntnissen*

Die These eines Verteilungskonfliktes zwischen Jung und Alt ist vergleichsweise neu in Deutschland. International wurde der Kontrast zwischen den Generationen zum ersten Mal im Jahr 1984 von dem US-amerikanischen Bevölkerungswissenschaftler Samuel Preston thematisiert. Preston beobachtete in seiner Analyse, dass in den Vereinigten Staaten aufgrund der wachsenden Zahl Älterer, so seine These, bei öffentlichen Transfers an Kinder – vor allem im Bildungsbereich – gespart wurde, um das Rentensystem zu finanzieren.<sup>6</sup> Über Prestons Forschungsergebnisse und vor allem deren Interpretation wird seither kontrovers diskutiert.

Alte haben gewöhnlich vergessen, dass sie jung gewesen sind, oder sie vergessen, dass sie alt sind, und Junge begreifen nie, dass sie alt werden können.

/ Kurt Tucholsky /

Die überwiegende Mehrheit der existierenden Studien beansprucht für sich, das Konzept eines Generationenkonfliktes empirisch widerlegen zu können: Unterschiede in den sozialpolitischen Einstellungen seien nicht nachzuweisen. Allerdings berufen sich diese Arbeiten oft auf das funktionierende Zusammenleben von Jung und Alt innerhalb der Familie.<sup>7</sup> Sie blenden so die Beziehungen zwischen den Altersgruppen im öffentlichen Raum aus und bergen damit durchaus das Risiko, zu optimistisch zu sein. Denn nicht nur der Anteil der älteren Wählerschaft wächst, sondern auch die Familienstrukturen wandeln sich – mit mehr kinderlosen Menschen und neuen Lebensentwürfen jenseits der traditionellen Familie. Nur eine begrenzte Zahl an Forschungsarbeiten hat untersucht, welchen Einfluss demografische Größen wie Alter oder Elternschaft auf Einstellungen haben, die die Verteilung öffentlicher Ressourcen zwischen Jung und Alt betreffen.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten bleiben zudem teilweise widersprüchlich: Während einerseits in den OECD-Ländern auf der Makroebene kein Effekt der Bevölkerungsalterung auf redistributive Budgetpolitik festgestellt werden kann,<sup>8</sup> gibt es gewisse Indizien für einen Alterseffekt bei individuellen sozialpolitischen Einstellungen.<sup>9</sup> Allen diesen Studien ist gemein, dass sie sich international vergleichender Datensätze bedienen, die klare Einschränkungen hinsichtlich Fragebogendesign und Fallzahlen bergen. Darüber hinaus operationalisieren sie öffentliche Transferpolitiken als Renten- (für Transfers an die ältere Generation) beziehungsweise Bildungspolitik (für Transfers an die jüngere Generation) und berücksichtigen damit nicht familienpolitische Maßnahmen, welche jedoch eine zentrale Bedeutung für die Beziehungen zwischen Jung und Alt spielen.

Als analytischen Rahmen verwenden die Studien klassische Ansätze aus der politischen Ökonomie, die Alter lediglich anhand von wirtschaftlichen Lebenszyklusphasen konzeptualisieren (Ausbildung, Beschäftigung am Arbeitsmarkt, Ruhestand) und nicht als eigenständige Variable. Dabei kann eine demografische Perspektive in der Analyse erheblich dazu beitragen, Ausprägungen sozialpolitischer Einstellungen zu verstehen. Schließlich sind die zugrunde liegenden Motive nicht nur davon abhängig, in welcher Phase des ökonomischen Lebenszyklus<sup>4</sup> sich das Individuum befindet, sondern auch von der entsprechenden Position im demografischen Lebensverlauf (Jugend–Erwachsenenalter–höheres Alter, Elternschaft, Großelternschaft). Denn in einer Studie, die auf einem großen, wissenschaftlich erhobenen Datensatz von 2003 basiert, konnten für Deutschland bereits deutliche Alterseffekte bei finanziellen Transfers an junge Familien nachgewiesen werden: So geht mit dem Alter die Wahrscheinlichkeit, eine beträchtliche Erhöhung des Kindergeldes zu unterstützen, kontinuierlich zurück.<sup>10</sup> Auch kinderlose Befragte unterstützten diese Maßnahme deutlich weniger häufig. Der vorliegende Beitrag wird diesem Befund Rechnung tragen, indem er der Analyse des Gegensatzes zwischen Jung und Alt nicht nur eine breitere empirische Basis, sondern auch ein neues theoretisches Konzept zugrunde legt.

### **Empirische Annäherung an den Kontrast Jung versus Alt: Einstellungen zu redistributiver Sozialpolitik**

Was ist der Einfluss von demografischen Faktoren auf Einstellungen zu sozialpolitischen Maßnahmen, welche die Verteilung staatlicher Transfers an die Generationen organisieren? Der folgende Teil liefert eine grundlegende Analyse dieser Frage. Aufbauend auf einem Überblick über den Stand der Forschung wird dazu ein neues heuristisches Konzept vorgestellt, das insbesondere auf die zugrunde liegenden Motive etwaiger Einstellungsunterschiede zwischen Alt und Jung eingeht. Der dritte Teil führt in die für die Analyse verwendeten Datensätze sowie die konkrete Operationalisierung und verwendeten statistischen Methoden ein, bevor dann die Analyseergebnisse präsentiert werden.

#### *Demografische Einflüsse auf sozialpolitische Einstellungen*

Die Frage, wie der demografische Wandel das Zusammenleben von Älteren und Jüngeren jenseits traditioneller Familienstrukturen beeinflusst, wurde bisher hauptsächlich von Ökonomen untersucht. Hier standen vor allem Ausmaß und Richtung von intergenerationalen Transfers im Mittelpunkt. Soziologische und sozialpsychologische Studien befassten sich eher mit den individuellen Motiven, die dem beobachteten Transfer zwischen Jung und Alt zugrunde liegen – jedoch mit einem starken Fokus auf den innerfamiliären Austausch von Gütern.

Nur wenige Forschungsarbeiten haben bisher untersucht, inwieweit sich Ältere und Jüngere in ihren Erwartungen an den Sozialstaat hinsichtlich Transfers an die Generationen unterscheiden. Ebenso wenig wurden weitere demografische Faktoren wie Eltern- oder Großelternschaft einbezogen.

Im Allgemeinen kommen die bestehende Forschungsarbeiten zum Schluss, dass Transfers innerhalb der Familie stark ausgeprägt sind und hier vor allem von der älteren Generation an die jüngere fließen,<sup>11</sup> während öffentliche Transfers die entgegen gesetzte Richtung aufweisen.<sup>12</sup> Jüngste Studien zum sogenannten ‚Generational Accounting‘, das eine umfassende Bilanz von Transfers zwischen den Altersgruppen zum Ziel hat, belegen allerdings, dass die heutige jüngere Generation insgesamt immer noch mehr von der älteren erhält, als sie an diese zahlt – vor allem, wenn die umfassenden Bildungsausgaben, die in den früheren Studien fehlten, mit berücksichtigt werden.<sup>13</sup>

*Einstellungen zu redistributiver Sozialpolitik*  
Die deutsche Debatte der vergangenen Jahre zum generationengerechten Umbau des Wohlfahrtsstaates verdeutlicht eindrücklich, dass individuelle Einstellungen bedeutend für die Akzeptanz von öffentlichen Transfers zwischen den Altersgruppen sind. Aus theoretischer Sicht wird die Bereitschaft der (arbeitenden) mittleren Altersgruppen, Rentenbeiträge zu zahlen, größer sein, wenn sie diese als individuelle Einzahlung auf ein eigenes Versicherungskonto ansehen, und nicht als allgemeine Steuern. Dann nämlich sinkt die Akzeptanz für das Transfersystem und der Wohlfahrtsstaat erleidet Verluste, zum Beispiel durch eine Zunahme ungemeldeter Arbeitsverhältnisse.<sup>14</sup> Umfragen belegen, dass bei Einführung des heute gültigen deutschen Rentensystems Anfang der 1960er Jahre die Mehrheit der Beitragszahler Rentenabgaben als direkte und ‚faire‘ Leistungen an die ältere Generation empfanden. Mittlerweile ist allerdings in den Augen der Mehrheit der Bezug zwischen eigenen Beiträgen und Leistungen an die jeweilige Rentnergeneration entkoppelt.<sup>15</sup> Dies könnte auch damit zu tun haben, dass das Rentensystem alleine aus Beiträgen nicht mehr finanziert werden kann und auf einen enormen Zuschuss an Steuermitteln angewiesen ist.

Altersarmut ist eines der meistüberschätzten Phänomene der Gegenwart. Statistisch gesehen ist die Wahrscheinlichkeit, auf ein armes Kind zu stoßen, etwa fünfmal größer, als auf einen armen Rentner zu stoßen.

/ Bernd Raffelhüschen /

Einen umfassenden Überblick zu den existierenden Arbeiten zu rentenpolitischen Einstellungen bietet Kohli.<sup>16</sup> In allen Studien, die sich hauptsächlich auf internationale Vergleiche konzentrieren<sup>17</sup>, werden zwei Datenquellen verwendet: das International Social Survey Programm (ISSP) und das Eurobarometer, eine regelmäßige Umfrage der Europäischen Union.

Hinsichtlich allgemeiner Einstellungen zu öffentlichen Transfers zwischen den Generationen kommen diese Studien zu ähnlichen Ergebnissen: Eine Mehrheit der Befragten sieht den Staat in der Pflicht, das finanzielle Auskommen der älteren Generation zu sichern. Kürzungen bei den Rentenausgaben des Staates werden mehrheitlich abgelehnt. Nach Ansicht eines beträchtlichen Anteils soll der Staat die Ausgaben sogar erhöhen,



auch wenn dazu Steuererhöhungen notwendig sind. In Deutschland beträgt dieser Anteil knapp 50 Prozent, im Vereinigten Königreich sogar 80 Prozent.<sup>18</sup> Da alle diese Studien auf Datensätzen basieren, die in den 1980er und 1990er Jahren erhoben wurden, sind ihre Ergebnisse hinsichtlich des Einflusses demografischer Entwicklungen nur bedingt aussagefähig. Zudem bedienen sie sich aufgrund der begrenzten Fallzahlen nur einfacher deskriptiver statistischer Methoden. Schließlich analysieren sie lediglich die Einstellungen zu staatlichen Transfers an die ältere Generation und lassen die umgekehrte Transferrichtung außen vor. Eine Ausnahme stellt eine ältere Studie von Smith dar, die staatliche Leistungen an die jüngere Generation anhand von Bildungspolitik operationalisiert.<sup>19</sup> Selbst das neueste Eurobarometer zur Solidarität zwischen den Generationen hat ausschließlich Transfers in Form von Renten und Pflegeheimen zum Gegenstand.<sup>20</sup>

#### *Soziodemografische Einflussfaktoren auf sozialpolitische Einstellungen: Welche Rolle spielt das Alter?*

Schokkaerts Forschungsarbeit zufolge spielen soziodemografische Faktoren wie Alter und Bildungsstand eine große Rolle bei sozialen Handlungsweisen, wie zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten und Spenden für wohltätige Zwecke.<sup>21</sup> Ältere und höher gebildete Personen bringen demnach einen größeren Anteil ihrer privaten Ressourcen in die Gesellschaft ein als jüngere mit niedrigerem Bildungsstand. Wie sieht es allerdings bei indirekten Leistungen an die Gesellschaft beziehungsweise an die jüngere Generation aus, die durch den Staat organisiert werden?

Hier liefern die wenigen existierenden Studien widersprüchliche Ergebnisse. Der Argumentation von Blekesaune und Quadagno sowie Hicks<sup>22</sup> folgend, schlussfolgert Kohli, dass „die meisten Studien zu Einstellungen bisher einen deutlich höheren Unterstützungsgrad zu Wohlfahrtsstaatspolitiken belegen als es der Diskurs über Generationengerechtigkeit vermuten lässt, wobei Rentenleistungen die größte Akzeptanz genießen. Es gibt zwar eine gewisse Varianz entlang verschiedener Altersgruppen, allerdings ist diese weit weniger ausgeprägt als es ein Interessen-basiertes Modell politischer Einstellungen vorhersagen würde.“<sup>23</sup> Auf der Basis von Eurobarometer-Daten, kommt Kohli zu einem ähnlichen Ergebnis.<sup>24</sup> Im Gegensatz dazu identifiziert Smith mit

Hilfe von ISSP-Daten durchgängige Altersunterschiede bei der Unterstützung von staatlichen Rentenausgaben:

„Über die verschiedenen Altersgruppen hinweg fand sich ein vorherrschendes Muster, nach dem die Unterstützung für staatliche Rentenausgaben mit dem Alter stieg [...]. Dies traf auf 19 der 25 untersuchten Länder zu. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Generationen waren teilweise beträchtlich.“<sup>25</sup>

Ähnliche Schlussfolgerungen zieht eine neuere Studie, die den ISSP 1996 untersucht.<sup>26</sup> In dieser – ebenfalls international vergleichenden – Analyse geht es vor allem um die Effekte von Alter/Rentenstatus und Einkommen auf Einstellungen zu Bildungs-, Gesundheits- und Rentenausgaben. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind beachtlich, wobei Deutschland (West) die geringsten Alterseffekte aufweist.

In dem Design ihrer Studie konzeptualisieren Busemeyer et al. die Variable Alter als drei Phasen im ökonomischen Lebenszyklus: Bildung, Erwerbsleben, Ruhestand. Der Ansatz ist somit nur bedingt geeignet, mögliche Kontraste zwischen Jung und Alt herauszuarbeiten, da das Modell Alter nicht als eigenständigen demografischen Effekt berücksichtigt, sondern im Wesentlichen als Phasen der Arbeitsmarktbeteiligung. Weitere wichtige Variablen wie zum Beispiel Elternschaft oder Großelternschaft werden ebenfalls ausgeblendet.

Allerdings belegen weitere Studien die Bedeutung dieser Faktoren.<sup>27</sup> Auf der Basis von neueren Umfragedaten kann Wilkoszewski beispielsweise für Deutschland deutliche Effekte sowohl von Alter als auch von Elternschaft auf familienpolitische Einstellungen nachweisen: Ältere und kinderlose Befragte weisen eine deutliche niedrigere Wahrscheinlichkeit auf, Kindergelderhöhungen zu unterstützen, als jüngere Personen mit eigenen Kindern.

Neben dem Fehlen wichtiger Kovariaten in den empirischen Modellen haben die existierenden Studien mit Ausnahme der beiden vorgenannten Arbeiten einen weiteren Nachteil. Sie nehmen alle lediglich Einstellungen zu bildungs- und rentenpolitischen Maßnahmen als redistributive Politiken in die Analyse auf. Bemerkenswerterweise werden familienpolitische Reformen kaum berücksichtigt, obwohl sie eine Reihe von Dimensionen staatlicher Leistungen an die jüngere Generation abbilden (z.B. Geld, Zeit). Zudem deuten neuere Forschungsergebnisse darauf hin, dass beträchtliche Al-

terseffekte bei den entsprechenden politischen Einstellungen entstehen können.<sup>28</sup>

#### *Das klassische Modell aus der Politischen Ökonomie*

Der vorliegende Beitrag untersucht den Kontrast Junge versus Alte anhand von potenziellen Einstellungsunterschieden zu redistributiven Politiken entlang des Lebensalters. Wie in der Übersicht zum Forschungsstand dargelegt, verwenden die meisten der einschlägigen Studien einen klassischen Ansatz aus der Politischen Ökonomie, in dem Alter als eigenständige demografische Variable eine untergeordnete Rolle spielt. Einstellungsunterschiede werden hier durch die ökonomische Situation des Individuums erklärt, etwa über das Einkommen oder den Bedarf an staatlicher Unterstützung. Busemeyer et al.<sup>29</sup> erweitern in ihrer Analyse dieses Konzept ein Stück weit, koppeln Alter allerdings immer noch stark an Phasen ökonomischer Aktivität: Für ihre Untersuchung konstruieren sie sieben ‚funktionale Altersgruppen‘, wie zum Beispiel ‚jung und in Ausbildung‘ oder ‚jung und in Erwerbsarbeit‘ oder ‚alt und im Ruhestand‘. Die Autoren konstatieren, dass Alter als Variable doch mehr (demografische) Erklärungskraft in sich birgt als diese holzschnittartige Konzeptualisierung:

„Da die Bildungsphase sich hauptsächlich auf die jungen Lebensjahre konzentriert, ist zu erwarten, dass – nachdem für den sozio-ökonomischen Status kontrolliert wurde – ältere Menschen staatliche Bildungsausgaben weniger stark unterstützen als jüngere. Natürlich werden Ältere dennoch eine gewisse Unterstützung für staatliche Bildungsausgaben aufweisen, entweder weil sie eigene (Enkel-)Kinder haben, die noch in Ausbildung sind, oder weil sie realisieren, dass eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung wichtig ist, um volkswirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten.“<sup>30</sup>

40 Jahre sind das Alter der Jugend,  
50 die Jugend des Alters.  
/ Victor Hugo /

Dennoch bleibt in der Analyse die Hauptunterscheidungskategorie der dichotome Gegensatz zwischen ‚im mittleren Alter und in Erwerbsarbeit‘ und ‚alt und im Ruhestand‘. Darüber hinaus lassen Busemeyer et al. das ausgewählte Rational-Choice-Modell unangetastet, was die den beobachteten Politikpräferenzen zugrunde liegenden Motive anbelangt. Hier wird lediglich Eigeninter-

esse (als momentaner Transferempfänger bzw. als jemand, der in Zukunft mit Transferleistungen rechnen kann) in die Interpretation der Analyseergebnisse einbezogen. Altruistische Motive, die sich durch (Groß-) Elternschaft konstituieren und damit die demografische Lebensverlaufsdimension möglicher Alterseffekte besser erklären können, bleiben damit außen vor.

Einige der empirischen Studienergebnisse können deshalb auch nicht nachvollzogen werden: Die Tatsache, dass viele ältere Befragte in Deutschland keine Unterstützung für Kürzungen staatlicher Transfers zeigen, von denen sie nicht (mehr) profitieren (können) – zum Beispiel Arbeitslosengeld oder Bildung –, bleiben kontra-intuitiv, wenn man von einem reinen ‚Egoismus-Modell‘ ausgeht. Busemeyer et al. schlussfolgern deshalb auch, dass Normen, Werten und Motiven, die Politikpräferenzen zugrunde liegen, mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Der vorliegende Beitrag trägt diesem Befund Rechnung, indem er dem einfachen analytischen Modell aus der Politischen Ökonomie eine klare demografische Lebensverlaufsperspektive hinzufügt, um so mögliche Kontraste zwischen Jung und Alt adäquat beschreiben zu können. Dies erlaubt es, Altruismus als Motiv für jene politische Präferenzen einzuführen, die in einem Regime reinen Eigeninteresses nicht erklärt werden können.<sup>31</sup> Ausgegangen wird davon, dass Ältere im Ruhestand dann staatliche Transfers wie zum Beispiel Bildung unterstützen, wenn sie eigene Kinder oder Enkelkinder haben, die von dieser Politik (potenziell) profitieren. Sie sind damit ‚dynastisch altruistisch‘ und übertragen positive Einstellungen gegenüber den eigenen Familienmitgliedern in ihre sozialpolitischen Interessen, indem sie beispielsweise gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung sind. In unserem empirischen Modell führen wir deshalb als weitere demografische Erklärungsvariablen Elternschaft und Großelternschaft ein.

#### Vom ökonomischen Lebenszyklusmodell zum demografischen Lebensverlaufmodell

In einem einfachen Verteilungskontext einer spezifischen Transferpolitik gibt es prinzipiell zwei Gruppen von Individuen: Empfänger und Nicht-Empfänger des Transfers. Die Gruppe der Empfänger umfasst auch jene Individuen, die momentan den Transfer nicht erhalten aber potenziell darauf Anspruch haben. Inwieweit ein Individuum einen Transfer politisch unterstützt, hängt

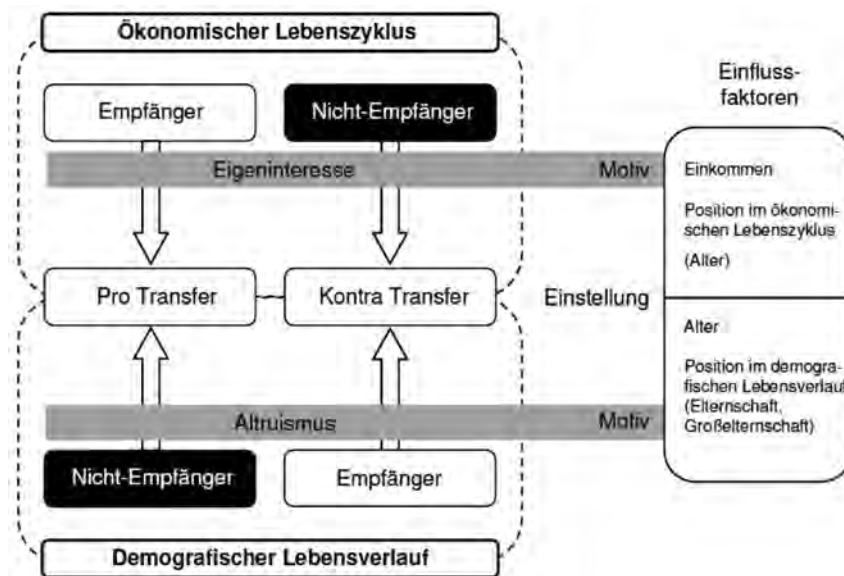


Abbildung 1: Analytisches Modell zur Untersuchung des Kontrastes Junge und Alter

einerseits von seinem sozialökonomischen Status ab, im Besonderen dem Einkommen.

Im klassischen Modell der Politischen Ökonomie wird der Unterstützungsgrad auch von der Position des Individuums im ökonomischen Lebenszyklus beeinflusst (‚Alter‘), die wiederum die Wahrscheinlichkeit bestimmt, dass das Individuum Transferempfänger ist oder nicht.

Die diesen Präferenzen zugrunde liegenden Motive bilden eine Reihe von Varianten des Begriffs ‚Eigeninteresse‘ (z.B. materielles Eigeninteresse, gesellschaftliches Ansehen, Reziprozität; einen systematischen Überblick bietet Wilkoszewski).<sup>32</sup> Wie oben beschrieben kann mit diesem Konzept nicht erklärt werden, warum Individuen Transfers unterstützen, obwohl sie selber nicht von ihnen profitieren oder in Zukunft profitieren werden. Es ist auch nicht in der Lage, den hypothetischen Fall zu fassen, in dem ein Individuum den Transfer, von dem es profitiert, nicht unterstützt. Dies wäre zum Beispiel jene Situation, in der Personen im Ruhestand Rentenkürzungen akzeptieren, damit dringend notwendige Transfers an die jüngere Generation geleistet werden können, die sonst nicht finanzierbar wären. Um diese scheinbar kontraintuitiven sozialpolitischen Einstellungen zu untersuchen und zu verstehen, bedarf es einer weiteren Motivdimension: Altruismus. Jede Motivlage für intergenerationale Transfers bewegt sich auf einem Kontinuum zwischen reinem Egoismus und einer reinen pro-sozialen Haltung; für verschiedene Motivlagen können deshalb Unterkategorien gebildet werden.<sup>33</sup>

Für die vorliegende Untersuchung können zwei Formen von Altruismus unterschieden werden: dynastischer Altruismus und sozialer Altruismus. Beide Arten werden stark durch demografische Lebensverlaufphasen und -ereignisse beeinflusst: Elternschaft, Großelternschaft, Partnerschaft. Dynastischer Altruismus – der in ökonomischen Studien zu innerfamiliären Transfers (Erb-schaften) auch ‚intergenerationaler Altruismus‘ genannt wird – motiviert Eltern und Großeltern staatliche Transferleistungen zu unterstützen, von denen sie selber nicht direkt profitieren, die aber an die eigenen Kinder oder Enkelkinder gerichtet sind. Beispiele hierfür wären bildungs- oder familienpolitische Maßnahmen. Beim sozialen Altruismus hingegen geht man davon aus, dass (Groß-)Eltern einen höheren Grad an Unterstützung für Transfers an die jüngere Generation als Ganzes aufweisen als kinderlose. Die Erfahrung, eigene Kinder aufgezogen zu haben, könnte die allgemeinen Einstellungen eines Individuums zu intergenerationalen Beziehungen jenseits des näheren persönlichen Umfelds beeinflussen. Empirisch können dynastischer und sozialer Altruismus nicht immer trennscharf unterschieden werden.

#### Empirisches Untersuchungsdesign: Hypothesen, Daten und Methoden

Aufbauend auf dem oben beschriebenen analytischen Modell werden folgende Hypothesen für die empirische Untersuchung abgeleitet:

- (1) Verteilungspolitische Einstellungen jüngerer

und Älterer unterscheiden sich: Ältere unterstützen öffentliche Transfers an die jüngere Generation in geringerem Maße als Jüngere. Gleichzeitig bevorzugen sie staatliche Transfers, die die ältere Generation unterstützen.

(2) *Verteilungspolitische Einstellungen von (Groß-)Eltern und Kinderlosen unterscheiden sich:* (Enkel-)Kinderlose Personen unterstützen staatliche Transfers an die jüngere Generation in geringerem Maße als (Groß-)Eltern.

Um die Bedeutung des Kontrastes Junge versus Alte im Zusammenspiel mit einer möglichen Ost-West-Differenz analysieren zu können, wird neben Alter und (Groß-)Elternschaft auch eine entsprechende Variable in das empirische Modell eingefügt. Ferner kontrolliert das Modell weitere potenziell wichtige Faktoren wie Geschlecht, Haushaltseinkommen, Bildungsstand, allgemeine politische Einstellungen (konservativ versus liberal) und ob das Individuum staatliche Transferleistungen erhält.

Vom Standpunkt der Jugend aus gesehen ist das Leben eine unendlich lange Zukunft.  
Vom Standpunkt des Alters aus eine sehr kurze Vergangenheit.  
/ Arthur Schopenhauer /

Als Datengrundlage werden die neuesten wissenschaftlichen Umfragen verwendet, die sich für eine Analyse verteilungspolitischer Einstellungen eignen: der „German Generations and Gender Survey“ (GGG 2005) sowie der „German Population Policy Acceptance Survey“ (PPAS 2003). Beide Querschnittsdatensätze haben große Fallzahlen mit insgesamt über 14.000 Befragten. Darüber hinaus enthalten sie identische Fragebatterien über Einstellungen zu 13 familienpolitischen Maßnahmen, die als Proxy für Transfers an die jüngere Generation dienen. Da dasselbe Modell zwei unabhängig erhobene Datensätze analysiert, kann gleichzeitig die Robustheit der ermittelten Effekte getestet werden. Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Datensätze in zwei Punkten: der PPAS-Datensatz enthält eine Fragenbatterie zu rentenpolitischen Einstellungen, die im GGS-Datensatz nicht vorkommt. Auf der anderen Seite deckt der GGS-Datensatz eine breitere Altersgruppe ab und beinhaltet Informationen zu Großelternschaft.

In einem ersten Schritt führen wir klassische

Generalised Linear Models (GLM, logistische Regression) durch, um den Einfluss demografischer Faktoren auf sozialpolitische Einstellungen zu analysieren. Da hier die grundlegende Annahme ist, dass etwaige Alterseffekte linear verteilt sind, kommen in einem zweiten Schritt Generalised Additive Models (GAM) zur Anwendung, die mögliche Abweichungen von einem linearen Verlauf über den (synthetischen) Lebensverlauf hinweg identifizieren können. Mit dieser Methode können dann auch Schlussfolgerungen über die den Einstellungen zugrunde liegenden Motive getroffen werden. Im folgenden Teil werden die Bestandteile des empirischen Modells näher beschrieben.

*Empirisches Modell: Abhängige Variablen*

PPAS und GGS enthalten eine nahezu identische Fragenbatterie über Einstellungen zu 13 konkreten familienpolitischen Maßnahmen, die alle Dimensionen von staatlichen Transfers an die jüngere Generation umfassen (Geld, Zeit, Bildung, Wohnsituation, siehe Abbildung 2). Die Befragten sollten die Wichtigkeit dieser Maßnahmen einschätzen.

Die Frage dazu lautete:

„Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen, die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen? Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, diese Maßnahmen einzuführen? Diese Maßnahmen sind nicht frei erfunden, sondern die meisten existieren tatsächlich in einem europäischen Land. Einige davon sind auch in Deutschland bereits eingeführt oder in Erwägung gezogen worden.“<sup>34</sup>

Für die Analyse werden alle 13 Maßnahmen als separate abhängige Variablen verwendet und dichotomisiert (1 für Befragte, die den Maßnahmen „(voll) zustimmen“, 0 für alle

anderen Befragten). Je nach Transferart lehnen zwischen elf und 30 Prozent der Befragten die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen ab. Die höchsten Ablehnungsraten betreffen dabei finanzielle Transfers (Nr. 6 und 8 in Abbildung 2).

Im Hinblick auf Transfers an die ältere Generation bietet der PPAS eine Frage zu den Einstellungen hinsichtlich verschiedener Reformen, die die Finanzierung des deutschen Rentensystems nachhaltig gestalten sollen: „Viele Personen befürchten, dass der Staat die gesetzlichen Renten nicht mehr bezahlen kann, wenn sie selbst einmal in Rente

	<b>Familienpolitische Maßnahme</b>
1	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen.
2	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder.
3	Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren.
4	Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter.
5	Ein finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist.
6	Ein finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes.
7	Finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange diese klein sind.
8	Ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat.
9	Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter vor und nach der Schule und in den Schulferien.
10	Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern.
11	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern.
12	Eine starke Verringerung der Ausbildungskosten.
13	Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern.

**Abbildung 2: Familienpolitische Maßnahmen in den Datensätzen PPAS 2003 und GGS 2005 (Item 12 dort: »Mehr Ganztagschulen«).**

	<b>Politikoption – Reform des Rentensystems</b>	<b>Transferrichtung</b>
1	Anhebung des Rentenalters	Nach unten
2	Erhöhung der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge vom monatlichen Einkommen	Nach oben
3	Verringerung der Höhe der monatlichen Renten	Nach unten
4	Die Kinder zwingen, ihre alten Eltern finanziell zu unterstützen	Nach oben
5	Frühverrentungsprogramme abschaffen	Nach unten
6	Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen: Je mehr Kinder, desto höher ist die Rente	Nach unten
7	Steuern für einzelne gesellschaftliche Gruppen erhöhen	Nach oben
8	Arbeitslosigkeit bekämpfen	n.a.
9	Mehr private Vorsorge	n.a.
10	Renten nur für jene, die in das System eingezahlt haben	Nach oben

**Abbildung 3:**  
**Rentenpolitische Maßnahmen in den Datensätzen PPAS 2003 und GGS 2005.**

gehen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie der Staat die Finanzierung des Rentensystems in der Zukunft sicherstellen könnte. Wenn Sie wählen müssten, welche Maßnahme würden Sie bevorzugen?<sup>35</sup> Die befragten Personen sollten aus einer Liste von zehn Politikoptionen auswählen, von denen ein Teil eher die jüngere Generation und der andere eher die ältere Generation belasten würde (siehe Abbildung 3).

Aus diesen Politikoptionen wählen wir acht für unsere empirische Analyse, wobei die Maßnahmen 2, 4, 7 und 10 als Proxies für staatliche Transfers an die jüngere Generation und die Vorschläge 1, 3, 5, und 6 als Proxies für Transfers an die ältere Generation gelten. Maßnahmen 8 und 9 werden ausgeschlossen, da sie nicht eindeutig einer Transferrichtung zugeordnet werden können. Die abhängigen Variablen werden folgendermaßen codiert: 1 für jene Befragte, die eine der Politikoptionen, die die jüngere Generation belasten, bevorzugen und 0 für jene, die Transfers an die jüngere Generation favorisieren (ca. 20 Prozent der Befragten).

#### *Modellspezifikationen*

Die abhängigen Variablen in den Modellen werden durch eine Reihe von unabhängigen Variablen geschätzt (siehe Abbildung 4). Zusätzlich zu den Variablen, deren Einfluss auf sozialpolitische Einstellungen für den vorliegenden Beitrag von besonderem Interesse sind (Alter, (Groß-)Elternschaft und Wohnort), wird eine Reihe weiterer Effekte kontrolliert, die wichtig für die Herausbildung

Variable *Alter* über eine sogenannte ‚smoothing function‘ geschätzt wird.<sup>36</sup> Da so etwaige nichtlineare Verläufe des Alterseffekts identifiziert werden können, setzen wir zwei Modellvarianten auf: In Variante 1 werden alle unabhängigen Variablen im Modell berücksichtigt, in Variante 2 lediglich die Variable *Alter*. Wir können dadurch Aussagen über die Interaktion des Alterseffekts und anderer Effekte treffen, da Variante 1 den ‚reinen‘ Einfluss von *Alter* ermittelt, während in Variante 2 jene Indikatoren, für die nicht mehr kontrolliert wird, den Alterseffekt möglicherweise verzerren.

*Analyseergebnisse: Unterschiede in sozialpolitischen Einstellungen zwischen Jung und Alt*  
Im Folgenden wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nur auf die Effekte von *Alter* und (Groß-)Elternschaft auf die transferpolitischen Einstellungen der Befragten eingegangen. Da sich die Schätzer der GLM- und GAM-Modelle lediglich bei der Variable *Alter* unterscheiden, werden die Ergebnisse der GAM-Modelle ausschließlich in grafischer Form präsentiert.<sup>37</sup> Abbildung 5 fasst die Ergebnisse der empirischen Modelle für beide Datensätze zu-

der untersuchten Einstellungen sein könnten. Für jede einzelne Variable werden das lineare GLM-Modell und das GAM-Modell angewendet. Die beiden Varianten unterscheiden sich lediglich darin, dass bei der letzteren die

<b>Alter des Befragten</b> Spanne: 20 – 65 Jahre (PPAS); 17 – 85 Jahre (GGS)
<b>Kinderlosigkeit</b> 1 wenn der Befragte keine eigenen Kinder hat, sonst: 0
<b>Großelternschaft</b> 1 wenn der Befragte eigene Enkel hat, sonst: 0
<b>Wohnort</b> 1 wenn Deutschland-West, 0 wenn Deutschland-Ost
<b>Erhalt von staatlichen Transfers</b> 1 wenn der Befragte zum Zeitpunkt der Befragung Kindergeld erhält, sonst: 0 (in den Modellen für die rentenpolitischen Maßnahmen nicht enthalten)
<b>Bildungsstand</b> 1 wenn Abitur, sonst: 0
<b>Geschlecht</b> 1 wenn männlich, 0 wenn weiblich
<b>Familienstand</b> 1 wenn verheiratet, sonst: 0
<b>Allgemeine politische Einstellung</b> 1 wenn Befragter konservativ eingestellt, sonst: 0 (Proxy-Frage: Sollten Paare heiraten, bevor sie Kinder bekommen?)
<b>Netto-Haushaltseinkommen</b> 1 wenn unterhalb des Median (€ 2000,-), sonst: 0

**Abbildung 4: Unabhängige Variablen in den empirischen Modellen.**

sammen. Auf alle familienpolitische Maßnahmen hat Alter einen negativen Effekt: Je älter der Befragte, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass er der Politikmaßnahme (voll) zustimmt. Bei acht von 13 Maßnahmen ist dieser Effekt hochsignifikant. Den größten Einfluss hat Alter auf Einstellungen zu finanziellen Transfers (Maßnahmen 2, 5, 6, 7 und 8). So betragen die Odds Ratios für eine signifikante Erhöhung des Kindergeldes 0.969. Das heißt, dass pro Lebensjahr die Odds, diese Maßnahme zu unterstützen, um 3,1 Prozent sinken. Das mag auf den ersten Blick nach einem geringen Effekt aussehen. Wenn wir nun aber den jüngsten (20 Jahre) mit dem ältesten Befragten (65 Jahre) vergleichen, so ergibt sich ein Unterschied von 0.96945, also 0.242. Das heißt, dass die Odds für einen 65-Jährigen um über 75 Prozent niedriger sind als für einen 20-Jährigen. Auch bei Einstellungen zu staatlichen Transfers an die ältere Generation spielt Alter eine Rolle: Befragte, die einen Policy-Mix aus all jenen rentenpolitischen Maßnahmen bevorzugen, welche eher die ältere Generationen bevorzugen, tun dies verstärkt mit zunehmendem Alter. Pro Lebensjahr erhöhen sich die Odds um 1,1 Prozent. Vergleicht man den jüngsten mit dem ältesten Befragten, so ergibt sich ein Unterschied von 1,01145, also 1,636. Das bedeutet, dass die

Odds für einen 65-Jährigen, diesen Policy-Mix zu unterstützen, um 64 Prozent höher liegen als für einen 20-Jährigen.

Die Ergebnisse für die familienpolitischen Reformvorschläge erweisen sich als äußerst robust: Die Schätzer auf Basis des GGS-Datensatzes zeigen ebenfalls hochsignifikante, negative Alterseffekte. Auch hier ergeben sich stärkere Unterschiede in den Einstellungen von Alt und Jung, wenn finanzielle staatliche Transfers in Betracht gezogen werden. Bei Kinderbetreuungsleistungen etwa sind die Präferenzunterschiede weniger stark ausgeprägt.

Die weiteren demografischen Variablen in den empirischen Modellen, Elternschaft und Großelternschaft, haben ebenfalls eine signifikante Bedeutung für die abgefragten politischen Einstellungen: Die Odds für Kinderlose, staatliche Transfers an die jüngere Generation zu unterstützen, sind zwischen 72 und 32 Prozent niedriger als für Befragte mit Kindern (PPAS-Datensatz).

Die Ergebnisse erweisen sich beim Vergleich mit den Effekten auf Basis des GGS-Datensatzes erneut als äußerst robust, auch wenn ihr Ausmaß etwas geringer ist (zwischen 41 und 18 Prozent). Ähnlich verhält es sich bei der Variable *Großelternschaft*: Die Tatsache, eigene Enkelkinder zu haben, steigert die

Wahrscheinlichkeit, staatliche Transfers an Junge zu unterstützen. Allerdings sind die hier geschätzten Effekte auf teilweise niedrigem Signifikanzniveau.

Bei Einstellungen zu rentenpolitischen Maßnahmen, die die jüngere Generation stärker belasten, dreht sich der bei den familienpolitischen Reformen gefundene negative Effekt von Kinderlosigkeit ebenfalls um: Kinderlose präferieren offensichtlich den weitgehenden Erhalt des Status quo im deutschen Rentensystem und eine stärkere Belastung der jüngeren Generation. Die Odds hierfür sind für einen kinderlosen Befragten um über 65 Prozent höher als für einen Befragten mit eigenen Kindern.

Mit Hilfe der grafischen Ergebnisse der GAM-Modelle können Schlussfolgerungen über die Wechselwirkung zwischen den gefundenen Effekten getroffen werden. Der Übersichtlichkeit wegen und aus Platzgründen werden dazu exemplarisch die Ergebnisse für drei Politikmaßnahmen aus dem PPAS-Datensatz herangezogen.

Abbildungen 6 bis 8 zeigen den Verlauf des Alterseffekts über die Altersspanne 20 bis 65 Jahre für die Politikmaßnahmen „niedrigere Steuern für Eltern“ und „signifikante Kindergelderhöhung“ sowie den rentenpolitischen Policy-Mix, der eher die jüngere Generation belastet. Es sind jeweils zwei Datenkurven abgetragen: Die graue Linie repräsentiert den ‚reinen‘ Alterseffekt des ‚vollen‘ Modells, in dem für alle weiteren Variablen kontrolliert wurde; die schwarze Linie stellt die Ergebnisse jener Modelle dar, die nur Alter als unabhängige Variable berücksichtigen, also einen durch weitere Faktoren, wie zum Beispiel Elternschaft oder Großelternschaft ‚verzerrten‘ Alterseffekt. Die gestrichelten Linien geben 95-Prozent-Konfidenzintervalle wieder.

Die Nachsichtigkeit der Großeltern gegenüber ihren Enkelkindern im Vergleich zu ihrem Verhalten gegenüber ihren eigenen Kindern ist phänomenal.

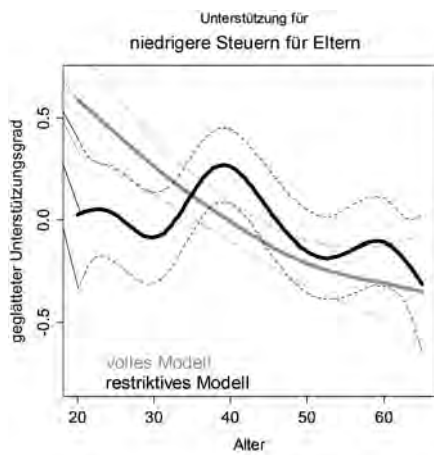
/ Franz Schmidberger /

Die Diagramme zeigen eindrücklich, wie sehr der Einfluss von Alter auf sozialpolitische Präferenzen von weiteren demografischen und wahrscheinlich auch sozioökonomischen Faktoren abhängt. Für die Politikmaßnahme „niedrigere Steuern für Eltern“ ergibt der Schätzer des vollen Modells einen nahezu linearen Alterseffekt über die gesamte Altersspanne (graue Linie,

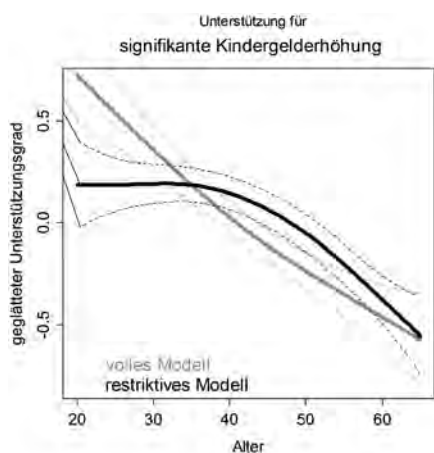
Politikmaßnahmen	Einflussfaktoren auf sozialpolitische Einstellungen (Odds ratios)							
	Alter		Kinderlosigkeit		Großelternschaft		Wohnort	
	20-65	17-85	1=kinderlos	1=eigene Enkel	1=West			
Familienpolitik	PPAS	GGG	PPAS	GGG	PPAS	GGG	PPAS	GGG
1	0.991°	0.980***	0.921	0.932	---	1.194*	0.806°	0.528***
2	0.976***	0.986***	0.378***	0.586***	---	1.100	1.012	0.775**
3	0.996	0.990***	0.808	0.922	---	1.220*	0.453***	0.410**
4	0.994	0.989***	0.620**	0.851°	---	1.260*	0.503***	0.417***
5	0.983***	0.985***	0.419***	0.697***	---	1.162°	0.784*	0.582***
6	0.978***	0.986***	0.584***	0.708***	---	1.097	0.364***	0.430***
7	0.985***	0.984***	0.587***	0.652***	---	1.022	0.905	0.647***
8	0.969***	0.974***	0.510***	0.655***	---	1.166*	0.503***	0.476***
9	0.997	0.998	0.643**	0.819**	---	1.146°	0.387***	0.330***
10	0.986**	0.992**	0.458***	0.729**	---	1.448**	0.751*	0.604***
11	0.990	0.994*	0.405**	0.664***	---	1.174	0.731*	0.614***
12	0.995	1.003	0.679**	0.881°	---	1.054	0.605**	0.911
13	0.988**	0.992***	0.559***	0.775***	---	1.100	1.720***	1.580***
<b>Rentenpolitik</b>	1.011*	---	1.653***	---	---	---	0.571***	---
Reformen, die eher die jüngere Generation belasten								

Binäre logistische Regression  
 °p < .10; \*p < .05; \*\*p < .01; \*\*\*p < .001  
 Familienpolitische Maßnahme Nummer 12 nicht identisch in PPAS und GGS.

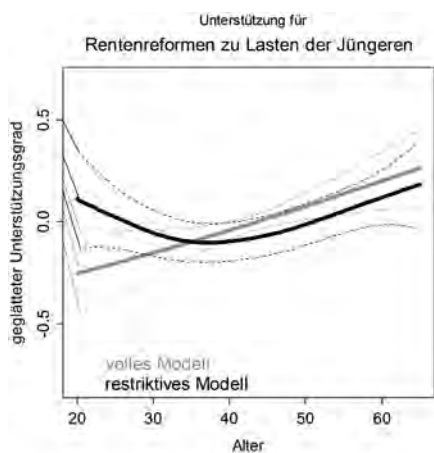
Abbildung 5: Ergebnisse der binären logistischen Regressionen: Einfluss von Alter, (Groß-)Elternschaft und Wohnort auf sozialpolitische Präferenzen.<sup>38</sup>



**Abbildung 6: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>39</sup>**



**Abbildung 7: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>40</sup>**



**Abbildung 8: Geglättete Kurve des Einflusses von Alter auf sozialpolitische Einstellungen.<sup>41</sup>**

Abbildung 6). Sobald aber alle Variablen bis auf *Alter* aus dem Modell entfernt werden, ergeben sich deutliche Abweichungen: die höchste Zustimmung zu dieser Politikmaßnahme findet sich demnach in der Alters-

gruppe 35 bis 45, also jener, in der demografische Ereignisse wie Elternschaft relevant sind. In diesem Lebensabschnitt befindet sich allerdings in der Regel auch die ökonomisch aktivste Phase. Gleichzeitig lässt sich ein deutlicher ‚Großelternbuckel‘ erkennen: Entgegen dem ab dem Lebensalter 40 abfallenden Unterstützungsgrad zeigen sich in jenen Lebensjahren, in denen Großelternschaft relevant wird, wieder höhere Zustimmungsraten. Diese können als klares Indiz für ein zugrunde liegendes Motiv des ‚dynastischen Altruismus‘ gedeutet werden. Sie machen außerdem deutlich, wie wichtig es ist, im zugrunde liegenden theoretischen Analysemodell die ökonomische Lebenszyklusperspektive um die Perspektive des demografischen Lebensverlaufs zu ergänzen.

Bei der Politikmaßnahme „signifikante Erhöhung des Kindergeldes“ lassen sich ähnliche Unterschiede zwischen dem vollen und dem restriktiven Modell beobachten (Abbildung 7): Während im Modell mit allen Variablen erneut ein nahezu linearer negativer Alterseffekt zu identifizieren ist, gibt es im Modell mit *Alter* als einziger Kontrollvariable deutliche Abweichungen. Wieder ist in jenen Lebensjahren, in denen Elternschaft von Bedeutung ist, der negative Alterseffekt deutlich abgeschwächt. Der Unterstützungsgrad für die Maßnahme fällt dafür umso deutlicher ab dem Alter 45 ab. Das genau umgekehrte Bild ergibt sich dann bei jenen rentenpolitischen Maßnahmen, die das Rentensystem nachhaltig sichern sollen, indem der jüngeren Generation mehr Lasten auferlegt werden (Abbildung 8): In den arbeitsmarktmäßig aktiven Lebensjahren ist die Unterstützung dazu am geringsten, steigt dann aber mit zunehmendem Alter an.

Insgesamt lassen sich also die zu überprüfenden Thesen mit den vorliegenden Daten bestätigen: Alte und Junge unterscheiden sich deutlich in ihren Erwartungen an den Sozialstaat und seinen verteilungspolitischen Aufgaben hinsichtlich der verschiedenen Generationen. Darüber hinaus lassen sich klare Indikatoren für ‚dynastischen Altruismus‘ als ein wichtiges Motiv für sozialpolitische Einstellungen identifizieren: Eltern und Großeltern unterscheiden sich deutlich in ihren Präferenzen von Befragten ohne eigene Kinder und Enkel. Die familiäre Situation überträgt sich somit in den sozialpolitischen Raum öffentlicher Transfers zwischen den Generationen. Aufgrund des wachsenden Anteils Kinderloser ergibt sich hier neben dem Kontrast zwischen Jun-

gen und Alten eine zweite große Herausforderung für die zukünftige deutsche Sozialpolitik.

### Zusammenfassung

Die Ergebnisse des vorliegenden Beitrags lassen den Schluss zu, dass es deutliche Gegensätze zwischen Jungen und Alten in Deutschland gibt; dies sowohl in demografischer als auch sozialpolitischer Hinsicht. Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich altern, der zahlenmäßige Gegensatz zwischen den Generationen verstärkt sich dadurch weiter. Ostdeutsche Regionen werden aufgrund der hohen Abwanderungsraten besonders von dieser Entwicklung betroffen sein.

Für die Gesellschaft und Politik ergeben sich durch diese Verschiebungen nicht nur Anforderungen an die inhaltliche Gestaltung von Politik. Neben Fragen der policy werden auch jene der politics an Bedeutung gewinnen, denn der demografische Gegensatz geht mit einem Gegensatz in den verteilungspolitischen Erwartungen von Jung und Alt einher: Die Wahrscheinlichkeit, staatliche Leistungen an Familien für wichtig zu erachten, sinkt mit zunehmendem Alter. Gleichzeitig favorisieren Ältere Konzepte zur nachhaltigen Finanzierung des Rentensystems, die eher die jüngere Generation belasten.

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass diese Alterseffekte durchaus plastisch sind und von weiteren Faktoren wie Elternschaft und Großelternschaft abhängen. (Enkel-)Kinderlose haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, staatliche Transfers an die jüngere Generation für wichtig zu erachten. Es ist somit von einer Art ‚dynastischem Altruismus‘ auszugehen, der die innerfamiliären Generationenbeziehungen mit jenen auf staatlicher Ebene verschränkt.

Für die zukünftige Sozialpolitik des Landes ergibt sich auf Basis der identifizierten Einstellungsunterschiede zwischen Jung und Alt eine zentrale Herausforderung: Bei notwendigen Reformen, die aufgrund der demografischen Entwicklungen unvermeidbar sind – wie zum Beispiel die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder ein Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen –, muss stärker auf den Vermittlungsaspekt geachtet werden. Dies zeigt schon allein der zunehmend scharfe Ton im öffentlichen Diskurs über das Generationenverhältnis. Politische Entscheidungsträger sind unter anderem wegen der bisherigen Forschungslage weitgehend davon ausgegangen, dass sich die

verschiedenen Generationen in ihren verteilungspolitischen Präferenzen nicht unterscheiden. Dies ist nicht der Fall. Die analysierten demografischen Effekte könnten sich aufgrund der demografischen Entwicklung mit mehr Älteren und mehr Kinderlosen zukünftig sogar noch verstärken.

### Anmerkungen

1. Der vorliegende Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Alte versus Junge“ des Autors (Wilkoszewski 2010).
2. Green Card ist die Bezeichnung für das Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs zwischen 2000 und 2004 und wurde Ende 2004 durch ein neues Zuwanderungsgesetz ersetzt, das es IT-Fachkräften weiterhin erlaubt, privilegiert nach Deutschland einzuwandern.
3. Vgl. Streeck 2007: 55; Attias-Donfut/Arber 2000: 1.
4. Vgl. Haumann 2006; Opaschowski 2004.
5. Vgl. Berichterstattung in verschiedenen Medien, z.B. Cicero online vom 15.04.2008; Nils aus dem Moore 2008.
6. Vgl. Preston 1984.
7. Vgl. Kocka et al. 2009; Attias-Donfut/Wolff 2000.
8. Vgl. Tepe/Vanhuyse 2007.
9. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
10. Vgl. Wilkoszewski 2008.
11. Vgl. McGarry/Schoeni 1997.
12. Vgl. Lee 2003.
13. Vgl. Kluge 2009; Bommier et al. 2004.
14. Vgl. Börsch-Supan/Reil-Held 2001.
15. Vgl. Boeri et al. 2001.
16. Vgl. Kohli 2005.
17. Vgl. Europäische Kommission 2004; Blekesaune/Quadagno 2003; Andreß/Heien 2001; Hicks 2001; Smith 2000.
18. Kohli 2005: 21.
19. Vgl. Smith 2000.
20. Vgl. Europäische Kommission 2009.
21. Vgl. Schokkaert 2006.
22. Vgl. Blekesaune/Quadagno 2003; Hicks 2001.
23. Kohli 2005: 15.
24. Vgl. Kohl 2003.
25. Smith 2000: 12.
26. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
27. Vgl. Wilkoszewski 2008; Miettinen et al. 2008.
28. Vgl. Wilkoszewski 2008.
29. Vgl. Busemeyer et al. 2009.
30. Busemeyer et al. 2009: 199.
31. Vgl. dazu auch Schokkaert 2006.
32. Vgl. Wilkoszewski 2008.
33. Vgl. Wilkoszewski 2008; Schokkaert

2006.

34. Vgl. GGS 2005; PPAS 2003.

35. Vgl. PPAS 2003.

36. Vgl. Hastie/Tibshirani 1990.

37. In allen Modellen wurde durch Imputationsverfahren fehlenden Fällen bei der Variable Haushaltseinkommen Rechnung getragen. Außerdem wurden die unabhängigen Variablen auf Kollinearität getestet. Alle Variance Inflation Factors lagen dabei unter 2,5.

38. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS- und GGS-Datensätze 2003 und 2005.

39. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

40. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

41. Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen, PPAS 2003.

### Literatur

Andreß, Hans-Jürgen / Heien, Thorsten (2001): Four worlds of welfare state attitudes? A comparison of Germany, Norway, and the United States. In: *European Sociological Review*, Jg. 17 (4/2001), 337–356.

Attias-Donfut, Claudine / Arber, Sara (2000): Equity and solidarity across the generations. In: Arber, Sara / Attias-Donfut, Claudine (Hg.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London/New York: Routledge, 1–21.

Attias-Donfut, Claudine / Wolff, François-Charles (2000): The redistributive effects of generational transfers. In: Arber, Sara / Attias-Donfut, Claudine (Hg.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London/New York: Routledge, 22–46.

aus dem Moore, Nils (2008): Deutschland, eine Gerontokratie? Cicero online. [www.cicero.de/97.php?ress\\_id=9&item=2553](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=9&item=2553). Abruf am 03.05.2010.

Blekesaune, Morten / Quadagno, Jill (2003): Public attitudes toward welfare state policies. A comparative analysis of 24 nations. In: *European Sociological Review*, Jg. 19 (5/2003), 415–427.

Boeri, Tito et al. (2001): Would you like to shrink the welfare state? The opinions of European citizens. In: *Economic Policy*, Jg. 32 (1/2001), 7–50.

Bommier, Antoine et al. (2004): The development of public transfers in the US: historical generational accounts for education, social security, and medicare. Paper for the PAA annual meetings 2004. Boston.

Börsch-Supan, Axel / Reil-Held, Anette (2001): How much is transfer and how much insurance in a pay-as-you-go system? In: *Scandinavian Journal of Economics*, Jg. 103 (3/2001), 505–524.

Busemeyer, Marius R. et al. (2009): Attitudes towards redistributive spending in an era of demographic ageing: the rival pressures from age and income in 14 OECD countries. In: *Journal of European Social Policy*, Jg. 19 (3/2009), 195–212.

Cox, Donald / Soldo, Beth J. (2004): Motivation for money and care that adult children provide for parents. Center for Retirement Research Working Papers 2004. <http://escholarship.bc.edu/retirement-papers/11>. Abruf am 03.05.2010.

European Commission (2009): Solidarity between generations. Special Eurobarometer. European Opinion Research Group EEIG. Brüssel.

European Commission (2004): The future of pension systems. Special Eurobarometer 161/ Wave 56.1. European Opinion Research Group EEIG. Brüssel.

Galasso, Vincenzo / Profeta, Paola (2002): The political economy of social security: a survey. In: *European Journal of Political Economy*, Jg. 18 (1/2002), 1–29.

Hastie, Trevor / Tibshirani, Robert (1990): *Generalized Additive Models*. New York: Chapman and Hall.

Haumann, Wilhelm (2006): *Generationenbarometer 2006. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach*. Freiburg/München: Alber.

Hicks, Peter (2001): Public support for retirement income reform. OECD Occasional papers no. 55. Paris.

Kluge, Fanny A. (2009): Transfers, consumption and income over the lifecycle in Germany. MPIDR Working Paper no. 14. Rostock.

- Kocka, Jürgen et al. (Hg.) (2009): Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Altern in Deutschland. Band 8. Stuttgart: Wiss.-Verlags-Gesellschaft.
- Kohl, Jürgen (2003): Principles of distributive justice in pension policies. Cross-national variations in public opinion. Annual Meeting of the ISA Research Committee 19. Toronto.
- Kohli, Martin (2005): Aging and justice. Research Report no. 74 of the Research Group on Aging and the Life Course (FALL). Berlin.
- Kohli, Martin / Szydlik, Marc (Hg.) (2000): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Lee, Ronald (2003): Intergenerational Transfers. In: Demeny, Paul / McNicoll, Geoffrey (Hg.): Encyclopedia of Population. New York/London: Macmillan, 542–545.
- Logan, John R. / Spitze, Glenna D. (1995): Self-interest and altruism in intergenerational relations. In: Demography, Jg. 32 (3/1995), 353–364.
- McGarry, Kathleen / Schoeni, Robert F. (1997): Transfer behaviour within the family. Results from the Asset and Health Dynamics (AHEAD) Study. In: Journal of Gerontology: Psychology and Social Sciences 52B special issue, 82–92.
- Miettinen, Anneli et al. (2008): Family Policies: Financial or Institutional Measures? Preferences of Childless Persons and One-Child Parents. In: Höhn, Charlotte et al. (Hg.): People, Population Change and Policies. Lessons from the Population Policy Acceptance Study: Vol.1: Family Change. Amsterdam: Springer, 391–410.
- Neyer, Gerda R. / Andersson, Gunnar (2007): Consequences of Family Policies on Childbearing Behavior: Effects or Artifacts? MPIDR Working Paper no. 21. Rostock.
- Opaschowski, Horst W. (2004): Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Preston, Samuel H. (1984): Children and the elderly. Divergent paths for America's dependents. In: Demography, Jg. 21 (4/1984), 435–457.
- Rürup, Bert / Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.
- Schokkaert, Erik (2006): The empirical analysis of transfer motives. In: Kolm, Serge-Christophe / Ythier, Jean Mercier (Hg.): Handbook of the economics of giving, altruism and reciprocity. Band 1. Oxford, 127–181.
- Siems, Dorothea (2010): Familienministerin gibt Pläne für mehr Vätermomente auf. Welt Online. [www.welt.de/die-welt/politik/article7879321/Familienministerin-gibt-Plaene-fuer-mehr-Vaetermomente-auf.html](http://www.welt.de/die-welt/politik/article7879321/Familienministerin-gibt-Plaene-fuer-mehr-Vaetermomente-auf.html). Abruf am 01.06.2010.
- Smith, Tom W. (2000): Public support for governmental benefits for the elderly across countries and time. OECD-Report. Paris.
- Streck, Wolfgang (2007): Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt? In: Max-Planck-Forschung 1/2007, 54–59.
- Tepe, Markus / Vanhuyse, Pieter (2009): Are Aging OECD Welfare States on the Path to the Politics of Gerontocracy? Evidence from 18 Democracies, 1980-2002. In: Journal of Public Policy, Jg. 29 (1/2009), 1–28.
- Wilkoszewski, Harald (2008): Demographic pressure and attitudes towards public intergenerational transfers in Germany – how much room left for reforms? In: Tremmel, Jörg (Hg.): Demographic change and intergenerational justice: the implementation of long-term thinking in the political decision-making process. Berlin: Springer, 175–205.
- Wilkoszewski, Harald (2009): Age trajectories of social policy preferences. MPIDR Working Paper no. 34. Rostock.
- Wilkoszewski, Harald (2010): Alte versus Jung. In: Glaab, Manuela / Weidenfeld, Werner / Weigl, Michael (Hg.): Deutsche Kontraste 1990-2010. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Frankfurt: Campus Verlag, 355-386.



#### Autorenangaben

Dr. Harald Wilkoszewski hat 2011 seinen PhD an der London School of Economics erworben. Er ist derzeit am „Centre for Educational Research and Innovation“ der OECD sowie am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock beschäftigt.

#### Kontaktdaten:

Dr. Harald Wilkoszewski  
 OECD Directorate for Education  
 2, rue André Pascal  
 75 775 Paris, Cedex 16, France.  
 E-Mail: Harald.Wilkoszewski@oecd.org

## Altersstruktur der großen deutschen Parteien (Stand 31.12.2011, nach Niedermayer 2012) (Angaben in Prozent)

	14-15 Jahre	16-20 Jahre	21-25 Jahre	26-30 Jahre	31-35 Jahre	36-40 Jahre	41-45 Jahre	46-50 Jahre	51-55 Jahre	56-60 Jahre	61-65 Jahre	66-70 Jahre	71-75 Jahre	76-80 Jahre	81-85 Jahre	86-x Jahre	Durchschnitt
CDU	-	0,6	2,2	3,2	4,2	5,1	7,5	9,0	9,2	10,0	10,8	10,7	12,0	7,5	5,0	3,1	59
CSU	-	0,4	1,7	3,2	4,7	6,0	8,4	9,9	10,2	10,4	10,9	9,8	11,1	6,8	4,1	2,4	57
SPD	0,0	0,8	3,0	3,7	3,8	3,7	5,8	8,2	10,0	11,8	13,0	10,5	10,7	7,1	4,7	3,2	59
FDP	-	1,1	4,1	6,2	8,0	8,4	9,8	9,9	8,6	9,2	9,8	9,6	7,8	3,6	2,3	1,5	52
Grüne	0,1	2,1	6,0	8,2	8,3	8,1	11,2	14,6	14,9	12,7	7,2	3,5	1,9	0,7	0,3	0,2	47
Linke	0,1	1,3	3,9	4,3	4,1	3,9	5,6	8,0	9,2	10,7	8,0	6,5	8,4	9,8	10,3	6,0	60

Anmerkungen: Parteieintritt möglich ab einem Alter von 16 Jahren (CDU, CSU, FDP) bzw. 14 Jahren (SPD, Linke ab 2008). Die Grünen legen kein Mindestalter fest. Ohne Angaben herausgerechnet, d.h. auf die Gesamtheit derjenigen prozentuiert, von denen das Alter bekannt ist.

Bei den Grünen könnten die Geburtsdaten von 90% der Mitglieder ausgewertet werden.

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2011. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 43. Jg. (2/2012).

Berechnungen auf Basis der Angaben der Parteigeschäftsstellen.



## Altersstruktur der Bundestagsfraktionen (Stand Juni 2011, nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag) (Angaben in Prozent)

	26 Jahre	27-31 Jahre	32-36 Jahre	37-41 Jahre	42-46 Jahre	47-51 Jahre	52-56 Jahre	57-61 Jahre	62-66 Jahre	67-71 Jahre	72-76 Jahre	77-80 Jahre	Durchschnitt
CDU/CSU	0,0	0,4	4,2	9,7	10,1	19,1	16,5	17,7	15,6	5,9	0,4	0,4	52,0
SPD	0,0	0,0	2,1	6,2	13,0	15,7	13,7	21,2	23,3	2,7	2,1	0,0	54,2
FDP	1,1	2,1	8,6	17,2	7,5	15,1	11,8	13,0	14,0	7,5	2,1	0,0	50,1
Grüne	0,0	8,8	8,8	7,3	16,2	11,8	13,2	25,0	5,9	1,5	1,5	0,0	49,2
Linke	0,0	2,6	5,3	13,2	6,6	19,7	23,7	15,8	9,2	2,6	1,3	0,0	51,1

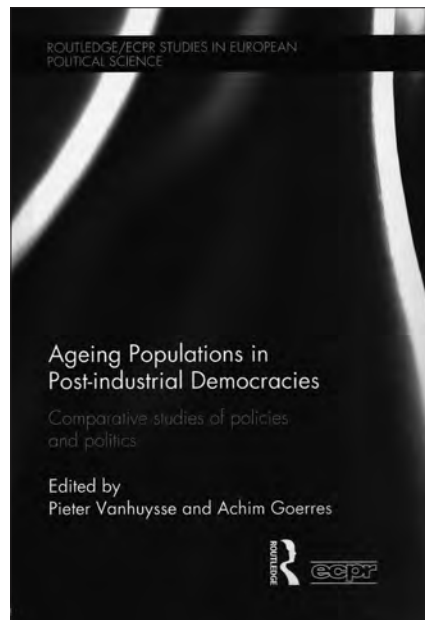
Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode (2009-2013). 123. Aufl. S. 300. (Stand: Juni 2012).

## Pieter Vanhuysse/Achim Goerres (Hg.): Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics

*Rezensiert von David Kingman*

In den letzten Jahren wurde der Alterspolitik von Seiten der Politikwissenschaft immer mehr Beachtung geschenkt. Ursache dafür ist die noch relativ neue Besorgnis über die Auswirkungen, die das zunehmende Durchschnittsalter der Bevölkerung auf die Machtverhältnisse zwischen den Generationen in demokratischen Industrieländern hat. Diese Auswirkungen wurden bereits bei Wahlen in europäischen Ländern beobachtet; bei den Parlamentswahlen 2001 im Vereinigten Königreich zum Beispiel stellten pensionierte Menschen ein Fünftel der Wahlberechtigten, wobei die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe bei 70 Prozent lag, verglichen mit 39 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen.<sup>1</sup>

Dieses Buch, herausgegeben von Pieter Vanhuysse und Achim Goerres, ist eine Sammlung von Artikeln, die verschiedene Aspekte der Beziehung zwischen Alter und politischer Macht in Industriestaaten untersuchen. Insbesondere stellen einige der Papers in Frage, ob ältere Leute eine Neigung dazu zeigen, ihrem logischem Eigeninteresse folgend zu wählen, also Parteien zu unterstützen, die ihnen mehr altersbedingte Vorteile versprechen, oder ob ihre Wahlentscheidungen auf komplexeren Faktoren beruhen. Der Artikel von Seán Hanley spricht eine der offensichtlichsten Bekundungen des politischen Eigeninteresses der Rentner an: den Anstieg der Seniorenparteien in sowohl West- als auch Osteuropa. Er benutzt eine qualitativ vergleichende Analyse-Methode, um die Wahrscheinlichkeit des Auftretens



einer Seniorenpartei in einem bestimmten politischen System und die Breite ihrer Unterstützung einzuschätzen. Die Ergebnisse zeigen, dass für die Etablierung einer Seniorenpartei drei Faktoren besonders wichtig sind: erstens ein hohes Maß an Selbstorganisation in der Altersgruppe der bereits Pensionierten (durch Freiwilligen-Organisationen, Wohltätigkeitsorganisationen und Interessenverbände); zweitens ein hohes Maß an Staatsausgaben zu Gunsten der älteren Generation; und drittens der Wunsch nach mehr Repräsentierung, hervorgerufen durch das weitverbreitete Gefühl, dass bereits existierende politische Parteien die Interessen der Senioren nicht stark genug vertreten. Die erfolgreicheren Seniorenpar-

teien sind in politischen Systemen aufgetreten, in denen all diese Faktoren zusammenkamen. Die politische Bedeutung dieser Seniorenparteien in Systemen wie dem des Vereinigten Königreiches, in denen eine geringe Anzahl großer, monolithischer Parteien die Interessen einer möglichst breiten Wählerbasis vertreten möchte, wird aber wahrscheinlich eher unbedeutend bleiben. Dennoch, selbst wenn Pensionäre nicht beginnen, zu ihrer Interessensvertretung ihre eigenen politischen Parteien zu formieren, so besteht dennoch die Möglichkeit, dass das rein zahlenmäßige Gewicht der Rentner an den Wahlen Wirkung zeigt. Etablierte Parteien der politischen Mitte könnten sich gezwungen sehen, unverhältnismäßig die Interessen der Älteren zu begünstigen, und zwar auf Kosten von Maßnahmen zu Gunsten der jüngeren Generation. Allerdings legt das interessante Kapitel von Jennifer Dabbs Sciubba dar, dass dies nicht immer der Fall ist. Sie vergleicht die neusten Arbeitsmarktreformen der drei Industriestaaten mit der am schnellsten alternden Bevölkerung – Deutschland, Italien und Japan –, und legt dar, dass ihre Staatsoberhäupter alle einen Kurs eingeschlagen haben, der den Jungen allgemein zugute kam, und sogar den Interessen der älteren Erwerbstätigen zuwiderlief. Sie weist jedoch darauf hin, dass die jeweiligen Regierungen lediglich die durch die demografische Entwicklung hervorgerufenen, düsteren finanziellen Aussichten erkannt haben. Diese Regierungen haben realisiert, dass die effi-

zientere Schaffung von Arbeitsplätzen für Jüngere für die Stützung des restlichen Sozialstaates überlebenswichtig ist. Somit ist es möglich, dass diese Reformen die Interessen der älteren Arbeitnehmer lediglich ignorieren, um die der Rentner zu erfüllen, einer wiederum noch älteren Gesellschaftsschicht. Wie zu erwarten, waren die Einzelheiten dieser Reformen in jedem Land auch ein Produkt der jeweiligen innerstaatlichen, politischen Systeme, die sich stark unterscheiden – vom stark zerrütteten Zustand Italiens mit einer große Anzahl an Parteien und un-stabilen Verhältnisse bis zum praktischen Ein-Parteien-Monopol der Liberaldemokratischen Partei Japans zwischen 1955 und 2009.

Auf der anderen Seite suggerieren zwei weitere Artikel, dass die Macht des älteren Wahlsektors doch einen signifikanten Einfluss auf Regierungsmaßnahmen ausübt. Das Paper von Markus Tepe und Pieter Vanhuyse betrachtet die Zeitspanne von Rentenkürzungen in 18 OECD-Staaten von 1981 bis 1999 und kommt zu dem Ergebnis, dass je älter die Wählerschaft ist, es umso wahrscheinlicher ist, dass Regierungen nur milde Reformen des Rentensystems durchführen. Gleichzeitig betrachtet Juan F. Fernandez in seinem Paper die Großzügigkeit der bereitstehenden Rentenleistungen in einigen Industriestaaten zwischen 1980 und 1991 sowie zwischen 1992 und 2002, und argumentiert, dass die wichtigste Variable bei der Festlegung der Großzügigkeit von Rentenleistungen die Größe des älteren Anteiles der Bevölkerung sei.

Alles in allem liefern diese Kapitel keine definitiven Antworten auf die Fragen rund um die Machtbalance zwischen den Generationen in älter werdenden Gesellschaften. Nichtsdestotrotz, es gibt überwältigende Beweise, dass einige Regierungsmaßnahmen (vor allem Rentenreformen und -großzügigkeit) von dem Alter der Wählerschaft beeinflusst werden. Gleichzeitig sieht es so aus, als ob die Interessen der Älteren nicht notwendigerweise bei Arbeitsmarktrefor-men bevorzugt werden (obwohl dies eventuell darauf zurückzuführen ist, dass die Regierungen den Bedarf nach jüngeren Arbeitnehmern erkannt haben, um für den Sozialstaat zu zahlen).

Zwei andere Papers in diesem Buch deuten auf weitere Mechanismen hin, die möglicherweise die Machtverteilung zwischen den Generationen beeinflussen. Goerres und Tepe bewerten die Einstellungen gegenüber staatlich geförderter Bereitstellung von Kinderbetreuung in 21 post-industriellen Demokratien, und stellten fest, dass ältere Wähler nicht notwendigerweise ihr logisches Eigeninteresse verfolgten. Sie lehnten die staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuung nicht ab, obwohl diese Ausgaben voll und ganz den jüngeren Schichten der Gesellschaft (sowohl Kindern als auch ihren Eltern) zu Gute kommen. Stattdessen deutet die Recherche der Autoren darauf hin, dass in Ländern mit hoher Familiensolidarität die Bedürfnisse ihrer Kinder und Enkel den Mitgliedern der älteren Generation wichtiger waren, als ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Interessanterweise war einer der anderen Schlüsselfaktoren, dass die Befragten in diesem Bereich mehr vom Staat erwarteten, wenn sie unter einer Regierung lebten, die bereits tatsächlich eine große Bandbreite an Dienstleistungen bereitgestellt hatte. Ältere Menschen hatten außerdem Erwartungen an den Staat, die auf ihren Erfahrungen beruhten. Dies liefert einen möglichen Grund, warum Reformen in Senioren-Bereichen des Sozialstaats so schwierig durchzubringen sind, da Wähler ihre Erwartungen an das, was sie vom Staat erhalten sollten, während ihres Heranwachsens bilden, und dann negativ auf Veränderungen ihrer Besitzstände reagieren.

Das letzte Paper im Buch, von Robert Hudson, betrachtet die Machtposition, die ältere Bürger im amerikanischen Sozialstaat genießen, und kommt zu dem Schluss, dass sie diese innehaben, weil sie als eine eindeutig verdienstvolle und bedürftige Gruppe angesehen werden. Das bedeutet, dass Hilfen an sie abgeben im Einklang mit der protestantischen Arbeitsethik steht, die laut dem Autor immer noch große Teile der amerikanischen Sozialpolitik beeinflusst. Zudem erklärt der Autor, warum wichtige Sozialhilfeprogramme, die den Älteren helfen, ohne großen Widerstand ausgebaut werden konnten, im Gegensatz zu anderen

Programme, die auf ethnische Minderheiten, Immigranten und andere Gruppen, die als weniger verdienstvoll angesehen werden, abzielen. Obwohl die Argumente des Autors überzeugend sind, wäre eine alternative Hypothese möglich gewesen. Nämlich die, dass es nicht nur einfacher ist, die Wählerschaft zur Unterstützung von Sozialhilfeprogrammen für Ältere zu überzeugen, weil sie als eine moralisch verdienstvolle Gruppe angesehen werden, sondern auch, weil die meisten jüngeren Leute damit rechnen, eines Tages selbst Mitglieder der älteren Altersgruppe zu sein. Somit sind sie bereit, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das sie unterstützt und eine Möglichkeit bietet, dass sie selbst in der Zukunft die gleiche Unterstützung bekommen. Ein Generationenvertrag gibt ihnen die berechtigte Erwartung, dass das System, in das sie einzahlten, in der Zukunft noch vorhanden sein wird, um sie selber einmal zu unterstützen. In seinem Fazit argumentiert Robert Hudson, dass das wachsende soziokulturelle Bewusstsein ihrer starken Position die ältere Generation in den USA dazu ermutigt hat, ihre politische Macht stärker zu gebrauchen. Ob ein ähnliches Bewusstsein auch in der älteren Generation in Europa existiert, ist eine Frage, zu der dieses Buch, trotz seines beachtlichen Beitrages zur Debatte, keine überzeugende Antwort liefert.

*Pieter Vanhuyse und Achim Goerres (Hg.) (2012): Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics. Routledge/ECPR Studies in European Political Science. Bd. 76. Abingdon: Routledge. 272 Seiten. ISBN: 978-0-415-60382-9. Preis: £75.00*

#### **Anmerkungen:**

1) Davidson, S. (2005): Grey Power, School Gate Mums and the Youth Vote: Age as a Key Factor in Voter Segmentation and Engagement in the 2005 UK General Election. In: Journal of Marketing Management. Jg. 21 (9-10/2007), 1179-1192.

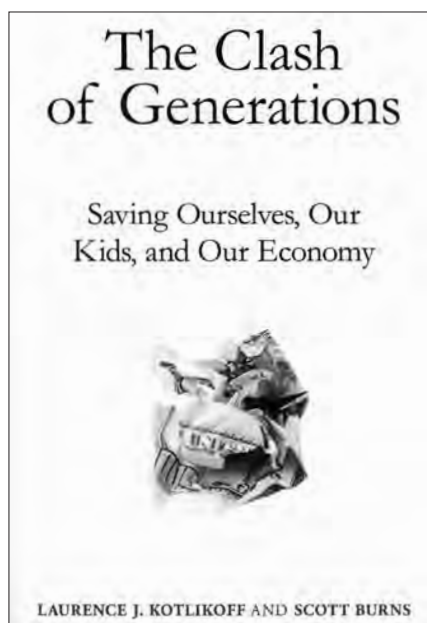
# Laurence Kotlikoff / Scott Burns: The Clash of Generations: Saving Ourselves, Our Kids and Our Economy

Rezensioniert von Katrin Meyer

Das es den USA finanziell nicht prächtig geht, ist wohl inzwischen den meisten bekannt. Dass die Wirtschaftsmacht finanzpolitisch jedoch schlechter dasteht als das marode Griechenland würde man zunächst nicht erwarten. Genau diese Behauptung stellen jedoch der Berater und Ökonom Laurence Kotlikoff und der Anlageberater Scott Burns in ihrem neuen Werk „The Clash of Generations – Saving Ourselves, Our Kids and Our Economy“ auf. Die beiden Ökonomen wollen mit ihrem Buch die amerikanische Gesellschaft wachrütteln und auf dringend notwendige Reformen aufmerksam machen, ohne die die USA ihrer Ansicht nach in den nächsten Jahren von einem Kampf der Generationen erschüttert wird. Diesem nicht gerade bescheidenem Ansatz werden sie größtenteils durch wirtschaftliche Analysen, verbunden mit einem unterhaltsamen Schreibstil, gerecht.

Die 14 Kapitel des Buches sollen hier in drei Abschnitten vorgestellt werden. Zunächst beschreiben die Autoren die katastrophale finanzielle Lage der USA. Diese werde durch Politiker vor der Öffentlichkeit vertuscht und in Zukunft desaströse Ausmaße annehmen, was am stärksten die zukünftigen Generationen zu spüren bekommen würde. Daraufhin werden vier Reformvorschläge für verschiedene Bereiche präsentiert, die die Talfahrt des Landes stoppen und wenigstens den Status Quo erhalten sollen. Im dritten Abschnitt folgen schließlich konkrete praktische Ansätze, durch die jeder einzelne Leser seine Zukunft absichern und dabei trotzdem Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen nehmen kann.

„Die Vereinigten Staaten sind bankrott“ – diese Behauptung wird gleich zu Beginn auf Seite drei aufgestellt und steht drohend über der gesamten Studie. Uncle Sam habe es während der vergangenen Jahrzehnte geschafft, einen riesigen Schuldenberg anzuhäufen, der durch die jüngsten Rettungsmaßnahmen zur Finanzkrise auf 211 Billionen US-Dollar (Stand: März 2012) an-



gestiegen sei. Die offiziellen deklarierten Schulden betragen jedoch nur 10 Billionen Dollar, die Politiker klärten laut Kotlikoff und Burns also nicht über die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Landes auf und versuchten, die wirtschaftlichen Probleme zu ignorieren. Diese Verschuldungsrate der USA, die dem 14-fachen des Bruttoinlandsproduktes des Landes entspreche, übersteige damit relativ sogar die Griechenlands.

Diese erschreckenden Zahlen scheinen auf den ersten Blick übertrieben, weichen sie doch stark von allen offiziellen Darstellungen ab. Doch obwohl Nicht-Ökonomen die Analysen nicht vollauf bis ins kleinste Detail nachvollziehen können, wirkt die Beweisführung überzeugend und auch in der Fachwelt zeigen sich in der bisherigen Diskussion um das Buch kaum Gegenstimmen, die die Darstellung inhaltlich anzweifeln. Der bis vor der Finanzkrise kaum denkbare Bankrott der USA scheint demnach sehr real zu sein.

Den Hauptgrund für die desolate wirtschaftliche Entwicklung des Landes sehen die Autoren in einer fehlenden Reaktion auf den demografischen Wandel und auf eine durch längere Lebenserwartungen gekennzeichnete, alternde Gesellschaft. Die Wirt-

schaft schaffe es nicht, sich an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen beziehungsweise Ansprüchen, die eine größere Anzahl von Rentnern bedeuteten, gerecht zu werden. Diese Entwicklung würde auf dem Rücken der jungen Generation ausgetragen und müsse sehr bald zu einem Kampf der Generationen führen, in dem die Jungen für ihre Rechte und gegen die Ausbeutung durch die Alten kämpfen würden. Kotlikoff und Burns kritisieren immer wieder die aktuellen Herrschaftsschichten, die Politik auf Kosten der zukünftigen Generationen machten (beispielsweise Steuererleichterungen bei gleichzeitiger Erhöhung der staatlichen Ausgaben), um sich Stimmen der (alten) Wähler zu sichern. Die Generationenpolitik der Regierung würde so zu einem Schneeballsystem, das für die amerikanische Jugend nicht gut ausgehen könne.

Einen weiteren Grund für die schlechte Situation des Landes sehen die Autoren in der extrem niedrigen Spar- und Investitionsquote der Amerikaner, die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abnahm und sich auf einem Rekordtief befindet. Auch an dieser Stelle wird die alte Generation kritisiert, die durch das unverteilende System auf Kosten der jungen Sparer konsumiere.

Kotlikoff und Burns malen die bestürzende Lage der USA in allen erdenklichen Farben und erklären dem Leser: „Wenn Sie an diesem Punkt nicht völlig deprimiert sind, haben wir unseren Job nicht getan.“ (S. 43). Tatsächlich ist die Lektüre bis zu diesem Punkt ernüchternd und nicht besonders erheitend, auch wenn die Autoren ihre bittere Botschaft erfreulicherweise an einigen Stellen mit einem Anflug von Sarkasmus würzen. Besonders einige Wiederholungen, die den Ernst der Lage unterstreichen sollen, führen jedoch stellenweise dazu, dass die Beschreibung etwas langatmig gerät.

Die folgenden Kapitel sind in dieser Hinsicht interessanter zu lesen. „Um Amerika wieder in Ordnung zu bringen müssen wir von ganz unten anfangen. Nur radikale Reformen, fundamentale Reformen [...] wer-

den unsere Probleme lösen und unser Land wieder auf den richtigen Weg bringen.“ (S. 109). Aus diesem Grund präsentieren die Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge, um das Steuer-, Gesundheits-, Finanz- sowie Sozialversicherungssystem der USA zu reformieren. Diese vier sogenannten „Purple Plans“ sollen eine Alternative zu den bisher bekannten Positionen der Demokraten (blau) und Republikaner (rot) darstellen und werden aufgrund ihrer Einfachheit von den Autoren auch als „purple postcard solutions“ (S. 107) bezeichnet: Die Lösungen seien so unkompliziert, dass sie auf die Rückseite einer Postkarte passen.

Die Reformvorschläge sind wahrhaftig fast märchenhaft, bedenkt man die Komplexität des bisherigen Systems. So beinhaltet der erste „Purple Plan“ die Idee des „Limited-Purpose Banking“, eine Reduzierung der Banken auf schlichte Vermögensverwalter und Kreditgeber, die ausschließlich Eigenkapital investieren dürfen, wenn sie beschränkt haftbar bleiben wollen. „Banken würden uns spielen lassen, doch sie würden nicht mehr selber spielen.“ (S. 116), wodurch milliardenschweren Verschuldungen von Banken, die die Finanzkrise mit verursacht haben, vorgebeugt werden würde.

Auch der Vorschlag für die Reformierung des Gesundheitssystems soll das komplexe staatliche Versorgungsmodell ersetzen und vor allem die immensen staatlichen Ausgaben verringern. Es wird ein Gutschein-System vorgeschlagen, das jedes Jahr festgelegte Leistungen für alle Amerikaner abdeckt. Weitere Leistungen müssten durch eine private Absicherung getragen werden. Die Arbeitgeber sollen damit weniger als bisher die Gesundheitsversorgung ihrer Angestellten beeinflussen dürfen. Die Autoren betonen mehrfach, wie wichtig ihnen trotzdem die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Bürgers ist, der Arzt, Krankenhaus und Versicherung selber auswählen darf. Weiterhin sollen sowohl für Leistungserbringer, also Ärzte und Versicherer, als auch für die Leistungsempfänger Anreize gesetzt werden, um das System weder zu ausgiebig noch zu spärlich zu nutzen.

Ganz kurz sollen nur noch die weiteren beiden Pläne erläutert werden: Im Sozialversicherungssystem sind Abstriche laut den Autoren nicht zu umgehen, weshalb die Last

gleichermaßen auf die Alten wie auch auf die Jungen verteilt werden soll. Die Autoren nehmen Abstand vom bisherigen System der generationellen Umverteilung und schlagen vor, dass der Staat die Zahlungen der Versicherten (acht Prozent des Einkommens) in Vermögenswerten anlegt und ihnen im Rentenalter nach jährlichen Berechnungen wieder auszahlt. Das Steuersystem möchten Kotlikoff und Burns progressiver gestalten und die Hauptlast eher auf Vielverdiener als auf Bezieher geringer und mittlerer Einkommen legen. Gleichzeitig soll eine erhöhte Spar- und Investitionsquote ermöglicht werden.

Die Präsentation der Reformpläne wirkt recht überzeugend, auch eine scheinbar einfach durchzuführende Umsetzung ist beeindruckend. Einige Experten äußerten sich seit der Veröffentlichung im März diesen Jahres bereits zu der Studie von Kotlikoff und Burns und urteilten überwiegend positiv über die „Purple Plans“. Auf einer eigens für die Pläne eingerichteten Homepage trugen sich bereits viele Unterstützer ein, unter ihnen fünf Nobelpreisträger, die sich für die vorgeschlagene Reform des Gesundheitssystems einsetzen.

Doch stellt sich bei der Lektüre immer wieder die Frage: Wenn sie so unkompliziert und ohne große Schwierigkeiten zu implementieren wären, warum tauchen die Reformen nicht auf der Agenda von Obama & Co. auf? Kotlikoff präsentierte die Pläne bereits einige Zeit vor Veröffentlichung des Buches, trotzdem scheint die Resonanz auf die Vorschläge des angesehenen Ökonomen relativ gering zu sein. Allerdings erklären die Autoren, dass sie eine politische Umsetzung für kaum denkbar halten. Wahrscheinlicher wird es laut ihnen zu einem „kolossalen fiskalen, finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch“ der USA kommen (S. 167). Warum an dieser Stelle kein größerer Drang gezeigt wird, die Reformen auf die politische Tagesordnung zu bringen und einen Aufruf an die Politiker zu starten, ist unverständlich. Diese Haltung begräbt im Nu alle vorsichtig aufkeimenden Hoffnungen und lässt den Leser frustriert zurück.

Dieser Enttäuschung wirken die Autoren im letzten Abschnitt entgegen, indem sie konkrete praktische Lösungsansätze für die Altersversicherung des einzelnen Bürgers

liefern. Die Finanzierungsvorschläge für besorgte Amerikaner mit Angst vor Altersarmut scheinen sinnvoll, betreffen den europäischen Leser jedoch eher marginal, da sie speziell das amerikanische Sozialversicherungssystem betreffen. Interessant ist allerdings die (sehr ausführliche) Vorstellung sogenannter „Lazy Portfolios“, relativ sicher und einfach zu handhabender Anlagen. Des Weiteren wird den sich dem Rentenalter nähernden Amerikanern geraten, die eigene Alterssicherung durch persönliche Entscheidungen zu bestimmen (beispielsweise durch die Wahl des Wohnortes, der Behausung und des Konsumverhaltens) und sich nicht von Versicherungsvertretern verrückt machen zu lassen.

Das letzte Kapitel des Buches wird zu einem Plädoyer für die Jugend des Landes, die aufstehen und für ihre Rechte kämpfen soll, um zu verhindern, dass ihre Situation sich weiterhin verschlechtert. Das seit langem regierende System der faulen Versprechungen solle durchbrochen werden, um endlich eine generationengerechte Politik zu erreichen. Kotlikoff und Burns kritisieren weiterhin den Verlust des „can-do spirit“ (S. 233) in ihrem Land und beklagen eine Gesellschaft voller Sorgen, Ängste und Hoffnungslosigkeit. Die junge Generation rufen sie dazu auf, die Chance zu nutzen und sich durch ein Anpacken der Probleme aus der Krisenlage hinauszumanövrieren und das Land zu verändern. Man kann nur hoffen, dass sich die Jugend diese Worte zu Herzen nimmt. Kotlikoff und Burns präsentieren auf eindringliche Weise den erschreckenden Zustand ihres Landes und warnen davor, im Nichtstun und in der Ignoranz zu versinken. Jedem amerikanischen Politiker sowie im Besonderen auch der jungen amerikanischen Generation sollte das Buch empfohlen werden. Es regt in jedem Fall zum Nachdenken an über die Zündung der „generationellen Zeitbombe“ (S. 2), die unaufhörlich näher rückt.

*Lawrence J. Kotlikoff/ Scott Burns (2012): The Clash of Generations. Saving Ourselves, Our Kids and Our Economy. Cambridge, MA: MIT Press. 288 Seiten. ISBN: 978-0-262-01672-8. Preis: \$21,95.*

# Daniel Bieber (Hg.): Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist

Rezensiert von Verena Farhadian

Dieses Buch entstand im Rahmen des Vorhabens „Perspektiven auf den demografischen Wandel“, das vom Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft Saarbrücken durchgeführt wurde und dessen Leiter Bieber ist. Das Buch gliedert sich in acht Kapitel, die jeweils einem gesellschaftlichen Bereich, der in der Einflussphäre des demografischen Wandels liegt, gewidmet sind. Die Autoren reflektieren kritisch die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Bereichen Familie, Bildung, Rente, Pflege, Infrastruktur und Wirtschaft. Alle Autoren sind am Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft Saarbrücken beschäftigt.

Im ersten Kapitel gibt Daniel Bieber eine Einführung in die verschiedenen Kennzahlen und Methoden, auf denen demografische Analysen beruhen, und hinterfragt diese kritisch. Er ficht Aussagen hinsichtlich des Bevölkerungsstandes „aufgrund des erheblichen Zeitabstandes, der in Deutschland (BRD: 1987, DDR: 1981) seit der letzten amtlichen Volkszählung vergangen ist (...)“ (S. 26) an. Zudem zeigt er dem Leser, dass je nach Ausgangswerten die Prognosen über zukünftige Bevölkerungsentwicklungen stark schwanken können. Im Bereich der Fertilitätsentwicklung geht etwa die UN für Europa für 2050 von einer Fertilität von 1,26 bis 2,26 Kindern pro Frau aus, Eurostat von 1,4 bis 1,9 und das Statistische Bundesamt von 1,2 bis 1,6 Kindern (S. 34). Er weist darauf hin, dass unterschiedliche Kennwerte und Prognosen eine Instrumentalisierung durch Dritte ermöglichen (S. 41).

In Kapitel zwei untersucht der Soziologe und Politologe Christian Kloß die Entwicklung der Familie. Im Rahmen einer Begriffsdefinition zieht er für dieses Kapitel den Begriff der Zweigenerationenfamilie als Grundlage heran. Mit einem zunehmend späteren Erstheiratsalter verschieben sich auch Erstgeburten nach hinten und die Wahrscheinlichkeit nachfolgender Kinder sinkt (S. 95). Kloß zeigt auf, dass im Jahr



2004 auf die Altersgruppe der 30 bis 49-jährigen Frauen die Hälfte der Erstgeburten entfielen (S. 96). Selbstwahrnehmung, Familienrolle und Berufsrolle erzeugten Konstellationen, die den einzelnen zu der Entscheidung gegen Kinder veranlassen. Kloß entwirft ein Szenario, in dem sich die unterschiedlichen Rollenerwartungen vereinbaren lassen.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Bildungssystem im demografischen Wandel. Die demografische Entwicklung wird zu einem Rückgang der Schülerzahlen um 14 Prozent bis 2015 führen (S. 140). Der Autor und Soziologe Heiko Breit führt an, dass dadurch mitunter das Schüler/Lehrerverhältnis verbessert würde (S. 140). Probleme auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa Fachkräftemangel, dürfen nach Breit nicht einfach dem demografischen Wandel zugeschrieben werden: „(...) die drohende Fachkräftelücke ist nicht allein Folge des demografischen Wandels, sondern ebenso auf mangelnde Bildungs- und Ausbildungsqualität zurückzuführen.“ (S. 148). Durch eine Erhöhung der Chancengleichheit und der Bildungsqualität sowie Life-Long-Learning könne dieser Versorgungslücke entgegengewirkt werden. Das Rentensystem ist laut Kloß we-

niger durch den demografischen Wandel, sondern auch durch die Aufnahme von rund 18 Millionen ostdeutschen Bürger nach der Wende belastet worden (S. 205). Niedrige Geburtenraten würden das Rentenproblem entschärfen können, da Frauen und Männer so mehr freie Kapazitäten hätten, um sich stärker am Arbeitsmarkt einzubringen, so eine fragwürdige These des Autors.

Der Soziologe Manfred Geiger greift das Thema Pflege in einer alternden Gesellschaft auf und weist auf ein sinkendes Potenzial an familiären Pflegekräften hin. Um nicht dem demografischen Wandel die Alleinschuld zu geben, spricht Geiger gesellschaftliche Missstände an, wie das mangelnde Prestige von Pflegeberufen (S. 263). Mit dem Verweis auf die Möglichkeit einer autonomen Alltagsbewältigung durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie will Geiger die Aufmerksamkeit von bisher eher personallastigen Pflegestrategien weglenken. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Infrastruktur beleuchten Kloß und Bieber im nächsten Kapitel. Zunächst zeigen die Autoren auf, welche Folgen ein infrastruktureller Abbau infolge des demografischen Wandels für das Staatsziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat. Anschließend stellen sie Prognosen auf, wie sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung verschiedene Infrastrukturbereiche auf dem Land und in der Stadt entwickeln werden. Dabei zeigen sie anhand verschiedener Beispiele auf, dass nicht alle Probleme dem demografischen Wandel zugeschrieben werden können. Allerdings enthält dieses Kapitel häufige Wiederholungen und inhaltlicher Unklarheiten. Etwa, wenn die Autoren zum einen die Aussage von Kramer/Nutz zitieren, wonach in den neuen Bundesländern ein Einbruch der Studentenzahlen von bis zu 50 Prozent erwartet wird und sogleich als eigenen Aussage hinzufügen, „(...) Auch hier spielt der demografische Wandel nicht notwendig die entscheidende Rolle. Relevant ist zum Beispiel die Veränderung der Studienzeiten, was

sich vor allem nach Einführung der Bachelorstudiengänge verändern wird.“ (S. 352). Hier ist der Zusammenhang zwischen den Aussagen nicht klar dargelegt. Im siebten und letzten Kapitel *Die Dekonstruktion des Alters* geht der Soziologe Josef Reindl der Frage nach, inwiefern Alterung die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen bedroht (S. 403). Er weist darauf hin, dass zwar in Wissenschaft und Politik Ältere keineswegs als abgeschrieben gelten, aber in der Arbeits- und Personalpolitik der Unternehmen das Bild des fähigen alten Menschen bisher kaum angekommen sei (S. 404). Dem Autor zufolge

sind für Unternehmen nicht per se ältere Arbeitnehmer ein Dorn im Auge, sondern „für sie sind alle Altersgruppen gleich (...), wenn sie die gleiche Leistung bringen.“ (S. 411). Reindl sieht in älteren Menschen durchaus Potenzial und unterstreicht dies durch die Anführung, wonach die Ursache für eine Diskriminierung älterer Menschen nicht in Defiziten dieser Menschen begründet ist, sondern in der gesellschaftlichen Konstruktion von Alter (S. 414).

Insgesamt enthält das Buch interessante Befunde zu den tatsächlichen Folgen des demografischen Wandels. Allerdings ist das Buch für Laien eher ungeeignet, da die vie-

len statistischen Ausführungen zu trocken und schwer nachvollziehbar sein könnten. Gleiches gilt für Textstellen zu den Einkommensquellen von Kommunen und den kommunalen Finanzausgleich. Für die Fachwelt ist dies jedoch ein gelungenes Werk.

*Daniel Bieber (Hg.) (2011): Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist. München: oekom. 488 Seiten. ISBN: 978-3865812247. Preis: 39,90 €.*

## Karl-Siegbert Rehberg u.a. (Hg.): Kultur als Chance. Konsequenzen des demografischen Wandels

Rezensiert von Verena Farhadian

Im Nachklang an eine Tagung der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen und des Deutschen Hygiene-Museums Dresden wurde dieses Buch veröffentlicht, das sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf kulturelle Einrichtungen wie Theater und Bibliotheken, Museen und Musikschulen befasst. Die in diesem Werk aufgeführten 13 Tagungsbeiträge stammen von Personen aus Politik und Wissenschaft. Herausgegeben wurde der Sammelband von Karl-Siegbert Rehberg, Professor für Soziologische Theorie, Theoriegeschichte und Kultursoziologie an der TU Dresden zusammen mit Gisela Staupe, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Hygiene-Museums Dresden sowie Ralph Lindner, Direktor der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen.

In seinem Eröffnungsbeitrag wirft Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich die Frage auf, ob ausschließlich der Staat kultureller Förderer sein muss und weist darauf hin, dass der Staat „(...) keine ureigene Zuständigkeit für Kultur (...)“ hat (S. 20). Insgesamt spricht er sich dafür aus, dass sich Gesellschaft und Staat Seite an Seite für Kultur einsetzen müssen.

Karl-Siegbert Rehberg weist in seinem Beitrag hingegen auf die Bedeutung der Rolle des Staates bei der Sicherung des kulturellen



Erbes hin (S. 36). Ganz zentral ist für ihn eine bessere frühe Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für den Bereich Kultur. Er verweist auf die deutlich bessere Altersstruktur der Besucher von Kunstmuseen im Ausland und zeigt mögliche Gründe hierfür auf. Denn in Frankreich „(...) gibt es ein verhältnismäßig junges Museumspublikum, vor allem dadurch, dass Museumsbesuche in Frankreich in höherem Maße Teil der schulischen Ausbildung sind, als man das für Deutschland sagen kann.“ (S. 38).

Es müssen nach Rehberg Kulturangebote entwickelt werden, die die verschiedenen Generationen zusammenbringen. Insgesamt sieht er den demografischen Wandel für die Kulturlandschaft nicht als Damoklesschwert.

Im nächsten soziologisch ausgerichteten Beitrag kritisiert Karl Ulrich Mayer, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, die viel zu späte Befassung der Soziologie mit Bevölkerungsfragen und -problemen. Entgegen deterministischer Prognosen über einen unausweichlichen und anhaltenden Bevölkerungsrückgang, schreibt Mayer „das Gebärverhalten (kann, V.F.) sich (...) durchaus auch kurzfristig verändern. Beispiel dafür sind nicht nur das Ende des Babybooms in den sechziger Jahren, der Auf- und Abschwing der schwedischen Geburtenraten, (...)“ (S. 47).

Heinz Bude, Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel, konstatiert, dass weder gezielte Einwanderung noch eine Erhöhung der Geburtenrate die Probleme des demografischen Wandels lösen könne. Sein Fazit: „Der einzige realistische Weg besteht in einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit.“ (S. 53).

Für Matthias Dreyer, Leiter der Verwaltung der Stiftung Niedersachsen, liegt die Schwierigkeit für die Kultureinrichtungen zwar

auch im demografischen Wandel begründet. Doch schwerwiegend ist für Dreyer auch die Kluft zwischen der Erkenntnis darüber, dass der demografische Wandel Folgen für die Kulturlandschaften haben wird und den tatsächlichen Reaktionen der Beteiligten hierauf. Für Dreyer liegt die primäre Handlungskonsequenz für die Kultureinrichtungen in einem gezielten Kulturmanagement und Kulturmarketing (S. 61). Dieser Forderung verleiht er Inhalt, indem er sogleich einige interessante Strategien hierzu anführt. Beim Lesen erkennt man, dass Dreyer nicht versucht, Zauberschlösungen für die Kultureinrichtungen zu präsentieren. Er weist darauf hin, dass „(...) es nicht den Königsweg zur Bewältigung der (...) Herausforderungen gibt. Zu unterschiedlich sind die demografischen Ausprägungen in den Regionen (...)“ (S. 65).

Im nachfolgenden Interview mit Kurt Biedenkopf, geführt von Karl-Siegbert Rehberg, weist Rehberg auf Biedenkopfs Leistungen hin, der die demografischen Veränderungen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt angesprochen hatte, als dieses Thema aufgrund der NS-Zeit noch ein Tabu war (S. 68). Im Zentrum steht anschließend die Frage, inwiefern eine Marktwirtschaft mit Privateigentum ohne Wachstum funktionieren kann. Interessant sind Biedenkopfs Erörterungen verschiedener Wachstumstreiber, denn für ihn ist z.B. die Kultur ein wichtiger Wachstumstreiber. „Ein kulturelles Umfeld, an dem man teilhaben kann, (...), bedeutet (...) eine Standortverbesserung.“ (S. 78). Dass Kultur durchaus ein Wachstumsmotor sein kann, betont auch Christoph Grunenberg, Direktor der Tate Liverpool in seinem sehr empfehlenswerten Beitrag. Grunenberg geht zunächst weit in die Vergangenheit Liverpools zurück und führt den Leser durch die Geschichte dieser einst zweiten Stadt des britischen Empires. In anschaulicher und verständlicher Weise zeigt er jene Faktoren auf, die Liverpools Niedergang herbeigeführt haben. Grunenberg zeigt dann, wie es Liverpool gelang, durch einen Ausbau der kulturellen Infrastruktur vom Krisenherd zur europäischen Kulturhauptstadt zu werden. Grunenberg zeigt deutlich, dass für ihn Kultur ein ganz entscheidender Lebensmotor für Städte und Regionen ist. Gisela Staupe, stellvertretende Direktorin der Stiftung Deutsches Hygiene-Museum, vertritt die Position, dass es für Museen nicht mehr ausreichend ist, nur als Verwalter des kulturellen Erbes zu agieren. In ihrem

Beitrag stellt sie daher Strategien des Deutschen Hygiene-Museum vor, auf den demografischen Wandel zu reagieren, z.B. die Bewusstseinsmachung des Wertes kultureller Bildung.

Pius Knüsel, Direktor der Schweizerischen Kulturstiftung Pro Helvetia, fordert in seinem Beitrag von der Kulturpolitik, dass sie sich intensiver mit der ‚Welt der Barbaren‘ befassen müsse, also auch mit Erzeugnissen von den Menschen, die kein Interesse an der Hochkultur haben (S. 129). Denn für Knüsel sind z.B. auch Computerspiele künstlerische Ausdrucksformen. Er bringt zum Ausdruck, dass es für ihn nicht eine überlegene Hochkultur gibt: „Es gibt keinen Begriff mehr für die kulturelle Substanz dieses oder irgendeines Landes. (...) Jede heutige Gesellschaft ist ein unübersehbares Puzzle von Gruppen, die alle gleichermaßen berechnete kulturelle Ausdrucksformen leben. Oper steht nicht höher als serbische Folklore.“ (S. 134). Er attestiert der derzeitigen Kulturpolitik ein kontraproduktives Festklammern an einem starren Kulturbegriff, wodurch sie spannende gesellschaftliche Entwicklungen verpasse. Kritik an Knüsel übt im nächsten Beitrag der Stadtplaner Albrecht Göschel. Er rüttelt an Pius Argumentationsbasis und negiert, dass aus der ‚Welt der Barbaren‘ kulturelle Innovationen kommen (S. 141).

Im nächsten Beitrag widmet sich Dieter Hasebach, Geschäftsführer des Zentrums für Kulturforschung Bonn, zunächst den Ergebnissen empirischer Forschung zum Wandel von Kulturverhalten und zeigt anschließend auf, wie auf der Grundlage der Befunde Kulturmanagement und kulturelle Bildung erfolgen sollten. Insgesamt legt Hasebach interessante Befunde dar, etwa wenn er darauf verweist, dass Jugendliche mit muslimischem Hintergrund, von denen mindestens ein Elternteil das Abitur hat, ein viel größeres Interesse an Hochkultur haben, als deutsche Jugendliche mit ähnlichem Bildungshintergrund (S. 150).

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Staatssekretär für Kultur des Landes NRW, verweist in seinem Beitrag darauf, dass Kultur eine ganz zentrale Quelle für Kreativität und Innovationskraft und damit unerlässlich für unsere heutige Informationsgesellschaft sei, in der immaterielle, geistige Schöpfungen eine ganz wesentliche Position haben. Zugleich plädiert er für eine Neuverteilung der Kosten für Kultur zwischen öffentlicher und privater Hand und ruft ins Gedächtnis, dass „unsere älteren Theater, Museen, Konzert-

hallen etc. (...) Gründungen entweder von Fürsten oder aber von einzelnen oder (...) mehreren Bürgern“ sind (S. 168). Insgesamt lautet sein Aufruf: Kultur braucht Engagement, und zwar jedes einzelnen.

Der letzte Beitrag stammt von Hans Joachim Meyer, ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Für ihn ist der Bund die zentrale Instanz für die Kulturförderung und Kultur der zentrale Anker im Leben. Denn erst „die Begegnung und der Umgang mit Kultur verlocken und befähigen Menschen dazu, ihre Persönlichkeit zu entfalten.“ (S. 178). Doch um diese Wirkung zu erzielen, muss Kultur auch die Bedürfnisse der Menschen ansprechen. Gleichzeitig verweist er auf die Gefahr, dass Präferenzen unreflektiert nachgekommen wird. „Was dabei herauskommt, wenn sich Kultur nach demoskopisch ermittelten Wünschen richtet, kann täglich im deutschen Fernsehen besichtigt werden. Dessen kultureller Abstieg während der letzten zwanzig Jahre ist eklatant.“ (S. 181). Wie dieses Dilemma zwischen Anspruch und Wirklichkeit gelöst werden kann, zeigt der Autor allerdings nicht.

Durch die verschiedenen Beiträge von Personen unterschiedlicher Berufswege ist dieses Buch sehr facettenreich und eine empfehlenswerte Lektüre. Gelingen ist auch, dass die Beiträge das Thema Kulturlandschaft und demografischen Wandel von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten beleuchten. Dadurch wirkt der Sammelband lebendig.

*Karl-Siegbert Rehberg u.a. (Hg.) (2011): Kultur als Chance. Köln: Böhlau. 189 Seiten. ISBN: 978-3412206819. Preis: 24,90 €.*

